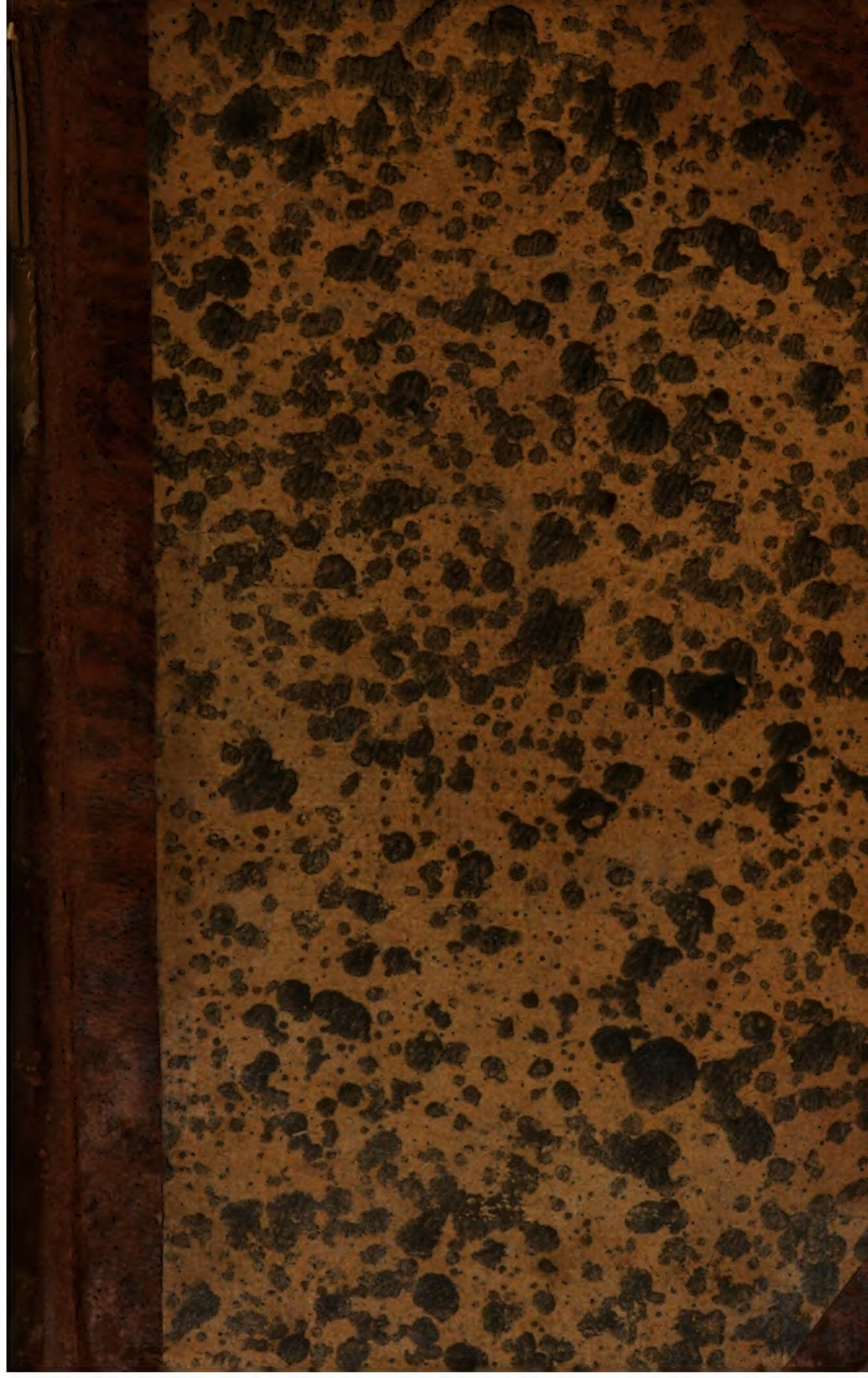




publ. g. 258-3

<36608263090014

<36608263090014

Bayer. Staatsbibliothek

Ru

J. Publ. germ. 258

Gedanken

FREYMÜTHIGE
GEDANKEN

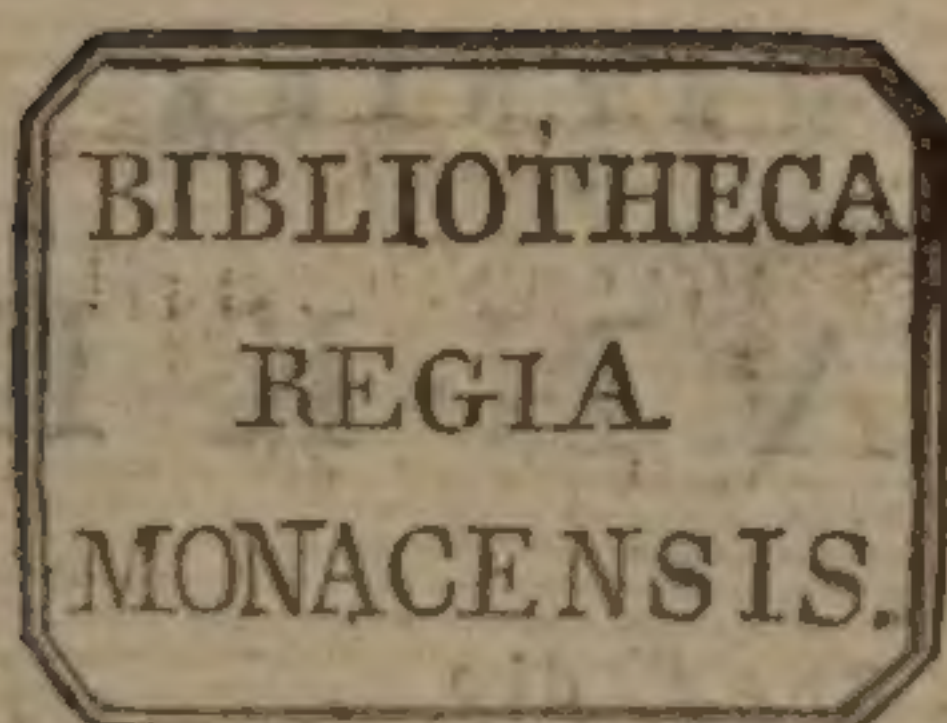
über die
allerwichtigste Angelegenheit
DEUTSCHLANDS.

Seinem und andern guten Fürsten desselben
ehrerbietig zur Prüfung und Beherzigung
vorgelegt

von
einem Freunde seines Vaterlandes.

DRITTER THEIL.

M D C C X C V I.



BIBLIOTHECA

REGIA

MONACENSIS.

Bessere Verwaltung
der
Staats - Einkünfte
und Einschränkung
des
Aufwands.

Unter den kleineren deutschen Reichs-
landen sind nur wenige, in denen es
einer Verminderung des Militärs be-
darf; desto nothwendiger ist aber in
diesen bessere Wirthschaft und Ver-
minderung der Ausgaben.

„Das Geld“, sagt *Friedrich II.* a)
„gleicht dem Stabe der Zauberer,
„durch welchen sie Wunder würkten“.
Durch ihre unermüdeten Bemühungen,

a) Man vergleiche die Anmerkung o). II. B.
p. 118.

Geld zu gewinnen, scheinen zwar fast alle Regenten und Staatsmänner die Richtigkeit dieses Grundsatzes anzuerkennen; aber sehr viele handeln ihm durch die Sorglosigkeit entgegen, mit der sie es auf unnütze Ausgaben verwenden. Die Finanzmänner sind thätig, immer neue Plane auszusenken, wie der Staats-Reichthum vermehrt werden könne. Man will durch Handels-Einschränkungen und Waaren-Verbote Industrie erzwingen, und grübelt über der schweren Kunst, Gold zu machen b), indessen man die leichte, es zu sparen, verachtet und vernachlässigt. Alle Herrscher, und vorzüglich Deutschlands minder mächtige Fürsten, haben in dem kriti-

b) Es ist wohl kaum nöthig, zu erinnern, daß hier nur vom politischen Goldmachen die Rede ist.

schen Zeitpunkte, in welchem wir leben, doppelte Ursache, als gute Haushälter ihr eigenes und ihres Landes Vermögen zu verwalten. Man sagt es ihnen vernehmlich genug, dafs die Fortdauer ihrer kleinen Staaten ungewifs sey; dafs diese die nöthigen Kosten nicht abwürfen, und dafs früh oder spät sie ihre Rettung in der Zusammenschmelzung mit grössern würden suchen müssen c).

c) In der Staatswissenschaftl. Litteratur, bey Beurtheilung dieser Schrift, sagt Herr R. R. *Kretschmann*: „Ich getraue mir es voraus
 „zu sagen, dafs die deutsche Staatsmaschi-
 „ne keine Konsistenz behalten könne und
 „behalten wird. Kleinere Staaten haben
 „zwar meistens alle die Prärogativen, wel-
 „che grössere geniessen; aber sie haben
 „die Mittel nicht, diese Prärogativen ge-
 „hörig zu unterhalten. Das Land trägt
 „die Kosten nicht. Nun spannt man die
 „Abgaben der Unterthanen aufs höchste,
 „setzt wohl auch Justitz auf den Kammer-

Gewiss ist es, dass unsere politische Existenz und unsere Unabhängigkeit, wir mögen Fürsten oder Particuliers seyn, grossentheils von der Lage unse-

„etat; und so generirt sich Auszehrung.
 „Es wird eine Zeit kommen, wo kleinere
 „deutsche Staaten es für ihr einziges Rettungsmittel ansehen, in grössere einverleibt zu werden, und von ihnen die Heilung zu empfangen. Zwar haben sie gewöhnlich auch alle Symptome eines Lungenüchtigen; sie lassen sich nicht überreden, dass sie krank sind; aber mit desto schnelleren Schritten eilen sie zu ihrer Vollendung“. Nicht, weil ich in einem kleinen Staate lebe und diene; sondern aus Ueberzeugung widerspreche ich der Behauptung wegen Unzulänglichkeit des Ertrags. In den mehresten kleinen Ländern hat der Unterthan weniger zu den Bedürfnissen des Staats zu steuern, als in den grössern; und es ist fast immer nur die Schuld der schlechten Verwaltung, und der Pflichtvergessenheit der Männer am Ruder, oder der Schwäche des Regenten, der zu viel auf die Befriedigung seiner Leidenschaften verschwendet, wenn es ihm und dem Staate an Geld fehlt.

rer Finanzen, so wie diese wieder von dem richtigen Verhältnisse unserer Einnahme und Ausgabe abhängt. Deutschlands Kayser wurden durch Verschwendung ohnmächtig. Schulden nöthigten dessen Fürsten, unter Bedingungen, die ihnen oft sehr lästig waren, bey ihren Unterthanen Hülfe zu suchen. Der Ueberschuldete kann in hundert Fällen nicht so frey handeln, als der, dessen Cassen voll sind.

Auch des Beyspiels wegen sollten deutsche Fürsten sich einer weisen Sparsamkeit befleissigen. Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, zu bemerken, wie groß der Einfluß dieser Tugend auf häusliche und Bürger-Wohlfarth, also auch in doppelter Rücksicht auf Staats-Wohlfarth sey. In doppelter Rücksicht sage ich, weil ich den Staatswohlstand gleichsam als die Summe des Bürger-Wohl-

stands ansehe d), und weil übertriebener Luxus eine der Hauptquellen aller Unruhen im Staate und der Unzufriedenheit vieler Bürger ist. Das Uebel und seine Folgen liegen klar am Tage. Den Königen wollen es die Churfürsten, den Churfürsten die altfürstlichen Häuser e), diesen die neufürstlichen, diesen wieder die Grafen gleich thun. Wie bey dem höchsten Adel, so geht es auch bey dem kleinen, bey dem bürgerlichen Diener, bey dem Krämer, bey dem Handwerksmanne. Jeder bis zum Geringsten herab will es denen gleich thun, die vor ihm sind. Was kann daraus anders entstehen, als Verschwen-

d) S. Theil I. S. 76. *Dalberg* von Erhaltung und der Staats-Verfassungen, eine in Rücksicht ihres Verfassers und ihres Inhalts gleich wichtige Abhandlung. §. 6. S. 17.

e) Theil I. S. 227.

— Ueberschuldung — Mangel — Unzufriedenheit? Um gute Bürger zu werden, müssen wir gute Hausväter seyn f).

Wir sind Slaven unserer Bedürfnisse. Haben wir uns an eine bessere Lebensweise gewöhnt, so kostet es uns zu viel, sie aufzugeben. Oft legt die Hoffnung, sie zu befriedigen, dem Menschen Ketten an; aber eben so oft macht die getäuschte Hoffnung mißvergnügt.

Der Edelmann und Gelehrte wollen Dienste und Besoldungen; der Künstler verlangt Unterstützung, der Handwerksmann Freyheit von Abgaben; jeder bringt hierbey seine erhöhten Bedürfnisse in Anschlag. Der Staat, dem es unmöglich ist, allen Genüge

f) L'étude des vertus domestiques est notre premier pas vers les vertus civiques.

Ami des Loix.

zu thun, hat in jedem Unbefriedigten einen Mißvergnügten, in jedem Mißvergnügten einen heimlichen Feind zu fürchten.

Wäre Sparsamkeit Sitte, so würden der Bittenden weniger, und ihre Forderungen mässiger seyn. Man sagt zwar, es gebe Staaten, in denen es weise sey, den Luxus, zum Besten der Fabriken, zu begünstigen. Ich will es annehmen; aber bey Deutschland ist dieses nicht der Fall. Fast alle kostbaren Artikel ziehen wir aus dem Auslande. Der Luxus der Höhern, wenn er ihre Kräfte übersteigt und sie am Ende insolvent macht, bringt oft viele einheimische Familien ins Verderben; da der Aufwand hingegen meistens Fremde bereichert.

Verordnungen gegen Kleiderpracht und andere Verschwendung, billige ich nicht. Dergleichen Verbote sind

lästig, und oft zwecklos. Es giebt hundert Wege, ihnen zu entschlüpfen; aber Beyspiel des Hofes und der Vornehmern, würkt sanfter und doch kräftiger auf die andern Stände. Wenn diese ihren Aufwand vernünftig einschränken; nur so viel Bedienten, Pferde u. s. w. halten, als ihr Dienst und der Anstand wirklich fordert; wenn sie sich durch Einfachheit in Kleidung und Speise auszeichnen; [so wird dieses bald auch in andern Ständen herrschender Ton werden. Wenn der Verschwender nicht mehr mit dem Großmüthigen und Freygebigen verwechselt g), sondern in höhern Zir-

g) So rühmte man es No. 65. des Hamburgischen Correspondenten vom Jahre 1795. als eine edle Handlung, daß der Prinz von *Wallis* dem Lord *Harwort* durch Auswechselung der Hüte ein Geschenk von 1200. Pf. Sterling machte; und dieß zu einer

keln dem Manne mit der verdienten Verachtung begegnet wird, der aus Prachtliebe sein und der Seinigen, auch vielleicht Anderer Vermögen vergeudet, so wird bald der Geist weiser Sparsamkeit den der Prahlerey verdrängen. Verschwendung ist die Tochter der Eitelkeit. Giebt dieser das Beyspiel der Grossen eine andere Richtung; so wird der, welcher jetzt durch einen, seinem Vermögen nicht angemessenen Aufwand zu glänzen

Zeit, da des Prinzen Gläubiger ihn bestürmten und die Minister verlegen waren, wie sie seinen Credit wieder herstellen und seine Schulden tilgen sollten. Möchten alle Fürsten das beherzigen, was *Grey* bey dieser Gelegenheit im brittischen Unterhause sagte: „Ein Mann, der ein Volk regieren soll, müsse sich auch selbst regieren und einschränken können. Die Ueppigkeit des Hofes und der Prinzen sey eine der vorzüglichsten Ursachen des dermaligen Elendes in Frankreich“.

sucht, sich dieses Aufwandes und seiner Schulden mehr und mit mehrerem Rechte schämen, als der Dürftige seiner sichtbaren unverschuldeten Armuth.

Längst klagt man fast allgemein und in allen Ständen über den steigenden Luxus und die mancherley neuen und erweiterten Bedürfnisse, die er erzeugt; aber niemand will den Anfang machen, das Beyspiel von Frugalität und Selbstüberwindung zu geben. Viele werden es äusserst lächerlich finden, dieß den Grossen, Mächtigen und Reichen zuzumuthen; aber muß dieses Beyspiel nicht von oben herab kommen, wenn es von Wirkung seyn soll? Vielleicht wird es auch dem leichter, sich etwas zu versagen, der es aus Ueberlegung, als dem, der es aus Noth thut.

In den meisten deutschen Staaten

mufs man die Staats-Einkünfte von den eigenthümlichen Einkünften des Fürsten unterscheiden. Man würde aber sehr irren, wenn man zu jenen nur den Ertrag der Steuern, oder das, was in den meisten Ländern in die Landes- oder Landschafts-Cassen fließt, rechnen, alles, was bey den Kammern erhoben wird, aber als persönliches Eigenthum des Fürsten ansehen wollte, mit dem er, wenn ihn nicht Verträge binden, nach Gefallen schalten könne.

Von jeher sind Einkünfte zu den fürstlichen Kammern gezogen worden, die unstreitig zu den Landeseinkünften gehören; und diefs war auch um so billiger, da jene die gewöhnlichen Landes-Bürden, ohne Beytrag des Unterthans, bis in die Mitte des XVI. Jahrhunderts bestreiten mußten h).

h) Man vergleiche S. 212. des I. Theils.

Zu diesen Landeseinkünften gehört alles das, was der Fürst als Landesherr erhebt, z. B. Trank- und andere Steuern, Ab- und Einzug-Concessions- und Dispensationsgelder, und der Ertrag der meisten Regalien, Zölle, Zehenden u. s. w. In vielen protestantischen Ländern ist es auch billig, hieher der Ertrag der Kammergüter zu rechnen, die aus aufgehobenen Klöstern und eingezogenen Besitzungen der Kirche entstanden sind. Manche billig gesinnte Regenten der damaligen Zeit verwendeten diese Kirchengüter gewissenhaft, zu allgemein nützlichen Anstalten; aber es ist bekannt genug, daß dieses nicht von allen geschah, und daß es den Feinden der Reformation nicht an Gelegenheit fehlte, dem Vorwurf, den sie den protestantischen Fürsten machten, als ob sie die neue Lehre nur zu Vermeh-

rung ihrer Kammereinkünfte begünstigten i), einige Wahrscheinlichkeit zu geben. Wem könnte es wohl, wenn er auch die Rechtmässigkeit dieser Secularisirungen zugesteht, einfallen, zu behaupten, daß der Fürst das Vermögen der Kirche oder der aufgehobenen Corporationen für sich und als sein Eigenthum in Anspruch nehmen könne? Dem Staate fiel es heim; zu seinem Besten nur durfte es eingezogen und mußte es verwendet werden. k).

Nie-

i) *Schultes* diplomatische Geschichte des gräflichen Hauses Henneberg Th. II. S. 317.

k) Gerechtigkeit forderte, diese Stiftungen, der vernünftigen Absicht der Stifter gemäß, zu verwenden, wenn nicht die Noth den Staat, sie anzugreifen, zwang. Die vernünftige Absicht der Stifter, war Beförderung der Religion, der Frömmigkeit und des Menschenglücks. Auf keinem Wege kann diese sicherer erreicht werden, als

Niemand wird bezweifeln, daß der Fürst ein Recht habe, einen Theil aller dieser Einkünfte, die er als Landesherr durch seine Finanzbeamten erheben läßt, zu seinem standesmässigen Unterhalte zu verwenden. Wie viel? das sollte, zwar nicht dem Herkommen, aber der Billigkeit nach,

durch gute Schul- und Lehr-Anstalten. Religion, Frömmigkeit, und mit ihnen Menschenglück, sinken durch die Kargheit, mit der man die Lehrer besoldet, und durch die Verachtung, die fast immer die Folge der Armuth ist. Würde es nicht ein Raub seyn, den Ertrag der Stiftungen zu willkührlichen, unnützen Ausgaben zu verwenden, indessen unsere Geistlichen und Schullehrer, die auf diesen Fond so gerechte Ansprüche haben, Hunger leiden? „Wenn“, sagt *Burke*, „der Reiche seinen Lehrer schlechter bezahlt sieht als seinen Diener, so wird Geringschätzung, die allenthalben das Loos der Dürftigkeit ist, auch die Geistlichen nicht verschonen“. *Genz. Uebersetzung. Th. I. S. 149.*

in allen Staaten nach dem Beyspiele Englands bestimmt seyn. Diese Summe und sein eigenes Privatvermögen gehört zum Eigenthum des Fürsten. Von allen übrigen Staatseinkünften hingegen ist er nur Verwalter, und sollte darüber von seinen Finanzräthen dem Landesausschusse Rechnung ablegen lassen 1). Manche unnütze Ausgabe würde dann unterbleiben, und das gegenseitige Vertrauen des Landes und seines Fürsten, wenn ein solcher Schritt von ihm unaufgefordert geschähe, bevestigt werden.

- 1) Es ist dieses in Rücksicht der Abgaben, die von den Unterthanen zu Bestreitung der Landes-Bürden erhoben werden, in den Reichs-Gesetzen ausdrücklich verordnet; und auch in Ländern, die keine Landstände haben, ist von den Reichs Gerichten in neuern Zeiten mehrmals auf abzulegende Rechnung erkannt worden. *Häberlin* Handbuch des D. Staats. Th. II. S. 285. und *Lange* historische Entwicklung der deutschen Steuerverfassungen. S. 231.

Das Privatvermögen des Fürsten, und das, was man in England die Civilliste nennt, der Controlle eines Landesausschusses zu unterwerfen, würde so unvernünftig, als ungerecht seyn; indessen ist auch hier zu der Fürsten und Unterthanen Wohl höchst nöthig, daß sie gut wirthschaften und die Ausgabe nach der Einnahme einschränken. Hr. Geh. Justizrath *Pütter*, der die Frage aufwirft: Ob es nicht besser sey, wenn unsere regierende Herren ganz creditlos wären m)? macht dadurch der Weisheit der deutschen Regenten freylich kein Compliment. Zu läugnen ist es aber nicht, daß die Verschwendung eines Fürsten oft für sein Land die traurigsten Folgen auch nach seinem Tode hat.

Das Ansehn des Fürsten leidet durch

m) *Pütters*, Entwicklung III. Th. S. 240.

seine Verschuldung. Eigennützig und niederträchtige Diener benutzen oft das Bedürfnis des Herrn, um ihn zu entehrenden Handlungen und zu Schritten zu vermögen, die seines Volks Wohl nachtheilig sind.

Käufliche Kabinets - Justiz, Diensthandel, Monopolen, landverderbliche Lottos und Lotterien, und mancherley schädliche Projecte, sind in mehrern Reichslanden die unglückliche Folge zerrütteter Kammer-Finanzen gewesen. Und wenn es nun gar so weit kömmt, daß der Fürst überschuldet ist, und eine Administrations-Commission einrückt, so leidet der Unterthan nicht nur unmittelbar durch die Abgabe der Creditsteuer, mit der man ihn belegt, sondern meist noch viel mehr mittelbar. Die häufig zwischen der Commission und dem verschuldeten Fürsten bestehende Mißshelligkeit hin-

dert manches Gute, und hemmt den Gang der Geschäfte. Gutmüthige und oft dürftige Gläubiger verlieren an ihren Kapitalien, die milden Stiftungen an ihren Einkünften; und jede der erwerbenden Klassen durch den gehemmten Umlauf des Geldes.

Schon hat das traurige Beyspiel einiger deutschen Fürstenhäuser andere aufmerksam gemacht, und sie von der unglücklichen Sucht zurückgebracht, es den grössern gleich zu thun, und durch eine Verschwendung Ehre zu suchen, die, weil sie nicht anders als auf Kosten der Unterthanen oder gutmüthiger Gläubiger befriedigt werden kann, immer entehrend seyn wird n).

n) Sehr nachdrücklich, und in Ausdrücken, die sich nur ein Mann wie er erlauben darf, äussert sich hierüber der grosse *Friedrich II.* in seinem *Anti - Machiavell* CX. »La plupart des petits Princes, et nommement

Wenige haben aber meiner Einsicht nach in Einschränkung ihres Aufwands noch genug gethan. Denn das, was sie bey der einen Rubric der Ausgabe vielleicht mit auffallender Kargheit ersparen, wird meistens wieder bey einer andern verschleudert.

Nur durch die redliche Verwaltung der Landeseinkünfte, und die weiseste Ersparniss in ihrem eigenen Aufwande, werden die kleinern so wie die grössern Herrscher, durch die Verminderung ihrer stehenden Heere, in den Stand kommen, eine

Minderung der Abgaben
zu bewürken.

„ceux d'Allemagne, se ruinent par la de-
 „pense excessive à proportion de leurs re-
 „venus, que leur fait faire l'ivresse de
 „leur vaine grandeur. Ils s'abiment, pour
 „soutenir l'honneur de leur maison, et ils
 „prennent par vanité le chemin de la mi-
 „sère et de l'hospital.”

Ohne das zu wiederholen, was ich über die zu einer beträchtlichen Höhe gestiegenen und vervielfältigten Abgaben in dem ersten Theile dieser Schrift o) gesagt habe, begnüge ich mich, hier zu bemerken, daß das, was die Herrscher nach und nach den Unterthanen unter dem Vorwand des öffentlichen Wohls und des Bedürfnisses des Staats abgenommen haben, nicht als eine rechtmässige und zu dem Vermögen des Regenten gehörige Einnahme deshalb angesehen werden könne, weil es die Unterthanen bisher ohne Widerrede zahlten. Kein Stand kann ohne Abgaben bestehen; wenn aber zu den Staats-Ausgaben, dem standesmässigen Unterhalt des Fürsten, und zur Erhaltung der innern und äussern Sicherheit, nur der

- o) S. 209. u. f.

fünfzigste Theil des Einkommens aller Staatsbürger nöthig wäre, so ist es unverantwortlich, ihnen von jedem hundert Thaler ihrer Einnahme, statt der nöthigen 2. Thaler, deren 30. oder 46. jährlich abzunehmen. Es ist dieß eine Usurpation, die kein Herkommen rechtfertigen kann, und die dringend um Verbesserung schreyt.

Auch diejenigen, die keine Anhänger des in kleinen Staaten ohnehin nicht anwendbaren, physiocratischen Systems sind, werden nicht bezweifeln, daß die grosse Vervielfältigung der Abgaben mißlich, dem Bürger beschwerlich, und auch, weil dieser mehr Gelegenheit hat, durch Schleichwege ihnen zu entgehen, den Sitten schädlich sey.

Viel zu wenig nahm man bisher bey neuen Auflagen auf den Einfluß Rücksicht, den sie auf die Sittlichkeit der

Staatsbürger haben. Auch die Hebungskosten kamen oft nicht gehörig in Anschlag, da doch ein Kind einsehen kann, daß die Abgaben um so mehr vermehrt werden müssen, je mehr von dem, was der Unterthan zahlt, in den oft schmutzigen Händen der Einnehmer kleben bleibt.

Da der Ertrag der Auflagen mit ihrer Last nicht immer im gleichen Verhältnisse steht, und wo jener gering, diese aber drückend ist, der Staatsbürger mehr an Geld oder andern Aufopferungen giebt, als der Staat empfängt; da ferner manche Abgaben ungerecht, andere Sitten verderbend sind; so darf es wohl kaum bemerkt werden, daß Billigkeit und eine gesunde Politik fordere, diejenigen zuerst abzuschaffen, die durch ihre Härte, ihren schädlichen Einfluß auf die Sitten oder das Mißverhältniß der

Last zum Ertrag die drückendsten sind. Diefs letzte scheint mir meist da der Fall zu seyn, wo man die Freyheit des Unterthans, sein Eigenthum zu benutzen, nur in der Absicht, ihm eine Gabe abzupressen, beschränkt; zum Beyspiele bey den Verpachtungen des Sammeln der Asche, der Lumpen, des Holzsaamens und andern Monopoliën, und bey manchen Verboten, die keine andere Absicht haben, als Concessions- und Dispensationsgelder zu erhalten.

Zu den ungerechten zähle ich vorzüglich das Abzuggeld, und zu den sittenverderbenden Accise und Lotto. Was das Abzuggeld betrifft: So bezeugen auch die Bemühungen vieler Regierungen, diesen, durch das Herkommen eingeschlichenen und durch Gesetze zum Rechte gewordenen Eingriff in das Privateigenthum theils ab-

zuschaffen , theils zu mildern , dafs sie dessen Unbilligkeit fühlen. Es ist hier der Ort nicht, diess weiter auszuführen p), noch den Ursprung des Abzuggeldes aufzusuchen; nur dieses bemerke ich, dafs, wenn es, wie man insgemein sagt, zur Entschädigung für den Verlust gegeben würde, den der Staat durch das aus dem Lande gehende Vermögen leidet, die Abgabe nicht nur meistens ganz unverhältnissmässig sey, sondern auch dann nicht genommen werden könnte, wenn durch den Verkauf des Grundstücks an einen Auswärtigen eben so

p) Ausführlicher redet *Eggers* in seinem Archive der Staatswissenschaft und Gesetzgebung Theil I. S. 62 — 87. von dem Abzugelde, dessen Ursprunge, Unrechtmässigkeit und Nachtheile für den Staat. In seiner Entstehung konnte es hie und da gerecht seyn; aber bey ganz veränderten Umständen hört es auf, es zu bleiben.

viel fremdes Geld hereinkommt, als der Verkäufer mit sich hinwegnimmt.

Wo man bey einer Einnahme nicht fragt, ob es billig und *recht sey*, sie zu fordern; sondern nur: Ob man dazu *ein Recht habe?* da ist es freylich so bequem, dem Ausziehenden oder Erben einen Theil seiner Habe zu nehmen, als das Strandrecht auszuüben.

Der Staat, der strenge das Abzugsgeld einfordert, hat aber auch, ausser dem mittelbaren Schaden, seine Bürger einer ungerechten Zehndung zu unterwerfen, den unmittelbaren, daß kein vermögender Mann gerne in ein solches Land ziehen wird, das er oder seine Erben ungerupft nicht wieder verlassen können; und auch der Geldumlauf wird dadurch gehemmt. Noch drückender und unbilliger wird dann freylich diese Abgabe, wenn

auch der, welcher im Lande nur von einem Amte oder Dorfe, vielleicht gar in einem Dorfe von einem Hause in ein anderes zieht q), den zehnten Theil seines Vermögens zurücklassen muß.

q) Dieß muß noch in vielen Gegenden dann allemal geschchen, wenn diese Häuser verschiedenen, mit dem Rechte, Abzuggeld zu fordern, versehenen Lehn- oder Gerichtsherren unterworfen sind.

Einzelne Güterbesitzer können, nach der Meynung der billigsten Rechtslehrer, eine Entschädigung fordern, wenn sie dem Abzuggeld entsagen, das sie bisher zu erheben berechtigt waren. Dieß Recht gehört mit zu ihrem Vermögen, sie mögen es nun erkaufte oder ererbt haben. (*Eggers Archiv der Staatswiss.* S. 80.) Sie verlieren an ihren Einkünften, wenn man es ihnen nimmt. Mit Freude aber würde ich und gewiß sehr viele andere Gutsbesitzer ohne alle Entschädigung diese Einnahme dem Wohle unserer Mitbürger aufopfern, wenn in ganz Deutschland durch eine Uebereinkunft aller Fürsten diese Abgabe abgeschafft würde.

Wenn ich die Accise zu den verhafsten und Sitten verderbenden Auflagen rechne, so verstehe ich darunter nicht jede Consumtions-Steuer. Diese können wir nicht ganz entbehren. Taxen, die auf Gegenstände des Luxus gelegt werden, sind oft um so nützlicher, da sie nicht nur blofs den Wohlhabenden treffen, sondern auch den Luxus vermindern, und oft den, auf welchen sie am härtesten zu fallen scheinen, durch sich selbst gleichsam entschädigen r).

r) Diese Behauptung muß ich durch ein Beyspiel erläutern. Jeder, der mehr Bediente oder Pferde hält, als er braucht, thut es gewöhnlich aus Prachtliebe und um Aufsehen damit zu machen; wo aber überflüssige Bediente und Pferde, Kutschen mit einem Kutschersitze und dergl. mit einer starken Auflage belegt sind, wird der Prachtliebende mit weniger überflüssigen Bedienten, die ihm eine gleiche Summe kosten, eben

Dergleichen Taxen, deren Erhebung nicht zu beschwerlich ist, und die nur der Reiche zahlt, verbunden mit einfachen Consumtions-Steuern, zu denen alle Einwohner beytragen müssen, scheinen mir nebst den Grundsteuern die Quellen zu seyn, aus denen die Summen, die der Staat braucht, am sichersten geschöpft werden können. Diejenige Accise hingegen, die jedes Bedürfnis des Unterthans mit einer Abgabe belegt, jedem Einheimischen und Fremden seine Koffer und Taschen durchsucht, und vielleicht die eine Hälfte der Staatsbürger zu Betrügern, einen grossen Theil der übrigen aber unzufrieden macht, ist unmöglich zu billigen.

Es ist kaum zu begreifen, wie gu-

so viel Aufsehen erregen, als an einem andern Orte mit mehreren.

te Regenten und weise Staatsmänner s) so gleichgültig den nachtheiligen Einfluß betrachten können, den diese Accise bey der Art, wie sie erhoben wird, auf die Sittlichkeit haben muß. So wohl den Unterthan, der sie zahlen soll, als den Einnnehmer lockt das Verhafste dieser Abgabe, und die Leichtigkeit, sich ihr zu entziehen, zum Betrüge und zur Pflichtvergessenheit. Noch in unsern Tagen denkt das Publikum nicht viel besser von der Ehrlichkeit der Zöllner und Accisbedienten, als vor 1800. Jahren, da jenes Wort schon einen schlechten verworfenen Menschen bezeichnete. Gewiß fehlt es in der zahlreichen Klasse von Accisbedienten nicht an redlichen und

un-

s) Was hülfte es dem Staate, möchte ich ihnen zurufen, wenn er die ganze Welt gewönne, und seine Bürger litten Schaden an der Seele!

uneigennützigern Männern; aber für einen solchen muß es sehr hart seyn, eine Stelle zu verwalten, die es ihm beynahe zur Pflicht macht, jeden für einen Schurken zu halten, so wie jeder Unbekannte ihn dafür hält. Kein Wunder, wenn er es wirklich wird.

Selbst unter Männern, die alle andere Betrügereyen verabscheuen würden, erlauben sich Viele Verkürzungen und Defraudationen der Accisgefälle und Bestechungen der Aufseher, in der Absicht, den Staat um eine Abgabe zu betrügen, die sie ihm schuldig sind. Jeder denkende Mann muß fühlen, daß dieses eine Art von Diebstahl ist, weil durch andere Auflagen das *Deficit* ersetzt werden muß, was hier durch Verkürzung entsteht t).

t) Der geringe Betrug entschuldigt dieses nicht. Die Menge der Defraudanten macht den Verlust groß. So oft ich auch über
III. Th. C

Dennoch schämt man sich nicht nur dieses Betrugs nicht, sondern man rühmt sich dessen wohl öffentlich; als ob die allgemeine Meynung und Stimmung hierinnen alle Staatsbürger gegen den Staat, also diese gegen sich selbst verbunden und sie sich verschworen hätten, jedes Mittel für rechtmässig zu halten, das sie der verhafsten Abgabe entzöge. Man müßte blind seyn, um die Folgen, die dieses auf die Sittlichkeit haben muß, zu verkennen.

die Durchwühlung meiner Sachen unzufrieden war; so habe ich mir es doch nie erlaubt, durch ein Geschenk einen Accisbedienten von seiner Pflicht abzuhalten; aber ich bekenne, daß ich es auf der Schelde und der Donau mit Abscheu sahe, wenn Accisbedienten armen Reisenden sogar die Tabaksdosen leerten, die ihnen zu voll schienen. Wie geneigt macht eine solche Behandlung, den Staat mit seinem Aufseher zu verwechseln, und, aus Unwillen gegen diesen, jenen zu betrügen!

Eben so Sittenverderbend ist, obgleich in ganz anderer Rücksicht, das berüchtigte Lotto geworden, das man auch hie und da als Mittel braucht, den Bedürfnissen des Staats, oder dessen Regenten, abzuhehlen. Die Gewinnsucht der Menschen zu benutzen, um unmerklich von ihnen freywillige Beyträge zu erhalten, mit denen man gute Anstalten bewürken, oder durch welche man die Last der Abgaben erleichtern könne, war ein Plan, der dem Erfinder keine Schande macht. Könnte man allen Unbemittelten, allen leidenschaftlichen Spielern den Zugang zu solchen Glücksbuden verschliessen, so würden sie vielleicht Beyfall verdienen; allein für die ärmere Klasse der Staatsbürger und für diejenigen Wohlhabenderen, welche die ansteckende Spielseuche zu immer wiederhohlten unverhältnissmässigen

Einlagen reizt, ist dieses gefährliche Spiel nicht nur eine neue ergiebige Quelle der Verarmung geworden; sondern es hat auch Unzufriedenheit in den Familien, und Untreue bey den Dienstboten erzeugt. Die Spielwuth, die sonst nur eine Pest der höhern Stände und grössern Städte war, hat die andern Stände, die kleinern Städte und selbst den Landmann angesteckt, und alle Laster, die sie nach sich zieht, bey ihnen eingeführt u). Seitdem diese verderblichen Folgen des Lotto-spiels allgemein bemerkt und gerügt wurden, haben viele deutsche Fürsten, denen das Wohl ihrer Unterthanen, oder ihre Ehre, mehr als der elende

u) Den Selbstmord einer, durch die Lotto-Spielsucht zur Untreue und endlich zur Verzweiflung gebrachten Weibsperson, erzählt die Berl. Monatsschrift May 1785.

Gewinn, am Herzen lag, den sie von betrogenen Spielern v) zogen, diese Lotto's aufgehoben, und andere dieses Spiel ihren Unterthanen bey schwerer Strafe verboten. Möchten die Wenigen, die noch ihre Lande damit ausaugen lassen, und ihre Hände mit einem Gewinnste beflecken, der schmutziger ist, als der, welchen einst Vespasian zu erheben nicht erröthete, sich erinnern, dafs sie sich Landesväter nennen lassen, kein guter Vater aber einen Sold von einem berücktigten Glücksritter für die Erlaubniß nehmen wird, seine Kinder, so weit es ihm glückt, zu Spielern, zu Bett-

▼) Auch wo es noch so ehrlich geht, ist deswegen Betrug da, weil bey den Spielarten, die den Unverständigen am meisten anlocken, kein Verhältniß zwischen der Grösse des Gewinnstes und der Unwahrscheinlichkeit ist, ihn zu erhalten.

lern und vielleicht dann auch zu —
zu machen w).

Alle dergleichen landverderbliche

w) Als bey dem Herzog von Württemberg, der das Lotto „wegen der dadurch angerichteten „allgemeinen Zerrüttung und unersetzlich „schlimmen Ausbrüche“ aufgehoben hatte, sich die Landschaft bedankte, antwortete er: „Er verdiene keinen Dank, weil die „Abstellung eines gemeinschaftlichen Uebels „eine Folge seiner gegen das Land habenden Pflichten sey.“ *Schlözers Briefw. XXV. S. 18. und XXVI. S. 122.* Da das Lotto als eine wahre Pest allgemein anerkannt ist, so würde es überflüssig seyn, diesen Satz mit mehreren Zeugnissen zu belegen; und ich beziehe mich nur auf die neueste hierüber erschienene Schrift: Von dem verderblichen Einfluß des Lotteriewesens auf den Staat in vorzüglichster Hinsicht auf die arbeitende und productivē Volksklasse, von Christ. Fried. Roscher, Leipz. 1795. 8. Putter hat längst schon den patriotischen Vorschlag gethan, daß durch ein Reichsgesetz alle Lottos aufgehoben werden möchten. *Erörterungen des Staats und Fürsten-Rechts. Heft 4.*

Speculationen würden unterbleiben, wenn, wie es eigentlich Recht und Billigkeit forderte, der Ertrag derselben nicht in die Privatkasse des Fürsten, sondern in die Landeskassen flösse.

Abschaffung der Leibeigenschaft und Erleichterung der Frohnen.

Noch ist in mehreren Gegenden Deutschlands der Bauer, gleich dem Viehe, das Eigenthum seines Gutsheeren; und es ist da gewifs Pflicht der Fürsten und Gutsbesitzer, den Unterthanen, deren Väter ungerechte Gewalt zu Knechten gemacht und viele Jahrhunderte in Knechtschaft erhalten hatte, den Weg zur Freyheit zu bahnen. Der älteste Sammler unserer vaterländischen Rechte, der edle *Eycke von Repkow* sagt in seinem

Sachsenspiegel x): „Da man das Recht
 „allererst satzte, da war kein Dienst-
 „mann. Und es waren alle Leute frey,
 „da unser Vorfahren zu Lande kamen.
 „An meinem Sinne kan ich des auch
 „nicht abgenehmen, dafs jemand des
 „andern eigen seyn soll. Auch haben
 „wir des keine Urkund“. Und nach-
 dem er die Meynung derer widerlegt
 hat, die die Leibeigenschaft von Cain,
 Noahs Söhnen, Jsmael oder Esau her-
 leiten wollen, fährt er fort: „Wir
 „haben auch noch in unsern Rechten,
 „dafs sich selber niemand zu eigen
 „geben mög, seine Erben widerreden
 „das wol; wie möchte dann Noa oder
 „Jsaac einen andern zu eigen gegeben
 „haben, sint sich selber niemand zu
 „eigen geben mag. — Nach rechter
 „Warheit aber zu sagen, so hat Ei-

x) Buch 3. Art. 42,

„genschaft von Gezwange, und Gefängniß, und von unrechter Gewalt, ihren Ursprung, die man von Alter in ein unrechte Gewohnheit gezogen hat, und nun vor Recht halten wil“.

Die Freyheit, sagen die Vertheidiger der Leibeigenschaft, verbessert den Zustand der Leibeigenen nicht; Viele wollen daher auch diese Freyheit nicht, und andere würden dabey aus Trägheit verhungern. Dieß ist glaublich genug. Wo der Leibeigne bisher Sklave ohne sittliche Bildung war, kein oder wenig Eigenthum hatte; wie sollte er da einen andern Trieb zur Thätigkeit kennen, als die Furcht vor der Peitsche oder dem Kerker? Gewohnt, daß andere für ihn sorgen, wird nur das dringendste Bedürfnis seine Trägheit überwinden. Aber mit solchen Gründen die Fortdauer der

Knechtschaft rechtfertigen wollen, das wäre um nichts menschlicher und richtiger, als wenn man einen Unglücklichen, den Rache viele Jahre in einem dunklen Gewölbe bey magerer Kost verschlossen hielt, bis an seinen Tod darum wollte schmachten lassen, weil bessere Nahrung ihn töden, das Tageslicht ihn blind machen würde. *Behutsamkeit*, *allmähliges* Fortschreiten zum bessern Lebensgenuss und zur Freyheit empfiehlt hier und dort die Erfahrung; sie lehrt aber auch, daß da wo Leibeigene mit Freyen vermischt sind, die edelsten des Bauernstandes sich unter denen finden, die ihren väterlichen Acker selbst pflügen y). In

y) *Garve* über den Character der Bauern S. 68. Eine Schrift, die nicht nur jeder Gutsherr, und wer sonst Verkehr und Verbindung mit dem Landmanne hat, sondern jeder, dem das Wohl dieser zahlreichsten Men-

dem grössern Theile von Deutschland seufzt zwar der Bauer nicht mehr unter dem Joche der Leibeigenschaft, aber desto häufiger unter Frohnen, die er dem Guts- oder dem Landesherrn, hie und da wohl beyden, leisten muß. Diese Zwangdienste sind oft weit drückender, als die Abgaben. Für den Staat sind sie um so schädlicher, weil der Frohnende mehr an Zeit verliert, als der Frohnherr an Arbeit gewinnt, und über dieses sehr häufig die bessere Kultur des Frohn- sowohl als des Herrn-Guts dadurch behindert wird. Sie sind allgemein verhaßt und eine der Hauptquellen der Unzufriedenheit

schenklasse wichtig ist, nicht bloß lesen, sondern studieren sollte, und die besonders in Rücksicht des Gegenstandes, der uns hier beschäftigt, der Erleichterung der Zwangdienste, von der größten Wichtigkeit ist,

des Bauernstandes. Gewiss, Beweggründe genug für alle Landes- und Gutsherren, von welchen letztere hier noch mehr und leichter, als jene, wirken können, diese Frohndienste, wo es möglich, ganz abzuschaffen, und, wo dißs nicht möglich ist, sie wenigstens zu erleichtern.

Oft wird es ohne allen Nachtheil für den Gutsherrn und dennoch mit grossem Vortheile für den Dienstmann geschehen können. Sollte es aber auch jenem einige Aufopferung kosten, und ihn dafür die bessere Kultur seines Feldes, der wachsende Wohlstand seiner Gutseinwohner nicht entschädigen, so wird er, wenn er ein wohlwollendes Herz und ächtes Gefühl für Ehre hat, diese Aufopferung dennoch gerne seinem Vaterlande und seinen Mitbürgern bringen, denen er dadurch ein froheres Daseyn sichert; um so mehr

dann, wann er bedenkt, wie sehr er zugleich für das Glück und die Ruhe seiner eigenen Nachkommen sorgt, Frankreichs Güterbesitzern wurden gewaltsam die Rechte entrissen, die ihre Vorfahren erkaufte, erworben oder von ihren Censiten ausbedungen hatten. Wir wollen unsern deutschen Brüdern eine solche Ungerechtigkeit nicht zu- trauen; aber wir wollen diese schreckliche Warnung benutzen, um nicht hartnäckig auf unsern Gerechtsamen zu bestehen. Herr von *Münchhausen* sagt in seiner schönen Schrift von Lehnherren und Dienstmann, in welcher er zeigt, daß es nicht nur Zeit, sondern hohe Zeit sey, dem Unterthan in dieser Rücksicht Erleichterung zu schaffen: „Billigkeit verdient nirgends mehr Rücksicht als da, wo der Reiche von seinem Ueberflusse mit dem Armen um seine Nothdurft handelt“.

Keinem auf dergleichen Gegenstände aufmerksamen Manne kann es un-
merkt geblieben seyn, wie sehr sich
in unsern Zeiten, und besonders seit
der französischen Revolution, die öf-
fentliche Meynung in Rücksicht auf
die Frohndienste geändert haben.

Die Theoreticker sind aus Abscheu
gegen die harte Behandlung der Fröh-
ner und ungemessene Zwangdienste
oft zu weit in ihrem Hasse gegen alle
Frohnern gegangen. Die gute Sache
gewinnt dabey nicht. Wer zu viel
beweist, beweist nichts; wer zu viel
fordert, wird oft eben deswegen ganz
unerhört abgewiesen. So sehr auch
aus den bereits vorgetragenen Grün-
den eine gänzliche Aufhebung aller
Frohndienste zu wünschen wäre, so be-
greife ich dennoch nicht, warum es mit
angebohrnen Menschenrechten, Freyheit
und Billigkeit nicht bestehen könne,

daß auf gewissen Grundstücken bestimmte Dienste haften, und der, welcher das Grundstück erhält oder kauft, für sich und seine Nachkommen die Verbindlichkeit übernehme, diese Dienste zu leisten. Herr Prof. *Wichmann* z) gesteht denen Fröhnern, die dem Gutsbesitzer lästige, ihnen selbst aber nützliche Dienste zu leisten haben, an dem frohnberechtigten Gute „eine Art von „wohlerworbenen Miteigenthume“ zu; kann man dasselbe mit Billigkeit dem Herrn an dem frohnbaren Gute absprechen? Auch sein Eigenthum ist, wo keine Verträge vorhanden sind, doch durch einen ruhigen Besitz von vielen Jahrhunderten wohl erworben aa).

z) In seiner Schrift: Ueber die natürlichsten Mittel die Frohndienste aufzuheben 1795. S. 245, u. f.

aa) Der Verf. der Beyträge zur Berichtigung der französischen Revolution urtheilt hierü-

Eine ganz andere Bewandniss hat es mit den ungemessenen Frohnen, bey welchen der Dienstleistende der unbedingten Willkühr des Frohnberechtigten unterworfen ist; diese erkenne ich für slavisch und ungerecht bb), es mag

ber sehr billig und richtig; aber die Vergleichsvorschläge, die er als *negotiorum gestor* für die Frohnpflichtigen thut, möchten die Wenigsten von diesen genehmigen. Die meisten Theoretiker denken sich, weil sie theils den Bauer theils die andern Schwierigkeiten nicht genug kennen, die Sache viel zu leicht.

bb) „Eine Verpflichtung, deren Maas keiner gesetzlichen Bestimmung unterworfen ist, kann wohl nicht für rechtmässig gelten; und der Contract, wodurch sie ausdrücklich eingegangen wäre, ist an sich selbst nichtig, wenn er für Nachkommen mitgeschlossen wird.“ *Rehbergs Untersuchungen über die französische Revolution.*

Bey ihrer Entstehung waren auch die meisten nun ungemessenen Dienste es noch nicht. *Lange historische Entwicklung der Steuerverfassung S. 68.*

mag nun solche der Bauer dem Guts-
herrn, oder der Unterthan der Person
des Fürsten cc) zu leisten haben.

Ueber die Nothwendigkeit, die Froh-
nen, wo sie drückend sind, zu er-
leichtern, ist in unsern Tagen so viel
gesagt und geschrieben worden; die
Münchhausische Schrift redet hierüber
so laut zum Kopfe und zum Herzen,
und noch in diesem Jahre hat Herr
Prof. *Wichmann* dd) mehrere so zweck-
mässige Vorschläge gethan, dafs es
vielleicht überflüssig ist, hierbey län-

cc) Ich trenne hier wieder, und gewifs mit
dem Beyfalle aller billigen Männer, den Für-
sten vom Regenten. Dienste, die der Re-
gent, oder, welches gleichviel gilt, der
Staat selbst braucht, lassen sich nicht wohl
bestimmen; sie müssen aber der Billigkei-
nach, wie wir hernach sehen werden, ent-
weder unter alle Staatsbürger gleich ver-
theilt, oder von dem Staate bezahlt werden.

dd) In der oben angezogenen Schrift.

III. Th. *Verfassung* D

ger zu verweilen; die Wichtigkeit des Gegenstandes erlaubt mir aber nicht, einige Bemerkungen über die beabsichtigte Frohnbefreyung zu unterdrücken, ob ich gleich wohl weifs, dafs sich hier, wo alles auf das Locale ankommt, allgemeine Regeln nicht wohl festsetzen lassen. Vielleicht darf ich um so mehr für diese Bemerkungen eine gütige Aufnahme hoffen; da ich so wohl bey eigenen Gütern, als in meinem Dienste Gelegenheit gehabt habe, hiervon practische Kenntnisse zu erlangen.

Garve bemerkt schon, dafs die Regierung, so viel nemlich die den Güterbesitzern zu leistenden Dienste betrifft, nur darüber wachen müsse, dafs ihren Dienstleuten nicht unrecht geschehe, Erleichterungen aber, die von der Güte der Gutsherren abhängen, nur durch schickliche Mittel zu erwarten und zu leisten habe.]

Wo man nicht sogleich mit Wahrscheinlichkeit die gänzliche Aufhebung der Frohnen hoffen kann, verwandle man wenigstens die ungemessenen durchgehends in gemessene. Die Regierung ermuntere die Gutsbesitzer, sich deshalb aussérgerichtlich mit ihren Fröhnern nach Billigkeit zu vereinigen. Können sie nicht einig werden, so setze man dazu Commissionen nieder, die aber weder dem einen noch dem andern Theile Kosten verursachen dürfen. Wählt man hierzu billige und verständige Männer, so wird es ihnen meistens glücken, durch einen Frohnrecess die gegenseitige Schuldigkeit auf das Genaueste zu bestimmen. Hierdurch wird es nicht nur künftigen unbilligen Gutsbesitzern unmöglich, ihre Dienstleute zu unnöthiger und unnützer Arbeit willkührlich zu missbrauchen; sondern es wird

dadurch auch die ganze Aufhebung der Frohnen erleichtert. Nun kann jeder Einzelne, wegen seiner Dienste, mit seinem Herrn sich abfinden, ohne dafs, welches zuvor der Fall gewesen seyn würde, den Mitfröhnern dadurch eine neue Last zuwächst. Wo der Frohnende in solchen Umständen ist, dafs er die Frohne abkaufen kann, halte ich dieses für das allerzweckmässigste. Des Gutsbesitzers Erben werden zwar durch den fallenden Werth des Geldes etwas verlieren; diefs ist aber der Fall bey jedem, der ein Grundstück, oder eine nicht in Geld bestehende Rente verkauft. Der Lehnherr des frohnberechtigten Gutes leidet dabey auch einigen Schaden; da er aber fast durchgehends zugleich Landesherr ist, so wird er durch den vermehrten Wohlstand seiner ihm steuerbaren Unterthanen sehr reichlich

für den ungewissen Verlust bey dem entfernten Heimfalle des Guts entschädigt. Der Bauer muß ohnehin schon fast überall viel geben; dem Staate muß daher jede Gelegenheit erwünscht seyn, ohne Eingriff in das Eigenthum, ohne Beschwerung anderer, dessen jährliche Lasten erleichtern, und das Maas seiner Kräfte vermehren zu können, wozu dieses ohnstreitig ein sehr wirksames Mittel ist.

Die von Hrn. Prof. *Wichmann* vorgeschlagene Vertheilung des frohnberechtigten Guts in mehrere kleine Güter, die einzeln dem Dienstmannne in Pacht oder Erbpacht gegeben werden, ist, wo sie ausführbar, in jeder Rücksicht zu empfehlen; aber wenn das Gut nicht auf einmal so vertheilt werden kann, so setzt es bestimmte Frohnen oder willige Fröhner zum voraus. Weniger zweckmässig, aber auch

weniger Schwierigkeit unterworfen scheint der Vorschlag zu seyn, daß man die Frohndienste zu Geld anschlage, und die Dienste wieder von dem Frohngeld bezahle ee).

ee) Hr. Prof. *Wichmann* verwirft S. 216. dieses Mittel als eine Uebervortheilung der Unterthanen. weil er voraussetzt, daß man sie alle bisher geleistete Dienste nach dem gewöhnlichen Lohne bezahlen lasse. Dann wäre es allerdings unbillig; aber wenn da, wo z. B. der Geschirr- oder Handfröhner bisher jährlich im Durchschnitte 60. Tage schlecht, wie es bey Frohnen gewöhnlich, also so viel arbeitete, als ein Tagelöhner in 30. Tagen, der Gutsherr sagte: Du sollst mir so viel bezahlen, als deine Arbeit mir werth war; so viel als mich ein Tagelöhner oder ein Lohngeschirr 30. Tage kostet; du behältst aber die Wahl, ob du in Geld bezahlen, oder diese Tage so fleissig, wie ein um Lohn gedungener, arbeiten willst, so hat der Gutsherr keinen Schaden, und der Fröhner gewinnt offenbar jährlich 30. Tage, die er für sich arbeiten kann. Der Vorschlag dieses Verfassers S. 221. und 22.

Wo der grössere Theil der Fröhner mit dem Gutsherrn einig ist, muß man einiger Starrköpfe wegen, die es bey dem Alten lassen wollen, das Gemeinnützige nicht unterlassen; diese aber auch nicht zu einer Geld- oder Naturalabgabe nöthigen; sondern nur ihre bisherigen Dienste, wenn sie unbestimmt waren, mit Zuziehung sachverständiger Landleute, bestimmen

ist allzu unbestimmt. Die Fröhner sollen das für Aufhebung der Frohne geben, was ihnen bisher der Gutsherr für die Frohnarbeit gab. Wie kann man von einer so verschiedenen Abgabe allgemein sagen, daß sie billig oder unbillig sey! Wo der Fröhner bisher einen hohen Frohnlohn erhielt, würde der Gutsbesitzer nicht nur durch dessen Innenbehaltung viel ersparen, sondern auch noch viel zur Entschädigung erhalten. Wo hingegen der Frohnlohn gering war, würde sein Verlust groß und die Entschädigung klein, also gewiß nicht, wie Herr Prof. *Wichmann* sagt, unläugbar vollständig seyn.

und in solche verwandeln , die ihnen nicht lästiger und dem Gutsherrn nützlich sind.

Das bisher Gesagte gilt nicht nur von Frohnen des Gutsherrn , es mag dieser eine Privatperson , oder , wie bey den Kammer- und Chatoull-Gütern , zugleich der Landesherr seyn ; es gilt auch von allen den Frohnen , die der Landesherr zwar , als Landesherr , aber nicht zum unmittelbaren Befsten des Landes , sondern zu seinem Privatvortheile , zur Erhaltung oder zum Vergnügen seiner Person und seines Hofstaats fordert. Solche Frohndienste , zum Beyspiele Anführung von Holz und Victualien , Unterhaltung von Gärten und Anlagen , Füllung der Eisgruben , die meisten Bau - alle Jagdfrohnen und ähnliche Dienste , wird kein vernünftiger Mann mit wahren Landesfrohnen , als Unter-

haltung der grossen Heerstrassen und der nöthigen Dämme, Vorspann bey unvermeidlichen Durchzügen fremder Kriegsvölker, und andern dergleichen, verwechseln.

Fordert bey jenen der Landesherr ungemessene Dienste, so ist diefs so ungerecht, als wenn der Gutsherr sie verlangt. Der Unterthan soll weder des einen noch des andern *unbedingter Willkühr* unterworfen seyn. Für jeden Landesherrn ist es Pflicht, so weit er diefs kann, zu verhindern, dafs auch künftig von seinen Nachfolgern in der Regierung sein Land nicht gedrückt werde; und es ist möglich, diese Dienste zu bestimmen.

Bey den wahren Landesfrohnern hingegen ist es unmöglich; sie hängen grösstentheils von den Umständen, nicht von irgend eines Menschen Willkühr ab. Sie sind nur dann rechtmäs-

sig, wenn sie zum Wohl des Landes unvermeidlich sind ff). Bey diesen Frohnen bin ich ganz *Wichmanns* Meynung, dafs es billig und weise sey, solche weder auf die Personen, noch auf das Vieh, sondern nach dem Verhältnisse des Grundeigenthums auszutheilen; und freylich sollten alle Grundeigenthümer ohne Unterschied hier zu einer Last beytragen, die allen Vortheil gewährt. Wenn dieser Schriftsteller aber eine solche Austheilung bey allen Frohnen für die billigste erkennt, und sogar behauptet gg), dafs dagegen kein *jus quaesitum* gelten könne; so vertheidigt derselbe offenbar etwas unrichtiges und unbilliges; denn Gutsfrohn haben eine ganz andere Quelle, als Landesfrohn. Wah-

ff) *Garve* S. 165.

gg) S. 227.

re Landesfrohnern gewähren jedem Frohnenden Vortheile, und meistens um so mehr Vortheile, je mehr er Antheil am Grund-Eigenthum hat, Nicht so die Gutsfrohnern. Das Recht zu diesen ist nicht eine natürliche Folge des Besitzes eines zum Staate, der die Dienste braucht, gehörigen Grundstücks; sondern es muß erworben seyn hh). Eine Gleichmachung

hh) Es sind Gefälle oder Zinsen meines Antheils an einem Grundstücke, die mir der Besitzer durch Dienste abtragen muß. Wo ich bey gleicher Grösse des Frohnguts wenig Dienste zu fordern habe, ist mein Antheil an demselben gering; groß hingegen, wo mir der Fröhner viele Dienste leisten muß. Diese gleich zu setzen, oder bey sehr verschiedener Grösse der Güter und bisher gleichen Lasten solche nach Verhältniß desselben Ertrags unter dem Vorwande vertheilen, daß die Lasten nach den Kräften abzumessen seyen, würde ein Eingriff in das Eigenthum, und „der gesunden Vernunft und der Billigkeit“ so wenig ange-

solcher erworbenen Rechte ist so willkürlich und unrechtmässig, als ein agrarisches Gesetz.

Der alte Grundsatz ii), daß der Bauer nur gut sey, so lange er unter dem Drucke lebe, ist so unwahr, als er schändlich ist. *Garve*, der den Character der Bauern, so weit dieß bey Characterzügen von Millionen entfernter und in keiner engen Verbindung lebender Menschen möglich ist, studiert hat und sehr richtig beurtheilt, widerlegt dieses Vorurtheil kk). Geduldiger mag er freylich hie und da

messen seyn, als wenn man in einer Dorfgemeinde zu Tilgung aller Schulden der einzelnen Nachbarn ein Capital erborgen, und davon, ohne Rücksicht, wie viel für jeden bezahlt worden, alle in gleichem Verhältnisse zu den Zinsen beytragen lassen wollte!

ii) Rustica gens, optima fletus, pessima ridens.

kk) S. 63. 2, f.

seyn, wo er bey dem kleinsten Murren ins Loch gesteckt, oder mit Schlägen gezüchtigt zu werden, fürchten muß; aber besser gewiß nicht. Er ist vielmehr, wie ich oben schon bemerkte, immer da besser und fleissiger, wo Zwang und Dürftigkeit weniger drückend sind. Durch bessere Behandlung, wenn diese nicht mit Schwäche verbunden ist, macht man ihn also auch zum bessern Menschen 11). Wehe dem Elenden, dem dießs keines Opfers werth scheint! Denen, die behaupten, daß der Bauer

- 11) *Garve*, der hierüber den Gutsbesitzern vortrefliche Klugheitsregeln ertheilt, sagt: S. 98. „Man begegne ihm als Menschen, „so wird er als Mensch handeln; zwar „nicht vollkommen gut, aber doch gewiß „besser, als wenn zu seinen natürlichen „schlimmen Anlagen, oder zu seinem Eigennutze, noch der Zorn, die Rachsucht, „oder eine völlige Fühllosigkeit hinzu- „kömmt.“

durch Nachsicht und Schonung übermüthig werde, fehlt es meistens an einem richtigen Maasstabe, ihn zu beurtheilen. Setzen sie ihm die Schranken zu enge, so ist es ihre Schuld, dafs er sie überschreitet, wenn er anfängt, sich zu fühlen. Darüber sind wir alle einig, dafs der Bauer Bauer bleiben mufs; er mufs seinem Gutsherrn mit Ehrfurcht begegnen, aber er braucht deshalb kein Slav zu seyn; nicht vor dem Thorwege des Edelmanns oder vor seinem Haushund, wie jene Schweitzer vor des Landvogts Hute, die Mütze abzunehmen. Jeder vernünftige Beamte hat gewifs lieber mit offenen, freymüthigen Bauern zu thun, wenn sie auch zuweilen mit Unrecht murren, als mit tückischen. Reich können wir sie ohnehin nicht alle machen.

Gleichheit der Abgaben.

Ob die Gerechtigkeit unbedingt fordere, die zu der Erhaltung des Staats und dem Wohl aller Bürger nothwendigen Auflagen unter alle Staatsglieder, nach einem gleichen richtigen Verhältnisse, zu vertheilen? ist eine der politischen Fragen, über die in neuern Zeiten mit vieler Wärme und wichtigen Gründen gestritten worden ist. Dafs im Allgemeinen die möglichst gleiche Vertheilung *der* Lasten, die eine nothwendige Folge der gesellschaftlichen Verbindung sind, unter die Mitglieder derselben zur Vollkommenheit einer Staatsverfassung gehöre, ist nicht zu läugnen. Aber kein billiger Mann wird auch verkennen, dafs sich in Rücksicht auf einen Staat, in dem ein Theil der Staatsbürger seit Jahrhunderten eine Befreyung der Lasten genoß, sehr wichtige Gründe ge-

gen die unbedingte Uebernahme derselben aufstellen lassen m m). Die Bedürfnisse des Staats müssen durch Auflagen aufgebracht werden. Je grösser die Zahl derer ist, die sich diesen Auflagen entziehen, um so drückender wird die Last für die übrigen. Es würde daher eine schreyende Ungerechtigkeit seyn, wenn man die auf einem Grundstücke haftenden Beschwerden dem Edelmann oder der sonst privilegierten Person, die dessen Besitzer wird, abnehmen wollte n n).

von Hübner's Archiv für die Gesch. des Rechts. Eben

m m) *Garve* über den Character der Bauern, S. 159. *Höberlin's* Staatsrecht Th. 2. S. 291. Dessen Abhandlung in der deutschen Monatsschrift April 79. und der dadurch veranlafste Aufsatz eines Geschäfts-Mannes. Dasselbst. August 1793.

n n) Auch der Fürst, der beträchtliche Grundstücke an sich kauft, handelt ungerecht, wenn er sie von Beschwerden losmacht,

Eben so ungerecht ist es, wenn, wie in vorigen Zeiten nicht selten geschehen ist, der Fürst gegen eine Geldsumme steuerbare Güter frey macht. Der Landesherr kann o o) und darf dieses nicht thun; seine Macht mag durch Landstände gebunden seyn oder nicht. Nirgend hat wohl in einem solchen Falle ein Fürst, der das *Aversional-quantum* bezog, das frey gemachte

die nothwendig andern zur Last fallen müssen.

o o) Häberlin sagt Staatsr. II. S. 288. „Der Landesherr kann in den mehrsten mit Landständen versehenen Ländern nicht einmal Steuer-Privilegien ohne Beystimmung der Landstände ertheilen; moralisch kann er es aber auch nicht wo keine Landstände sind; denn auch da wäre es eine Ungerechtigkeit. Von einer ungerechten Handlung sollte man nie sagen, der Fürst kann dieses thun. Welche Bosheit ist nicht auch dem Schwachen physisch möglich? Ankerström könnte seinen König ermorden; das ist gewiss, weil er es wirklich that.“

III.

E

Grundstück aus seinen eigenen Mitteln übertragen pp). Er treibt also Handel mit dem Eigenthum seiner Unterthanen. Wie könnte das gerecht seyn? Eine ganz andere Bewandniß hat es mit denen Grundstücken, die von jeher aus mancherley Gründen eine Befreyung gewisser Lasten genossen, und, ich darf sagen, hergebracht haben.

Ein grosser Theil der Gutsbesitzer steuert - wirklich durch seine Meyer- oder Lehnleute, deren Besitzungen ehemals zu seinem Gute eigenthümlich gehörten. Einen solchen Pachtmeyer

pp) Auch das ist, obwohl weniger ungerecht, doch unbillig, wenn der Fürst bey der (besonders bey der einzelnen) Veräußerung von Grundstücken, die er steuerfrey beläßt, die Steuerfreyheit mit verkauft. Die ältern Grundeigenthümer sind nicht schuldig, die neuern, die durch eine solche Vereinzelung entstehen und gleiche Vortheile der Staatsverbindung mit ihnen genießen, zu übertragen.

konnte der Gutsherr die Abgabe erhöhen; nun aber sind die Grundstücke mit der Last der Steuern erblich auf ihre dermalige Eigenthümer gekommen qq). Wo aber auch dieser Fall nicht eintritt, sind doch alle Grundstücke, einige wenige vielleicht ausgenommen, nun entweder durch Kauf in ganz anderen Händen, oder sie sind wenigstens zum Theil durch Herausgabe an die Miterben von den dermaligen Besitzern bezahlt worden. In allen diesen Fällen wurde das steuerfreie Grundstück um so viel höher angeschlagen, von dem steuerbaren hingegen das an dem Werthe abgerechnet, was die darauf haftenden Lasten, zu Capital angeschlagen, betrügen. Diefs geschah unter der Au-

qq) Häberlin am angeführten Orte seines St. R. und in der Deutschen Monatsschrift, April 1793. S. 263. u. f.

torität des Staats. Niemand dachte daran, daß das Recht der Steuerfreyheit bezweifelt werden könne rr). So wie also der Besitzer des steuerbaren Grundstücks von der, durch Kauf oder sonst übernommenen Verbindlichkeit, die *bisherigen* Abgaben zu entrichten, sich ohne Ungerechtigkeit nicht losmachen kann, so kann man auch den steuerfreyen Güterbesitzer ohne Verletzung des Eigenthumsrechts nicht nöthigen, die Befreyung von den bisherigen gewöhnlichen Lasten, die unstreitig zu seinem Eigenthume gehört, aufzugeben ss).

Ich glaube aber nicht zu irren, wenn

rr) Auf diese Weise, sagt *Garve*, werden, glücklicher Weise, selbst alle Ungerechtigkeiten mit der Zeit gerecht.

ss) *Eggers* ist hier anderer Meynung. Archiv I. S. 506.

ich aus dem bisher Gesagten drey Folgerungen ziehe :

1) Der Privilegirte kann seine Exemption nur in Ansehung der bisherigen gewöhnlichen Lasten geltend machen tt).

2) Der Staat muß suchen, so weit es ohne gewaltsame Eingriffe in das Eigenthum möglich ist, sich der vollkommenen Gleichheit der Abgaben zu nähern uu).

3) Alles, was von Steuern und Abgaben gilt, muß auch von den übrigen Leistungen und Lasten gelten, die eine Folge der Staatsverbindung sind.

tt) Darauf erkannte auch der Reichshofrath, *quoad exemptionem* des Adels; so soll selbiger seinen schuldigen Contributions-Antheil zu extra-ordinairen Anlagen entrichten, hingegen von den ordinairern Steuern, dem alten Herkommen nach, exempt seyn. *Moscov. R. H. R. Conclusa I. S. 22.*

uu) *Eberhards Vorlesungen über Staatsverfassungen.* S. 126.

Die Richtigkeit des ersten Satzes ist ohne Unbilligkeit nicht zu bezweifeln. Alle Privilegien, besonders die, welche dem gemeinen Wesen schädlich sind, müssen, bekannten Rechten nach, wie die Juristen sagen, *stricte* interpretirt werden. Die Befreyung ist eine Ausnahme von der Regel, sie hat ihren Grund größtentheils nur in dem Herkommen und der Verjährung; wie könnte aber diese Verjährung auf neue, ungewöhnliche Staatsbedürfnisse und Lasten ausgedehnt werden? Ehemals waren die Abgaben, wie wir wissen, sehr gering; wenn aber der Bauer schuldig war, einen kleinen Theil seiner Einnahme zum Bedürfnisse des Staats ohne Concurrenz des Edelmanns herzugeben, ist er deswegen auch schuldig, für dieß Bedürfnis allein zu sorgen, wenn es ihm den dritten oder vierten Theil derselben hinwegnimmt?

Es ist dieses auch unsern Reichsgesetzen, die sich darüber so deutlich als möglich ausdrücken vv), und dem ältern Herkommen ganz gemäs. Zu den Türkenkriegen mußte jeder nach Verhältniß seines Vermögens steuern, Befreyte und Unbefreyte, und auch die Fürsten selbst nicht ausgeschlossen ww).

vv) Der Reichsabschied 1544. §. 26. verordnet: „So haben wir für nothwendig angesehen, daß alle Stände — teutscher Nation, die sich desselben Friedens erfreuen, niemand ausgenommen, zu solchem gemeinen Mitleide gezogen, und mit einer solchen gleichmässigen durchgehenden Anlage belegt werden, daß niemand hohes oder niedern Standes verschonet, auch keiner für den andern beschwert, sondern ein jeder nach seinem Vermögen gleiche Anlag und Steuer gebe. Dem ähnlich ist R. Absch. 1543. §. 24. und 1548. §. 102.

ww) Die Obrigkeiten sollen sich gleichermassen wie die Unterthanen selbst angreifen, heißt es im R. Absch. 1543. §. 25. und in

Jede ausserordentliche neue Last muß als nothwendig zur Wohlfarth des Staats angesehen werden. Ist sie es, so sind alle Staatsmitglieder nach Verhältniß ihrer Kräfte dazu beyzutragen schuldig xx). Ist sie es nicht,

dem R. Absch. 1544. §. 27. . Und nemlich sollen alle und jede Churfürsten, Fürsten, geistliche und weltliche Prälaten — die von Adel und alle andere wes Standes und Würden die seynd, niemands ausgenommen, auch unangesehen, alle Verträge, Freyheiten, Indulten und Herkommen — von allen ihren Haab und Gütern je von hundert Gulden rechts Werths einen halben Gulden zahlen. Man sehe auch *Strubens Nebenstunden* II. S. 421. und 1020. Ver.

xx) In der Schrift: Was sollten Deutschlands Regenten jetzt thun? Leipzig 1794. fordert der mir unbekannte Verfasser die deutschen Reichsstände auf, alle ihre Steuerfreyen durch ihr Beyspiel und durch gütliche Vorstellungen, und, wenn diese fruchtlos seyn sollten, mit Gewalt, und indem sie den Beytrag derselben für diesen Reichskrieg gegen Frankreich zum Reichsgesetz machen,

so kann man auch ohne Ungerechtigkeit von dem steuerbaren Unterthan

zur Mitleidenheit zu ziehen. Da die Steuerfreyen schon nach den vorhandenen Reichsgesetzen, dem Herkommen und dem ewigen Gesetze der Gerechtigkeit und Billigkeit, schuldig sind, zu diesem unseligen Kriege nach Verhältniß ihrer Besitzungen beyzutragen; so würde zwar auch meiner Ueberszeugung nach ein solches Reichsgesetz nicht ungerecht seyn. Es hat aber ein Verfasser, der den deutschen Fürsten solche Rathschläge giebt und sie (S. 121.) versichert, der aufgeklärtere Theil der Deutschen gestehe laut, daß seine Herrscher den weisesten, den edelsten, den erhabensten Theil der deutschen Nation ausmachten, der zugleich allen Ministern deutscher Fürsten das Zeugniß erprobter Rechtschaffenheit, erfahrender Klugheit und Kenntniß giebt, gewiß nicht Ursache, wie es dieser in der Vorrede thut, seiner Freymüthigkeit wegen sich zu entschuldigen. Diels beyläufig um deswillen hauptsächlich, weil von einigen, ohne allen Grund, jene kleine Schrift dem Verfasser dieser freymüthigen Gedanken zugeschrieben worden ist, der zu viel Ehrfurcht für Wahrheit und die Regenten Deutschlands

dazu keinen Beytrag fordern yy). Wenn die Steuerfreyen die Geschichte zur Hand nehmen, und sich aus solcher belehren wollen, wie ihre Güter grösstentheils zu der Befreyung gekommen sind, die sie nun genießen; so wird sie ihnen Bewegungsgründe genug an die Hand geben, diese Exemption nicht auszudehnen.

hat, die den Namen der weisesten und edelsten Männer Deutschlands wahrhaft verdienen, um es gleichgültig ansehen zu können, wenn man ihnen die mittelmässigen und — nicht mittelmässigen gleichsetzt.

yy) *Struben* sagt: Nebenst. Th. II. S. 415.

„Man könnte den Adel nicht nöthigen, an seiner Statt geworbene Soldaten zu unterhalten, bevorab, wenn die Kriege auf des Landes Beste nicht abzweckten.“ In unsern Tagen wird wohl niemand zweifeln, daß auch der Bauer zu einem solche Kriege beyzutragen nicht schuldig sey. Ein Regent, der *wissentlich* einen zu des Landes Wohl nicht abzweckenden Krieg anfängt, ist unstreitig ein Tyrann.

Es ist unsträtig, dals der Adel vorzüglich deshalb (zz) frey war, weil er mit seiner Person zahlte, und ohne Sold a) kostbare Ritter- und Hofdienste zu leisten hatte. Die Steuer lag nicht auf den Grundstücken; es war eine Vermögens-Steuer, bey welcher also auf die Person um so mehr Rücksicht genommen wurde b). In den

zz) *Rehbergs* Untersuchungen über die französische Revolution. Dieser Vertheidiger der Adelsrechte erkennt es für eine ungeheure Ungerechtigkeit, wenn diese Freyheit fort-dauert, nachdem die Dienste aufgehört haben.

a) Der fränkische Adel verweigerte die im Jahre 1495. ausgeschriebene Türkenhülfe dicentes se liberos esse homines, (freye Franken) qui Romanum Imperium non argento sed virtute et sanguine suo contra Turcam essent adjuturi. *Enochi Widemanni* Chronicon Curiae, bey *Menken* in seinen Scriptor. rer. Germanic. T. III. p. 724. Datt de pace publ. L. 3. c. 6. n. 4.

b) *Leng* S. 110. und 239.

neuern Zeiten, da Bewilligungen häufiger gesucht, und die Steuern allgemeine, dingliche, auf den Grundstücken haftende Abgaben wurden, war es hauptsächlich der Edelmann, der, als Repräsentant seiner Meyer und Untersassen, die von dem Landesherrn verlangte Hülfe verwilligen mußte. Edel war es dann freylich nicht, aber doch dem Laufe der Welt sehr gemäs, wenn er es unter der Bedingung seiner eigenen Freyheit that c), wo-

c) „Um den Adel zu bewegen, seine Hinterlassen mit Schatzungen belegen zu lassen, wurden die Gründe, welche er selbst unter dem Pfluge hatte, bey der Steuerfreyheit gelassen, und solche durch Verträge bestätigt.“ *Strubeus* T. II. Abh. 9. vom Steuerwesen und des Adels Steuerfreyheit.

Carl VII. in Frankreich, der zuerst eine Taille von 18000. Franken auf das Land legte, (*Lang* S. 98.) versprach dem Adel Pensionen, damit er seine Unterthanen schätzen lasse. *Meiners* Gesch. der Ungleichheit

durch denn natürlich jene Unterdrückten, die man in der Sprache der damaligen Zeit, nicht ohne Grund, die armen Leut nannte, doppelt belastet wurden. Erwägen wir Steuerfreye, daß unsere Vorfahren grösstentheils durch Mißbrauch ihres Repräsentationsrechts zu der Befreyung, die wir geniessen, gekommen sind: So muß uns dieses geneigt machen, mit beyzuwirken, wenn sich die Regierungen, nach dem zweyten Satze, zu dem ich nun übergehe, dem *Systeme der Gleichheit der Abgaben zu nähern suchen.*

Welcher wohldenkende Mann würde nicht gerne ein fremdes Gut, er habe es ererbt, oder erkauft, wieder in die Hände des rechtmässigen Eigenthümers bringen, wenn er ihn ent-

der Stände S. 477. wo sich derselbe auf *Comines Memoires VI. c. 7. p. 384.* bezieht.

deckt? besonders, wenn dieser Eigenthümer arm, und er in Vergleich mit ihm wohlhabend ist. Sollten wir das Schuld-Capital unserer Vorfahren, welches sie ihre armen Unterthanen zu verzinsen zwangen, diesen nicht abzunehmen suchen und unsere Schulden selbst bezahlen? Gesetzt auch, wir hätten ein Recht zu fordern, daß man den Bauer auspfände, damit er die Staatsbürden alleine trage, die auch uns Sicherheit und andere Vortheile gewähren, ist es darum auch billig, daß die begünstigten Stände die immer drückend werdende Last so lange alleine auf den Schultern der Niedern lassen, bis diese unter ihr erliegen?

Ich muß hier noch einem Einwurf begegnen. „Wir würden dabey selbst verderben“, sagen die Güterbesitzer. „Die Mehresten von uns sind ver-

schuldet; selbst unsere Gläubiger würden nicht gesichert seyn, wenn durch Uebernahme von Abgaben der Werth der Güter fiele. Diefs müßte ohnfehlbar geschehen, wenn wir steuerfreye Gutsbesitzer nun auf einmal alle die Lasten mit übernehmen sollten die man seit Jahrhunderten den nicht- oder übelvertretenen niedern Ständen aufgebürdet hat. Das kann uns aber weder mit Recht noch mit einem Schein von Billigkeit angesonnen werden”.

Der Einwurf würde sehr wichtig seyn, wenn er gegründet wäre; diefs ist er aber nicht, sondern die Folge eines Mißverständnisses. Wir haben gesehen, daß habsüchtige Finanzmänner den gedultigen Handwerksmann und Landmann mit Auflagen aller Art beschwerten, um eine Quelle zu finden, aus der die Fürsten zu Befriedigung ihrer Leidenschaften schöpfen

können. Steuerfreyen kann es nicht
angesonnen werden; alle diese Auflä-
gen mit zu tragen; aber zu dem,
was das wahre Wohl des Landes, was
ihre eigene Ruhe und Sicherheit for-
dert, sollten sie so wie der Bauer
steuern, dem diese Theilung einer
gemeinschaftlichen Last zu gut kom-
men muß. Die wahren Staatsbürden
sind bey einer allgemeinen Uebertra-
gung so groß nicht, daß der Ruin
der Familien von ihrer Uebernahme
zu fürchten wäre. Diese Uebernahme
könnte auch, wie Herr *Brandes* vor-
schlägt, allmählig geschehen; oder
es könnte eine Zeit festgesetzt wer-
den, nach deren Verlauf der steuer-
freye Gutsbesitzer Steuer von seinen
Grundstücken geben müßte; wie sol-
ches in den deutschen Staaten des
Königs von Dännemark in Ansehung
der aufzuhebenden Leibeigenschaft ge-
schah. Was

Was ich bey den Frohnen bemerkte, dafs die öffentliche Meynung ganz gegen die Güterbesitzer sey, und dafs ihr eigenes und ihrer Nächstkommen Sicherheit eine Aenderung erfordere, findet auch hier statt; und es ist gewifs sehr unklug, nicht ehe etwas nachzugeben, bis man nachgeben mufs.

„In Frankreich“, sagt *Eberhard* d),
 „hat der Adel alles verloren, weil er
 „mit seinen Aufopferungen bis auf die
 „Zeit wartete, wo ihm alles genom-
 „men werden konnte“. So viel Schwierigkeiten hier auch einzutreten scheinen, so werden sie doch gewifs beseitiget werden können. Es mufs aber freylich den Regierungen nicht nur damit Ernst seyn, die Auflagen verhältnismässiger zu vertheilen; sondern es müssen auch die Fürsten selbst

d) Ueber Staatsverf. S. 120. Man sehe auch *Eggers Archiv* I. 503.

von ihren Besitzungen die Grundsteuer bezahlen und dem Lehnmanne, der durch Aufhebung des Lehns-Nexus, wovon im künftigen Abschnitte weiter gehandelt werden soll, auch das uneingeschränkte Eigenthum! seiner Grundstücke versichern. Geschieht dieses, so erleben wir es vielleicht noch, dafs in Deutschland, wie in England, jeder Eigenthümer sein Grundstück versteuert; und wir werden so glücklich seyn, in unserm Vaterlande durch Weisheit und Billigkeit eine Unvollkommenheit abgestellt zu sehen, die in Frankreich die erste scheinbar gegründete Ursache der Revolution war e).

Was den dritten Satz anlangt, dafs alles dieses auch von andern Staatsbürden gelte, so bedarf derselbe keiner Er-

e) Rehberg Untersuchung bey Eggers in seinem Archive Th. I. S. 197.

läuterung. Eine gemeinschaftliche Last muß mit gemeinschaftlichen Kräften getragen werden, es sey eine active oder passive; jene bestehe in Geld, Naturalien oder Diensten.

Fast durchgehends scheint man nun die Richtigkeit dieser Grundsätze einzusehen. Die Landesherren selbst haben sich bey neuen Anlagen denselben ausdrücklich unterworfen f). In mehreren deutschen Ländern haben sich die Steuerfreyen durch ihre Bereitwilligkeit, die Lasten des unglücklichen Krieges, durch welchen wir für die

f) In der Churbraunschw. Verordnung wegen der Consumtionssteuer vom 8. Aug. 1794. heisst es: Niemand soll davon frey seyn, wie wir denn auch selbst, daferne wir etwa in Zukunft, während der Fortdauer der erwähnten Steuer, auf einige Zeit in unserm Fürstenthum Lüneburg, mit unserm Hofstaate uns aufhalten werden, dieselbe gleichfalls entrichten lassen wollen.

Unklugheit und für die Härte der französischen Regierung bluten müssen, ihren Mitbürgern zu erleichtern, rühmlich ausgezeichnet; durch Beyträge die Landeskassen unterstützt, und die Beschwerden der Einquartierung mit den Unbefreyten getheilt. Sie haben auch ausserdem durch eigene Verwilligungen gute Anstalten befördert; und es ist nur zu wünschen, daß diese Beyspiele viele Nachahmer finden, und solche Verwilligungen eine auch für die Nachkommen verbindliche Kraft erhalten mögen g).

g) Sehr wichtig ist in dieser Rücksicht das Hildesheimische Ausschreiben vom 24. Dec. 1792. nach welchem

- 1.) die Abgaben der Bürger und Bauern beträchtlich vermindert und erleichtert werden.
- 2.) Die freyen Stände
 - a) $\frac{1}{3}$. der Landesschulden übernehmen.
 - b) für das Vergangene 30000. Rthlr. zur Schuldencasse zahlen.

*Entsagung der Lehen- und anderer den
nützlichen Gebrauch des Eigenthums
einschränkender Rechte.*

Wenn der Edelmann und jeder Gutsbesitzer die Grundabgaben wie der Bauer trägt, so wird es auch billig seyn, daß allmählig das auf unsere Zeiten so wenig passende barbarische Lehnssystem abgeschafft, und der Güterbesitzer wie der Bauer Herr seiner Hufen werde, so weit Erb- und andere Verträge dieses Eigenthum nicht binden. Das Lehnswesen hat bekanntlich

c) bey diesem und andern Reichskriegen $\frac{1}{3}$. der Lasten tragen.

3.) Der Fürst, ausser dem Geschenke des *Subsidii charitativi* von 8000. Rthl. für jedes Jahr, künftig auf dem Fuß der befreieten Stände, zu den Landesschulden von seinen Kammergütern beyzutragen verspricht:

Heil und Segen einem solchen Fürsten, und solchen ächten edeln Patrioten!

seinen Ursprung in der ehemaligen Kriegsverfassung. Diese Kriegsverfassung ist seit Jahrhunderten geändert ; aber das Lehnssystem mit allen seinen Einschränkungen und schädlichen Folgen ist in dem grösten Theil von Deutschland noch in voller Kraft. Die Zerreißung dieses unnatürlich gewordenen Bandes, dessen Wohlthätiges verschwunden, und dessen Drückendes zurückgeblieben, ist zwar mit Schwierigkeiten verbunden. Dürfen aber diese von einem Unternehmen abschrecken, wodurch das Land blühender, der Erwerb grösser wird, und Fürst und Unterthanen gewinnen?

Sollte das, was in England mit so glücklichem Erfolge geschah, nicht auch in unserm Vaterlande möglich seyn? Es ist, und die Schwierigkeiten sind gewiß so groß nicht, als man es insgemein glaubt, oder aus eigennützigen Absichten behauptet.

Man muß die höhere Lehnverbindung des Fürsten und seiner Vasallen von der des Gutsherrn mit seinen Erbzinnsleuten trennen. Jene ist, wie schon *Iusti* sehr richtig bemerkt h), nicht nur in unsern Tagen unnütz, sondern auch durch die Processe, welche sie veranlaßt; durch die, dem Staate nicht den geringsten Vortheil bringenden Formalitäten, zu denen sie den Lehnmann verpflichtet; durch die, bey deren Versäumung, zu besorgenden Lehnstrafen; und durch die Ungewißheit des Eigenthums äusserst lästig. Für den Vortheil, welchen der Staat bisher von dem sich zuweilen ereignenden Heimfall eines Gutes hatte, müßte der Lehnmann denselben

h) Staatswirthschaft Th. II. S. 384. Die gesunde Vernunft, sagt er, verbindet uns, die Lehnverfassung abzuschaffen.

durch Uebernahme eines jährlichen Beytrags zu den Staatsbürden entschädigen. Was wäre leichter zu bewirken? Aber die Lehnhöfe, diese dann ganz unnöthigen Collegien, die manchem deutschen Lande so sehr beträchtliche Summen kosten, diese sind es hauptsächlich, die bey einer solchen Veränderung verlieren würden; und es ist kein Wunder, wenn sie sich derselben aus allen Kräften widersetzen. In der That würde es sehr unbillig seyn, wenn die Mitglieder dabey an ihrem bisherigen Gehalte verkürzt würden; aber noch viel unverantwortlicher wäre es, ein höchst lästiges, für unsere Zeiten nicht passendes, und von allen competenten Richtern i) als allgemein schädlich aner-

i) Man wird hoffentlich dieser Behauptung die Meynung des Herrn G. R. Schlossers nicht entgegensetzen wollen. Denn, so,

kanntes System länger fort dauern zu lassen, damit ein Corps von Männern, die dem Staate nützlicher dienen können, für eine unnütze Arbeit von demselben besoldet werde, und von den Vasallen jährlich viele tausend Thaler an Lehns - Beleyhungs - Indults - Consens- und andern Gebühren zum Besten der Mitglieder, Subalternen und Agenten erhoben werden können.

wie dieser Gelehrte (nachdem ihm durch den um die preussische Gesetzgebung so verdienten *Klein* Einwürfe gegen die übernommene Vertheidigung des Lehnssystems gemacht worden waren), den Begriff dieser Verfassung in dem fünften Brief über den Entwurf des preussischen Gesetzbuchs feststellt, ist solche freylich ein Ideal einer Staatsverfassung, das aber, so allgemein auch, und so lange die Lehnssverfassung in ganz Europa herrschte, dennoch keinem der in irgend einer Periode der Geschichte wirklich bestandenen Lehns - Systeme ähnlich ist, und auch wohl ohne Lehnssverfassung in gleicher Vortreflichkeit bestehen könnte.

Das Beyspiel des Theils der preussischen Staaten, in denen *Friedrich Wilhelm I.* schon im Jahre 1718. die Lehnsvorfassung mit der grössten Schonung der Rechte der Agenten aufgehoben hat, beweist, daß es so schwer nicht sey, wenn man es ernstlich will.

Der Staat gewinnt bey der Aufhebung mittel- und unmittelbar auf allen Seiten. Viele seiner Mitglieder werden einer drückenden Last los; ihr Eigenthum wird gesichert; die Zahl der Steuerfreyen vermindert; der grosse Aufwand auf das Lehnswesen und dessen Diener erspart; Handel und Wandel befördert, und die gewisse Staatseinnahme durch die, von den Lehnseignern zu übernehmende, jährliche Abgabe ansehnlich vermehrt werden.

Ist dieß glücklich durchgeführt, so wird es auch leichter seyn, den Lehnverband zwischen dem Gutsherrn und

seinem Lehnmanne aufzuheben. Es ist nicht zu erwarten, daß der Adel abgeneigt seyn werde, es zu thun, wenn er freye Hände hat. Sein Lehnmann muß ihn, so wie er seinen Oberlehn Herrn, entschädigen. Der Gutsherr kann alsdann nicht nur die Lehngelder und andere Nutzungen in eine beständige Abgabe verwandeln, sondern auch dem Lehnmanne ganz verkaufen; welches, wie ich schon oben bey den Frohnen bemerkte, für den Staat gewiß von den glücklichsten Folgen seyn würde. Der Bauer, der keine Gelegenheit hat, sein Geld sicher anzulegen, kauft sich von Lehngeldern und andern Lasten los. Dadurch kommt er in den Stand, den Staat kräftiger zu unterstützen, und es verschwinden nach und nach die Beschwerden, die Deutschlands Verfassung im Jahre 1525. schon umzu-

stürzen drohten; in Frankreich neuerlich so viele Ungerechtigkeiten veranlaßten, so vieles Blut kosteten und bey uns unter dem Bauernstande eine der Hauptveranlassungen zur Unzufriedenheit sind.

Es giebt aber auch ausser den Lehnrechten noch andere schädliche Einschränkungen des Eigenthums und dessen nützlichen Gebrauchs, deren Abschaffung der Menschenfreund und der Patriot wünschen muß. Gründen sich solche auf Rechte einzelner Gutsbesitzer gegen ihre Gutsangehörigen, so würden sie meistens auf gleiche Weise mit dem größten Nutzen für den Staat nach und nach aufgehoben werden, wenn die Regierung dergleichen Verträge nicht erschwerte, sondern erleichterte. Hieher rechne ich die Zehnden: Ihr Ursprung sey, welcher er wolle, so ist doch keinem

Zweifel unterworfen, daß der Zehendherr nun in Rücksicht desselben Miteigenthümer des Ackers seines Zehendmannes ist. Eine Aufhebung der Zehenden ohne billige Entschädigung ist eine Plünderung des einen Staatsbürgers zum Vortheile des andern. Eine Aufhebung gegen hinlängliche Entschädigung ist aber um so wünschenswerther, da die Zehendabgabe die bessere Kultur der Grundstücke behindert. Es giebt Gegenden, wo die Eigenthümer, mit viel geringerem Aufwand an Arbeit und Kosten, im Durchschnitte, einen gleichen Ertrag von ihren Grundstücken haben würden, wenn sie Getraide, statt Wein, bauten; andere, wo sie mit verdoppelter Arbeit und Kosten auch den Ertrag verdoppeln könnten. Jenes gestattet aber der Zehendherr nicht;

diefs mag der Eigenthümer nicht , weil er den Aufwand allein bestreiten , den dadurch vermehrten Ertrag aber mit einem andern theilen muß.

Eine andere Einschränkung des Eigenthumsrechts , die in einigen Gegenden sehr drückend ist und die Verbesserung des Feldbaues hindert , ist die Huthgerechtigkeit. Diese so auszudehnen , daß der Eigenthümer sein Feld ganze Jahre unbenutzt liegen lassen muß , ist eine Unbilligkeit , die man in vielen deutschen Staaten bereits zu mildern angefangen hat. Da das Huthrecht nun zu dem Eigenthum des Huthberechtigten gehört , die Ackerbesitzer hingegen , die diese Last trifft , in Rücksicht derselben ihre Güter wohlfeiler erhalten haben , so fordert Gerechtigkeit und Billigkeit , daß jene entschädiget werden. Wenn,

welches freylich oft der Fall seyn k)
wird, der Gewinnst bey Aufhebung

k) Ich kenne Dorfschaften, die in den schlechtesten Umständen waren und bloß durch den Futterkräuterbau zu einem hohen Grade von Wohlstand gekommen sind. Ich selbst habe dergleichen viele Jahre, da ich meine Güter noch bewirthschaftete, gebauet. Von zehen practischen Oekonomen werden mir aber gewiß neune darinnen beystimmen, daß die Theoretiker ihre Sätze meistens zu allgemein und also unrichtig vortragen, und zu grosse Vortheile von der Befolgung ihrer Lehre hoffen lassen. Herr Prof. *Wichmann*, der bereits in einigen andern Schriften den Nachtheil der Brache und den Nutzen der Stallfütterung zu zeigen gesucht hat, läßt es auch in seiner mehrmals angeführten Schrift über die Frohndienste an dringenden Vorstellungen wegen Aufhebung der Hütgerechtigkeit nicht fehlen. Wenn derselbe aber (S. 310.) sagt: „Daß von einer Feldbreite, die etwa 10. Schaafe dürftig nähre, vielleicht 50. oder 100. Menschen ihren Unterhalt gewinnen könnten“, so ist hier, ob ich gleich wohl weiß, daß man solche Angaben nicht auf das genaueste nehmen müsse, doch das Verhältniß des alten und

der Brache auch nur halb so groß seyn sollte, als unsere meisten Bücher-Oekonomen ihn ihren Schülern verheissen, so wird der Eigenthümer doch das, was er zu völliger Schadloshaltung dem Huthberechtigten giebt, mehr als zweyfach durch den vermehrten Ertrag seines Grundstückes gewinnen. Der Huthberechtigte muß aber eine billige Entschädigung und Einschränkung seines Rechts sich gefallen

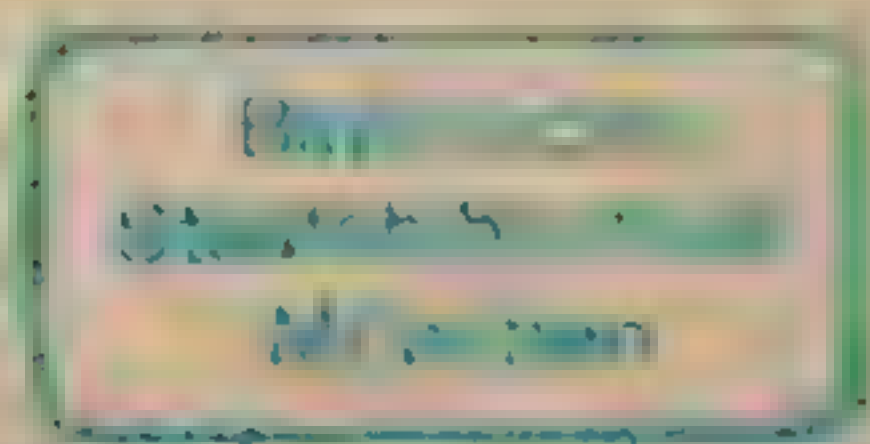
neuen Ertrags allzu auffallend. Wo dieser durch die Aufhebung der Trift auch nur halb so sehr vermehrt werden könnte, da würde die Aufhebung wohl von Seiten des eigennützigsten Gutsherrn keine Schwierigkeit haben; denn wenn ihm auch der Ackerbesitzer den bisherigen Nutzen doppelt und dreyfach vergütet, so wurde dieß gegen den ihm bleibenden Gewinnst dennoch nur eine Kleinigkeit seyn, die er leicht verschmerzen könnte; ob es gleich vom Trift-herrn ungerecht wäre, wenn er mehr als das, was er verliert (*id quod interest*) ersetzt verlangte.

fallen lassen. Die Gründe, von denen in dem Abschnitte von der Gleichheit der Abgaben gesagt worden ist, daß sie den Steuerfreyen zur Nachgiebigkeit stimmen sollten; finden größtentheils auch hier ihre Anwendung. So wie die in vorigen Zeiten den niedern Klassen aufgebürdete Last der Abgaben immer drückender geworden ist; so ist auch in neuern Zeiten, durch die bessere Kultur 1) und den gestiegenen Werth der Grundstücke, der Verlust des Ackereigenthümers, der Gewinnst des Huthberechtigten aber durch den ausserordentlich gestiegenen Ertrag der Schäfereyen grösser geworden.

-
- 1) Der Ackereigenthümer liefs sonst auch seine fruchtbaren Felder in der Meynung, daß sie ruhen müssen, ohne Schuldigkeit, das dritte oder vierte Jahr brach oder ungebaut liegen.

III. Th.

G



Diejenigen Einschränkungen der Freyheit, sein Eigenthum zu nützen, die keinem Dritten Vortheil bringen, dem Eigenthümer aber lästig sind, haben größtentheils die Finanz-Kammern bloß in der Absicht ersonnen, und zum Herkommen erschlichen, um dem Unterthan von Zeit zu Zeit Concessionsgeld und Kammersporteln abzunehmen. Sie sind zu drückend und zu ungerecht, als daß nicht gute und weise Fürsten den üblerworbenen Rechten willig entsagen, und ihre Finanzkammern hiernach anweisen sollten. Einem jeden Staatsbürger muß es erlaubt seyn, den Ertrag seines Grundstücks, wie er will, und, ohne des Staats oder eines Dritten Schaden, kann, zu vermehren. Ob der Unterthan, dessen Felder und Wiesen huthfrey sind, Rind- oder Schaafvieh halten; ob er das huth- und zehend-

freye Grundstück als Acker, oder als Wiese benutzen will, muß ihm frey- stehen. Ihm für eine solche willkühr- liche Abänderung Concessionsgeld ab- zunehmen, ist eine Ungerechtigkeit, die das Herkommen nicht entschuldigen kann, weil es Rechte der einzelnen Ei- genthümer betrifft, und die neun und neunzig die bisher in solchen Fällen willig oder gezwungen Concessions- geld bezahlten, dem hundertsten an sei- nen Rechten nichts vergeben konnten.

Abstellung der Jagd-Mifsbräuche.

In ältern und neuern Zeiten sind in Deutschland die Beschwerden der Un- terthanen über diese Mifsbräuche oft sehr laut geworden, und nicht selten sind sie sogar in Gefahr drohende Empörungen ausgebrochen. Es ist begreiflich, daß es äusserst erbittern müsse, durch Hegung des Wilds sei-

ne Saaten zertreten oder seine Erndten verwüstet zu sehen. Der Unwille gegen einen solchen Frevel steigt um so höher, je geringer der Vortheil ist, den diese Verheerungen dem Jagdberechtigten gewähren. Der Nichtswürdige, der meine mit Kosten und Mühe gepflanzte Baumschule abhauet, um sie für wenige Groschen zu Reisig zu verkaufen, wird mich gewiss mehr erbittern, als wenn er mir eine Sache von gleichem Werthe, oder auch selbst diese Bäume geraubt, solche aber sorgfältig ausgegraben und in andere Pflanzungen verhandelt hätte. Hie und da, ist besonders dann, wann man Unruhen befürchtete, der Unterthan durch Verträge gegen die Jagdmisbräuche gesichert worden m);

m) In einem Vertrage zwischen dem Marggrafen von Baden und dem Bischofe und Rath von Strasburg und andern Herren auf

aber es ist unrichtig, daß dieser Beschwerde ganz abgeholfen sey n).

der einen, und den aufrührischen Bauern, in der Ortenau auf der andern Seite, wurde verglichen: Jedem Bauer solle erlaubt seyn: „Sein Feld zu verzaunen; auch wo dieß gegen die wilden Schweine nicht hülfte, solche zu fahen oder umzubringen; jedoch solle er es dem Herrn der Wildbahn gegen Bezahlung des Jägerrechts ausantworten.“ Die in neuern Zeiten in dem Württembergischen getroffene vortrefliche Einrichtung, nach welcher die dem Wildfrasse ausgesetzten Dorfschaften privilegirte, von ihnen selbst gewählte Wildschützen haben, die es wegschiessen müssen, ist bekannt genug. n) „Ueberhaupt ist die französische Revolution Veranlassung geworden, dem deutschen Landmanne bereits aller Orten seine Saat und Früchte gegen das Wild zu sichern, so daß vielmehr patriotische Schriftsteller das Publikum vor andern Extremen, der Ausrottung des Wildes und der schädlichen Wilderey warnen sollten“, sagt der Recensent der zufälligen Gedanken über den Begriff vom Jagdregal, Allg. L. Z. 1795. No. 44. Der Recens. stellt hier zwey Dinge

Ich getraue mir vielmehr nicht nur zu behaupten, dafs die Jagdmifsbräuche noch nicht in allen deutschen Staaten abgestellet sind; sondern auch, dafs in wenigen derselben hierinnen demjenigen eine Genüge geschehen sey, was Gerechtigkeit und Billigkeit

als Folgen des Geschreyes gegen Jagdmifsbräuche zusammen, die schlechterdings nicht neben einander bestehen können; denn das, was er Wildercy nennt, muß aufhören, wenn es kein Wild mehr giebt. So wenig ich die Ausrottung des Wildes da, wo es unschädlich ist, billigen würde, so bekenne ich doch ohne Schaam, dafs ich über diesen Gegenstand sehr burgerlich denke. Ich glaube nämlich, dafs der Verlust, der der Menschheit und dem Staate daraus zu wachsen würde, wenn man das Wild ausrottete, mit dem gar nicht zu vergleichen sey, der aus dem zu grossen Ueberflusse desselben entsteht. England befindet sich so übel nicht dabey, dafs die Freunde der Jagdlust ihre Hirsche aus fremden Ländern verschreiben und in ihre Parks verschließen müssen.

von den Jagdberechtigten und den Regenten fordern.

Den Fürsten, deren Unterthanen noch vom Wildfraß, oder durch andere Mißbräuche der Jagdbefugnisse leiden, muß es eine der ersten Sorgen seyn, das Wild, so weit es den Unterthanen schädlich ist, auszurotten.

Unverzeihliche Schwäche ist es, wenn sie hierinnen den Berichten ihrer Jäger trauen. Es ist kaum glaublich, wie viel hohe und niedere Jagdbedienten den Bauer durch Hegung des Wilds, durch Mißbräuche der Jagdfrohn, und auf manche andere Weise drücken o). Man sieht mit

o) Das Tücken und Plagen der Bauern, scheint bey den Jägern fast innungsmässig zu seyn. Ewald in seiner Abhandlung über Revolution, ihre Quellen &c. sagt: „Es ist unbegreiflich, wie Vorurtheil, und gewisse Worte, *Jagdgerechtigkeit, Hoheitsrechte,*

Kummer wie zuweilen der Esprit de Corps auch edle Männer zu Grausamkeiten verleiten, und wie ein sonst gerechter und billiger Fürst, um einige Stunden das elende Vergnügen zu haben, unter eine Zahl zusammengetriebenen Wilds zu schießen, Tausende seiner Unterthanen bey dem schlimmsten Wetter in den Wäldern herumjagen, und sie nöthigen kann, mit Hintersetzung ihrer Feldarbeit und Verderbung ihres Viehes, sein Jagdzeug von einer Gegend seines Landes in die andere zu schleppen.

Der Jagdberechtigte, er sey Fürst.

„&c. Kopf und Herz verdrehen können“, p. 209. Sogar das mühsame Bewachen ihrer Feld-Früchte, zum Schutze gegen das Wild, wird den Unterthanen zuweilen erschwehrt. Eine Grausamkeit, die den Fürsten, der sie billigt, und alle die, welche sich als Werkzeuge dazu willig brauchen lassen, schändet.

oder Edelmann, kann sich ohne Unbilligkeit der Pflicht nicht entziehen, dem Landmann den durch Hegung des Wildes zugefügten Schaden aus eigenen Mitteln p) zu bezahlen. — Miss-

p) Thut er es aus den Staatseinkünften, so ist dieses eine Verschwendung derselben. Denn wo kein überflüssiges Wild unterhalten wird, bedarf es keiner Entschädigung. Was würde man von einem Fürsten urtheilen, der, um eine grosse Feuersbrunst zu sehen, ein Dorf abbrennen liefse, den Bauern aber wieder neue Häuser aus dem Staatsvermögen baute?

Männer, die durch ihre Lage in den Stand gesetzt sind, hierüber zuverlässige Nachrichten zu haben, versichern, daß noch vor Kurzem, in einem kleinen Theile eines deutschen Landes, der den Unterthanen für Wildschaden gegebene Ersatz in einem Jahre über 60000. Thaler betragen habe. Dieses wäre eine, mit dem geringen Ertrage der Wildbahn in keinem Verhältnisse stehende Summe. Das Geld bleibt zwar im Lande; aber es ist durch die Hegung des Wilds um so viel weniger von den nützlichsten Erzeugnissen erbauet wor-

bräuche und Grausamkeit können so wenig durch Gewohnheit entschuldigt, und durch Verjährung gerechtfertiget werden, als ein Dieb das Recht hat, zu stehlen, weil er 20—30. Jahr diefs Handwerk ungestraft getrieben hat. Ich kann es daher nicht für billig halten, wenn ein Landesherr sich von seinen Unterthanen dafür bezahlen läßt, daß er das Wild, welches einen Theil ihrer Erndten raubte, wegzuschiessen befiehlt.

Jäger, die zu Bedrückung des Unterthans Veranlassung geben, und, zu Befriedigung der Eitelkeit eine schöne Wildbahn in ihren Forsten zu haben, pflichtswidrig falsche Berichte erstat-

ten; das Wild hat vielleicht eben so viel Schaden am Holz, als an Feldfrüchten gethan, und es würde auch ungerecht gegen die übrigen Unterthanen seyn, wenn sie durch ihre Abgaben die den Beschädigten zu zahlenden Summen aufbringen müßten.

ten , sollten nachdrücklich bestraft , als untreue Diener ohne Nachsicht ihres Dienstes entsetzt , und zur Entschädigung der Unterthanen aus ihrem eigenen Vermögen angehalten , überhaupt aber alle Mißhandlungen der Unterthanen auf das strengste geahndet werden.

Ohne diese Strenge mag der Herr wiederhohlt befehlen , alles wegzuschiessen , und der Unterthanen zu schonen ; seine Befehle bleiben unbeachtet , und indess das Wild dem Bauer alle Nacht seine Saat wegfrisst , versichern die Jäger immer mit unglaublicher Frechheit , daß kein Wild da sey. Sie mißbrauchen das Ansehn , das sie als Forstmänner haben ; und so lange man nicht Jagd- und Forstaufsicht trennt , die Jägerey nicht wie jedes andere Gewerbe , oder wie z. B. die Fischerey behandelt , ist meines

Erachtens wenig Hofnung, daß die Klagen der Unterthanen ganz aufhören werden q).

Gewissens - und Denkfreyheit.

Da die Kunst des gelehrten *Campanella*, aus den Minen und Zügen die Gedanken und Gesinnungen zu erfor-

q) Eehin schätzte man Jagdgerechtsame über alles. Jagd war die erste Fürstenlust, die nur dem Adel erlaubt war, und das Jagdrecht durfte dieser nur selbst oder durch gelernte Jäger üben. Holz gab es genug, und von der Forstkultur verstand man gar nichts; man ahndete nicht, daß sie eine Wissenschaft werden würde, und übergab alle Forste den Jägern, so wie alle Chirurgie den Bartscheerern. Neuerer Zeit hat sich dies sehr geändert. Gute Forstmänner sind höchst nöthige dem Staat unentbehrliche Diener geworden. Wäre es nicht Zeit, daß man diese Wissenschaft aus den Händen der Jäger, so wie die der Wundarzneykunst aus den Händen der Balbierer risse, von denen jene und diese meist als Nebensache ihres Berufes angesehen wird?

schen r), zum Glücke der Menschheit keine Fortschritte gemacht hat; so werden diese freylich, nach dem gemeinen Sprichworte, immer zollfrey bleiben, so lange man behutsam genug ist, sie in sich zu verschliessen. Der vernünftige Mensch hat aber auch ein Recht, ungestört nach Wahrheit zu forschen s), sich über seine Mey-

r) *Brucker* Historia phil. P. IV. part. 2. p. 121.

s) *Genz* sagt in seinen Bemerkungen über den zehnten Artikel der französischen Declaration der Menschenrechte, der also lautet: Niemand muß seiner Meynungen halber, selbst in sofern sie die Religion betreffen, beunruhiget werden, wenn nur die Aeusserung dieser Meynungen, die öffentliche Ordnung, welche das Gesetz einführt, nicht stöht: „Das Recht der Denkfreyheit sey aus zwey Momenten zusammengesetzt; aus dem Recht, Meynungen zu haben, und aus dem Recht, sie andern mitzutheilen.“ Sollte das Recht, seine Meynungen durch Forschen nach Wahrheit zu berichtigen, nicht ein dritter wichtiger Theil der Denk-

nungen und Urtheile mit andern zu besprechen; seinen Glauben zu beken-

freyheit seyn? Gesetzt, es hat der Andere kein Recht, mir seine Meynungen schriftlich oder mündlich mitzutheilen, habe ich darum auch keines, aus seinen Schriften oder seinem Unterrichte die Belehrung zu schöpfen, die er mir zu geben bereit ist?

„Ueber das Recht, seine Meynungen mitzutheilen“, sagt *Genz* ferner, „läßt sich im Allgemeinen nichts festsetzen.“ Das leuchtet mir nicht ein; ob ich gleich den Vordersatz einräume: „Es muß dieß Recht so modifizirt werden, daß es mit dem gesellschaftlichen Verein verträglich bleibe.“ Das läßt sich von jedem Rechte des in der Gesellschaft lebenden Menschen sagen; und es würde sonach überhaupt unmöglich seyn, allgemeine Gesetze des Staatsrechts aufzustellen. Unumschränkter Freyheit werde ich nie das Wort reden. Da nicht nur der größte Theil der Menschen ein Spiel seiner Leidenschaften ist, sondern auch unsere Sittlichkeit nicht immer mit der Ausbildung unsers Verstandes fortschreitet, so kann es zuweilen gefährlich werden, der nackten Wahrheit den täuschenden Schleyer abziehen. Es ist aber auch gewiß, daß der-

nen; er hat, wenn er es ohne Störung Andersdenkender thut, ein Recht, den Gott der Könige und Bettler nach seinen Einsichten und nach seiner Ueberzeugung zu verehren. Diese Rechte sind die unveräusserlichsten. Eltern können sie ihren Kindern, Herrscher ihren Unterthanen nicht nehmen oder beschränken. Wer es versucht, ist ein Tyrann. Hr. von Berg erklärt es in seiner Schrift über Deutschlands Verfassung für einen der grösten Vorzüge derselben, daß sie die Glaubens- und Gewissensfreyheit sichere t). Wo

jenige gesellschaftliche Verein seinem eigenen Zwecke entgegen, also nichtig seyn würde, mit welchem eine vernünftige Denkfreyheit nicht vertraglich wäre.

t) Seite 65. Der Articul VII. des Westphäl. Friedens schließt mit den Worten: *Sed præter Religiones supra nominatas nulla alia in S. R. Imperio recipiatur vel toleretur.* Wie ist es möglich, daß Herr von Berg sagen

thut sie das? Ist das Glaubens - und Gewissensfreyheit, wenn ich, um auf Duldung gesetzmässigen Anspruch machen zu können, schlechterdings von drey verwickelten geheimnissvollen Systemen eines annehmen muß; wenn der, welcher sich zu Christi Lehre, den diese drey Systeme für den Anfänger und Vollender ihres Glaubens angeben, bekennt, die Menschensatzungen aber, in die sie gehüllt wurden, verwirft, nur aus Gnade geduldet wird?

Toleranz ist nicht Wohlthat der Religion-

könne: Der westph. Frieden gebe jedem Deutschen eine *vollkommene Glaubens- und Gewissens-Freyheit* ? S. 103. Die oben angezogenen Schriften dieses Verfassers, die ich zu spät erhielt, um sie bey den früheren Abschnitten benutzen, oder mich auf solche beziehen zu können, enthält viele sehr richtige Bemerkungen, vorzüglich über die Quellen der Unzufriedenheit in Deutschland.

genten; sie ist Pflicht, und es gereicht der Menschheit zur Schande, daß man sie ihnen zum Verdienst gemacht hat. Wehe dem Lande und Zeitalter, in dem man zum Lobe eines Mannes sagt, daß er nie mordete. Intoleranz ist ein Verbrechen, und war von jeher eine fruchtbare Mutter von Grausamkeiten. Wer dadurch Gott zu dienen glaubt, zieht alle menschliche Gefühle aus; das ist eine Wahrheit, welche die Geschichte sehr laut prediget. Religion habe ich bey der Uebersicht der Mittel, Ruhe zu erhalten, zu den festensten Stützen einer vernünftigen Staatsverfassung gezählt. Ich habe aber dabey auch bemerkt, und, ich hoffe, bewiesen, daß dieß nicht von dem blinden Glauben gelten könne, der alle Vernunft verdrängt und seine Alleinherrschaft, wo nicht mit Kerkern und

dem Beile des Henkers, doch mit Zwang zu behaupten sucht.

In unsern Tagen ist es schlechterdings unmöglich, ein Volk durch Bigotterie und Aberglauben an seine Regierung zu fesseln. Es muß vielmehr um so mißtrauischer werden, wenn man da Zwang braucht, wo nur Gründe entscheiden können.

Ehrfurcht gegen Religion kann und muß der Staat von seinen Bürgern verlangen, aber nicht blinde Ehrfurcht gegen ihre Dogmen u). Wer diese

u) „Wenn die bürgerliche Gesellschaft die „Mittel, wodurch dieser Zweck“ (Beförderung der Religion) „erreicht wird, gebrauchen kann und muß, so kann dies „nur von den erlaubten und dienlichen „Mitteln zu verstehen seyn. Zu diesen „kann aber Zwang und Gewalt nie gehören; denn sie sind weder erlaubt, noch „dienlich.“ *Eberhard* p. 33. der oft angezogenen Vorlesungen über Staatsverf. und p. 141. „Sie“ (die Reformation) „hat

fordert, der weiß nicht, was Religion, was Glaube sey.

Es ist eine oft gesagte und nicht zu bezweifelnde Wahrheit, daß unser Glaube nicht von unserer Willkühr, sondern von unserer Ueberzeugung abhänge. Die Freyheit zu forschen und zu prüfen erkämpften sich unsere Vorfahren in blutigen Kriegen; und doch versucht man es itzt auch in

„zuerst der christlichen Religion völlig den
 „Weg geöffnet, sich ohne Hinderniß immer mehr zu vervollkommen, und der
 „bürgerlichen Gesellschaft wohlthätig zu werden. Darinn besteht der Vorzug der
 „protestantischen Kirche, nicht in gewissen Artickeln ihrer Glaubenslehre. Die
 „Erhaltung der Religion in dieser freyen und edeln Gestalt, wovon die Grundzüge
 „in dem protestantischen Glaubensbekenntniß enthalten sind, und deren weitere
 „Ausbildung der Geist des Protestantismus selbst zur Pflicht macht — das ist das
 „einzige wahre Interesse aller protestantischen Regierungen.“

protestantischen Staaten, dem durch *Luthern* und seine Gehülfen dem Joch der Kirche entrissenem Geiste die Fesseln der symbolischen Bücher wieder anzulegen v).

v) Den Freunden Luthers zum Besten, die mehr an den Worten, als an dem Geist seiner Lehre hängen, und alles Fortschreiten im Gebiete religiöser Wahrheiten verdammen, hebe ich einige Stellen aus seinen Werken aus, damit sie sehen mögen, wie er selbst über den Prüfungsgeist urtheilte.

„Wir müssen freie Richter bleiben,
 „dafs wir Macht haben zu urtheilen und
 „zu richten, anzunehmen und zu verdam-
 „men, alles, was die Concilia beschlies-
 „sen. — St. Paulus sagt: Versucht alle
 „Lehre, und welche gut ist, die behaltet.
 „— Darum gilts nicht, wenn man sagt,
 „man müsse glauben, was die Concilia be-
 „schliessen. — Dafs die heilige Väter in
 „ihren Schriften und die Concilia geirret
 „haben, bedarf nicht viel Beweisung. —
 „Dafs man in Sachen, Gottes Wort betref-
 „fende, durch Verjährung etwas vermeinet

Ist jede Prüfung, ist jede Aenderung der Meinungen strafbar; so hätten auch wir Deutsche wohl von dem Dienst des *Odin* nicht zum christlichen, wir Protestanten von dem Römischkatholischen, viele Jahrhunderte hindurch für den einigen Weg zur

„zu probieren, ist schimpflich zu hören. —
 „Wo sie uns ihren Canon furwerfen, so
 „wollen wir nach ihrer Weise schreyen:
 „Ihr versteht den Canon nicht, er muß
 „ausgelegt werden. Wer will denn unsern Zank und Hader hie entscheiden? —
 „Gott will ein willig Herz haben, das da
 „glaube. Weil aber solch Herz durch
 „Menschenkraft weder gegeben noch ge-
 „zwungen mag werden, muß man die,
 „so nicht glauben, allein Gottes Urtheil
 „heimstellen. — Es ist besser, es erheben
 „sich tausend Wiedertäufer, tausend Sacramentirer, tausend Aufrührische, denn
 „daß zumal in allen Kirchen eine einhel-
 „lige, friedliche, jedoch falsche und un-
 „saubere Lehre sey.“ S. Dr. *M. Luthers*
Lehren, Rätbe und Warnungen für unsere
Zeiten gesammelt, von Thiefs.

Seeligkeit von allen christlichen Kirchenversammlungen gehaltenen , System nicht zum freyen Geist des Protestantismus übergehen sollen. *Luther* und seine Gehülfen waren also auch, wie uns Herr *Hofmann*, dem man in der That hierinn Consequenz nicht absprechen kann , beweist w), strafbare Neuerer. Oder hatten die zu Nicäa versammelten Kirchenväter weniger Recht , dem menschlichen Geist Gesetze , und uns ihren spätern Nachkommen ein Glaubensbekenntniß vorzuschreiben , als die Verfertiger der symbolischen Bücher , und die heutigen Monopolisten der reinen evangelischen Lehre x) ? Die Obrigkeit,

w) S. 39. des II. Theils dieses Werkes.

x) Schon in den ersten Zeiten der christlichen Kirche gab es Spaltungen, welche die Verschiedenheit der Meynungen, erzeugte. Von dem Glaubensbekenntnisse, welches

die über den Glauben und die Meinungen ruhiger Bürger sich eine Ge-

man dem Athanasius zuschreibt, und welches leider, noch immer einen Theil auch unserer, der Protestanten, symbolischen Bücher ausmacht, sagt *Gibbon* im 37. Cap. Not. 113. seiner bekannten Geschichte des Untergangs des römischen Reichs: *Genadius patriarch of Constantinop. was so much amazed by this extraordinary composition, that he frankly pronounced it to be the work of a drunken man*, und beruft sich dabey auf *Petav Dogmat. theolog. Tom. II. L. VII. c. 8. p. 687.* Wie könnte man Einigkeit nach einem Zeitraume von 1800. Jahren erzwingen wollen, in welchem Christi einfache Lehre so mannichfaltig ausgelegt, verunstaltet, und zu einer Wissenschaft umgebildet worden, zu deren gründlichen Erlernung der angestrengteste Fleiß mehrerer Jahre nöthig ist!

Sobald man Fragen der theologischen Schule zu der Würde von Religionswahrheiten gesetzlich erhebt; so ist es begreiflich, wie Christen, die alle das Abendmal zum Gedächtnisse des Todes des für sie gestorbenen Welterlösers empfiengen, sich über die Frage: Ob, und wie sie dabey

walt anmaafst, macht nur Heuchler und Unzufriedene y).

seinen Leib und sein Blut genössen, nicht nur entzweyen, sondern auch verketzern und hassen konnten. Man bringe den Innbegriff des Christenthums auf Christi Lehre zurück, so wird es wenige, oder keine Ketzer, und keine Secten geben.

y) Kann man, wenn dieß gegründet ist, wohl behaupten, daß Gewissensfreyheit keinen wesentlichen Einfluß in das bürgerliche Wohl des Staats habe, wie der Hr. Recens. dieser Schrift in den Würzburg. Annalen (6. May 1795.) glaubt?

Wenn man noch Priester im Lande herum sendet, um Ketzer auszukundschaften, und eine lutherische Bibel oder Gebetbuch Stoff zu einer Untersuchung geben (Deutsches Magazin Nov. 1795.) — wenn deutsche Reichsfürsten sich heimlich die ihren protestantischen Unterthanen gehörigen Kirchengüter vom Pabste schenken lassen, wie dieß noch im Jahre 1787. durch die bekannte päbstliche Bulle mit den pfälzischen reformirten Kirchengütern geschah; wenn sie ihren Unterthanen nur da die Gewissens-Freyheit zugestehen wollen, wo sie solche hergebracht haben. Pütter systema-

Wenn ich es für Pflicht halte, niemand seines Glaubens oder seiner Mei-

tische Darstellung der pfälzischen Religions-Beschwerden 1793. S. 244. wenn Religions-Zwang so drückend wird, daß $\frac{1}{4}$ der Einwohner auswandert; wenn man durch Heucheley und Religions-Aenderung sich den Weg zu Ehrenstellen und Belohnungen bahnen kann (*Pütter* S. 245-51.); wenn in protestantischen Ländern die Regierung die würdigsten Männer, welche, nebst den gründlichen Kenntnissen, auch ihres sittlichen Characters wegen, die allgemeine Achtung besitzen, aus ihren Consistorien entfernt, weil sie zu redlich sind, ihre Ueberzeugungen zu verläugnen; wenn man endlich, so wie einen Kirchen- auch einen politischen Glauben erzwingen will, und geäußelter Meynungen wegen recht-schaffene Diener in Untersuchung zieht, und solche, nachdem sie freygesprochen worden, statt der Entschädigung verabschiedet — so seufzt doch gewiß der bessere Theil der Staatsbürger nicht nur über die Verblendung seiner Fürsten, sondern er wird auch unzufrieden mit einer Verfassung, bey welcher man ihm die heiligsten Rechte rauben kann. Die neuern Vorfälle in Eng-

nungen wegen zu beunruhigen, und es mir so unmöglich, als strafbar, scheint, den Untersuchungen der Vernunft in Prüfung der wichtigsten Wahrheiten Gränzen zu setzen; so behaupte ich darum nicht; dafs es auch Pflicht der Obrigkeit sey, Jeden lehren zu lassen, was er will. Ich weifs zwar recht wohl, was *Luther* sagt: Man lasse sie predigen, was sie wollen, Evangelium oder Lüge,

land zeigen, dafs eine Nation zuweilen die größten Abgaben sich leichter aufbürden, als das Recht entziehen lasse: Frey über Gegenstände zu sprechen, die dem Bürger und dem Menschen wichtig sind. Für die, welche die Wohlthat der Gewissens- und Denkfreyheit geschmeckt haben, ist sie ein unschätzbares Gut. Tausende fallen muthig in Schlachten, um ihrem König ein neues Land zu unterwerfen. Sollte der wohl ein Schwärmer seyn, der lieber, um seinem Vaterlande Denk- und Gewissens-Freyheit zu erhalten, sein Leben wagt?

wenn sie nur nicht Aufruhr und Unfrieden predigen z). Der Zuhörer darf aber auch durch neue ihm auffallende und anstössige Sätze in dem Glauben an solche Wahrheiten, die ihm Trost im Leiden und Ermunterung zum Guten gewähren, nicht irre gemacht werden. Wenige haben Zeit und Fähigkeiten, die Gründe, auf denen die Glaubenslehren beruhen, zu prüfen. Leider hat man, wie ich schon in einem der vorigen Abschnitte gerügt habe, bisher fast allgemein bey dem religiösen Schul- und Volksunterricht alle die Wahrheiten, auf denen das Glück der einzelnen Bürger und des Staats ruhet, auf Subtilitäten und historische Thatsachen gegründet. Wenn man nun diese Vordersätze dem, der

z) Dessen Schriften Theil III. S. 116. der Altenburger - Ausgabe.

nicht selbst denken kann, als zweifelhaft oder gar falsch darstellt, so wird auch der Glaube an jene Wahrheiten erschüttert. Auch bey Beförderung einer wahren Aufklärung, bey Mittheilung gesünderer Begriffe, ist also Behutsamkeit nöthig aa); und die Obrigkeit hat, meiner Meinung nach, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht dafür zu sorgen, daß die Religions-Lehrer nicht in ihrem Lehr-Vortrage die Grund-Wahrheiten der Kirche umzustossen suchen, die sie zu predigen berufen sind. Sie wird aber auch, wenn sie den einzigen vernünftigen Zweck aller Religion, Besserung, beabsichtigt, den Lehrern nicht zu enge Gränzen setzen; und in der Wahl derselben weniger auf bloß schulgerechte Theologen

aa) *Hottinger de caute oppugnandis opinionibus vulgi religiosi* 1794.

als auf aufgeklärte, tugendhafte, menschenfreundliche, durch Lehre und Beyspiel wirkende Männer sehen. Von der klugen Wahl der Volkslehrer hängt grossentheils die sittliche Bildung der Unterthanen ab.

Handelsfreyheit.

Hier zeigt sich auffallend, wie wenig Verbindung zwischen den einzelnen deutschen Reichslanden sey, von denen jedes nur seine Vorthelle, unbekümmert um den daraus erwachsenen grössern Schaden des Allgemeinen, sucht. Alles will einen Activhandel treiben und in der Balance gewinnen. Für unsere Fabricate wollen wir auswärtiges Geld beziehen, aber kein Geld für auswärtige Fabricate ausgehen lassen. Dadurch wird der Bürger, der schlechtere Arbeit bey innländischen Meistern theuer bezah-

len, und ihnen seine Erzeugnisse, weil sie ein Zwangsrecht haben, wohlfeiler verkaufen muß, unwillig gemacht, das gegenseitige Verkehr aufgehoben, und der Handel, den man emporbringen will, vernichtet bb).

bb) Der Verfasser der Rügen an der bürgerlichen Verfassung Chursachsens, Dresden und Leipzig 1795. macht es der Regierung zum Vorwurfe, daß sie nicht mit grösserer Strenge gegen alles Einbringen fremder Waaren wache. Der gegenwärtige Zustand Chursachsens in Rücksicht seines Geldreichthums ist aber so blühend, daß man vielleicht kein Land oder Ländchen in beyden Welttheilen finden wird, in dem die Staatspapiere einen solchen Credit haben und die Zinsen derselben so niedrig stehen. Die mit drey von hundert verzinslichen Steuer-cassenscheine, welche vor 30. Jahren bey dem Antritte der Regierung des jetzigen Churfürsten kaum um die Hälfte ihres Nominalwerths verkauft werden konnten, werden nun schon seit einigen Jahren über diesen Nominalwerth bezahlt, indess selbst die englischen Staatspapiere, die gleiche

Entsteht Mangel an nöthigen Bedürfnissen, so wird unter dem Vorwande der Selbsterhaltung gesperrt; und selbst die weisesten und billigsten Regierungen werden oft durch den Vorgang ihrer Nachbarn zu solchen Schritten genöthiget, die sie mißbilligen müssen. Indessen die Menschen in dem gesell-

Zinsen tragen, 30. Procent verlieren. Wenn solche Schriftsteller in einem Lande nur das zu tadeln wissen, daß man nicht alle Schwängerer die Geschwängerten zu eheligen zwingt; wenn sie, weil zu viel Gelehrte des Landes auswärts Unterkunft finden, eine Entvölkerung desselben besorgen, und Verarmung des Staats, indessen selbst während des Kriegs seine Finanzen im blühendsten Zustande sind; wenn sie endlich noch ihre Zuflucht zu unbescheinigten Märchen nehmen, um einen Schatten auf die Verwaltung der Gerechtigkeit zu werfen, die sie zuvor selbst rühmten; so hat die Regierung wahrlich mehr Ursache geschmeichelt, als verlegen über ihre Rügen zu seyn.

schaftlichen Verhältnisse immer weiter vorschreiten sollten, treten die Staaten in mehr als einer Rücksicht unter sich in den Stand der Wildheit oder des Anfangs der Gesellschaft zurück, wo jeder sein eigener Schuster, Schneider, Tischler, Weber etc. war. Staaten, die alle ihre Bedürfnisse selbst hervorbringen, und alles anwenden, um nur kein Geld ins Ausland zu schicken, gleichen dem geitzigen Handwerker, der seine Schuhe, seine Kleider etc. selbst macht, und, um einige Groschen weniger auszugeben, nicht nur schlechter gekleidet ist, sondern auch oft an seinen eigenen Handwerksgeschäften doppelt so viel versäumt, als er durch seine ungewohnte Arbeit erspart. So tadelswerth ein solches Benehmen bey dem einzelnen Bürger ist, so ungerecht und zweckwidrig scheint mir dasselbe bey dem Staate.

Staate. Eine Gegend bringt bessere Wolle, eine andere bessern Flachs, die dritte Eisen etc. hervor. Hier ist der Einwohner mehr zu dieser, dort mehr zu einer andern Beschäftigung geneigt. Alle werden gewinnen, wenn kein Zwang den Verkäufer der rohen Erzeugnisse, keiner den Käufer der daraus gefertigten Waare trifft.

Völlige Freyheit des Handels im Innern nicht nur, sondern auch freye Ein- und Ausfuhr aller Waaren, war eine der ersten Wohlthaten, die das durch viele Aus- und Einfuhr-Verbote zuvor gedrückte Toscana aus den Händen seines unsterblichen Beherrschers empfing cc) und dem es

cc) Governo della Toscana. S. 17. Il primo pensiero pertanto si rivolse alla libertà di esportazione, immissione e circolazione per l'interno del Gran Ducato dei generi commerciabili fin' allora da tante leggi proscritta.

III. Th.

I

seinen nachherigen Wohlstand verdankte.

Obgleich die schnelle Aufhebung aller Zünfte, weil das Interesse einer zu grossen Menschenklasse dabey ins Spiel kommt, bedenklich seyn möchte, so würde es doch gewiss wohl gethan seyn, sich ihr dadurch zu nähern, dafs man nach und nach den Zwang vermindere, der sie begleitet; die Verarbeitung der Producte des Landes aber mehr auf Kosten des Staats durch Belohnungen, Anleyhen und andere Unterstützung, als mit dem Schaden des einzelnen Bürgers begünstige, der dem innländischen Fabrikanten sein rohes Erzeugnifs um halben Preifs verkaufen, und sich entweder mit dessen schlechten Fabrikaten begnügen,

Man vergleiche Crome Uebersetzung und dessen Anmerkung hierbey. S. 201. u. f.

oder die Erlaubniß, gute im Auslande zu kaufen, dem Staate mit schwerem Gelde bezahlen muß.

Herstellung der Landstände und Festsetzung der Landesverfassung.

Wo der Fürst unumschränkt herrscht, hängt lediglich von seinen und seiner Räthe gutem oder bösem Willen und Einsichten das Wohl der Staatsbürger ab. Diese sind also, wie in dem ersten Theile dd) weiter ausgeführt worden ist, berechtigt, eine Gegengewalt, die dem Despotismus im Nothfalle Einhalt thue, und eine Verfassung zu fordern, durch welche die Gränzen der höchsten Gewalt in Rücksicht der wichtigsten Staatsangelegenheiten vorgezeichnet werden.

Auch in Deutschland dürfte dieß

dd) S. 106. u. f.

nicht zu bezweifeln seyn, da die damalige Reichsverfassung unsere unabhängig gewordenen Fürsten nicht hindert, Tyrannen zu seyn, wenn sie es wollen ee). Der Deutsche hat vielmehr ein um so grösseres Recht, seine Freyheit durch eine beschränkte Regierungsform gesichert zu sehen, da erst in den neuern Zeiten die Kayserliche Gewalt geschwächt und die der Landstände unterdrückt worden ist, welche in dem grössten Theile von Deutschland Einfluss auf die wichtigsten Regierungsgeschäfte hatten ff).

ee) Hier muss ich mich wieder auf den ersten Theil dieser Schrift beziehen. S. 244. u. f. Der Recensent derselben in der neuen allg. deutschen Bibl. sagt von der Reichsverfassung: „Bey allen Radicalübeln erlaubt sie doch den Fürsten, gut zu seyn.“ Ist dieß wohl als Lob gemeint?

ff) Auch dieserwegen verweise ich auf den I. Theil S. 233. u. f. Lang hat uns in

Man sagt: „Die Räthe des Fürsten, und Landescollegien, sind an ihre Stelle getreten; sie sind die Vertreter des Bürger und Bauernstandes.“ Gegen den Adel sind sie es vielleicht, aber gewiss höchst selten gegen den willkürlich herrschenden Fürsten gg). Eine solche Vertretung setzt einen guten und billigen Fürsten, gute und ge-

seiner historischen Entwicklung der Steuer-
verfassung S. 225. ein Verzeichniss der
deutschen Staaten mitgetheilt, welche Land-
stände haben oder hatten.

gg) Diejenigen, die der höchsten Gewalt das Gegengewicht halten sollen, dürfen von ihr nicht so abhängig seyn, wie Diener vom unumschränkt herrschenden Fürsten. Dieses lehrt schon die gesunde Vernunft. Ueber das System der durch eine Gegengewalt beschränkten Monarchie, welches er das System der Wechselwirkung nennt und für die vollkommenste Staatsverfassung hält, hat Genz eine schöne Abhandlung geliefert im Oct. Stück 1795. der neuen deutschen Monatsschrift.

wissenschaftliche Rätthe voraus. Bürger und Bauern haben also nur so lange an ihnen Vertreter, als sie keine brauchen.

Da es ein Grundsatz bey jeder Staatsverfassung ist, so viel als möglich ganz neue Einrichtungen zu vermeiden und nur die alten zu verbessern, so ist es ein Glück, dafs wir schon in der alten Verfassung der meisten deutschen Staaten bey den Landständen die Gegengewalt finden, die nur einer bessern Organisation bedarf.

Die Landstände sind also in ihre alten Rechte wieder einzusetzen, und in den wenigen deutschen Ländern, in welchen deren nie waren, einzuführen hh) und zweckmässig zu or-

hh) Auch in diesen deutschen Staaten kann eine seit Jahrhunderten in dem grössten Theile von Deutschland bestehende und dem Geiste unserer Reichsverfassung so gemässe Einrichtung als eine gänzliche oder gefährliche Neuerung nicht angesehen werden,

ganisiren. Hierzu gehört vorzüglich, daß der Bürger und Bauernstand besser als bisher vertreten, und die Gengengewalt nicht lediglich in den Händen des Adels und einiger städtischen Rathsglieder sey ii).

Der Bauer war bisher gar nicht repräsentirt; daß ihn der Gutsbesitzer vertrete, ist unwahr. Niemand kann einen andern repräsentiren, der nicht entweder von ihm dazu gewählt ist,

ii) „Ohne Landstände“, sagt *Schlosser*, „ist keine dauerhafte Glückseligkeit des Landes möglich; und wo der Adel allein die Landstände ausmacht, ist die Last des Volks zehnfach gegen den Staat, wo gar keine sind.“ *Deutsches Museum* 1777. Febr. „Wenn der Landtag etwas helfen solle“, sagten ehemals die Württembergischen Bauern, „so müssen auch Bauern dabey seyn; sonst landtage man nur Schatzungen; die Pfaffen, Edelleute und Herren aus den Städten sorgten nur für sich.“ *Spittlers Geschichte Würtemb.* p. 102.

oder doch wenigstens durch das gemeinschaftliche Interesse die Vermuthung für sich hat, daß er treu das Beste des zu Vertretenden besorgen werde. Der Gutsbesitzer hat keinen Auftrag; und wenn er ehemals ein Interesse dabey hatte, seinen Bauern nicht zu viele Lasten aufbürden zu lassen, so ist dieses fast ganz verschwunden. Ueberdem besteht der Bauernstand auch nicht bloß aus Rittergutsbewohnern.

Mit dem Bürger ist es nicht viel besser; die städtischen Landesdeputirten werden meistens von und aus den Rathsgliedern, und selbst diese Rathsglieder werden selten von der Bürgerschaft gewählt. Auch ihr Interesse ist von dem der gemeinen Bürger oft sehr verschieden. Es ist bekannt, wie leicht es meistens den Fürsten und ihren Ministern wird, die

städtischen Deputirten durch süsse Worte oder andere Wege zu gewinnen.

Zu der bessern Repräsentation gehört unstreitig, dafs sich jeder Stand seine Repräsentanten wähle *kk*). Die städtischen Deputirten müssen entweder von der ganzen Bürgerschaft frey gewählt werden, und jeder angesessene Bürger mufs wahlfähig seyn, er mag im Rathe sitzen oder nicht ;

kk) Erbliche Repräsentation eines andern Standes scheint schon dem Begriffe der Vertretung zu widersprechen. Erblichkeit kann bey öffentlichen Aemtern nie vernünftig seyn. Bey dem Monarchen ist sie nur deswegen gut, weil bey der Wahl noch mehr zu wagen ist. Der Gegenstand ist zu wichtig, die Catale also zu thätig. Dieß ist bey Repräsentanten nicht zu besorgen ; schleicht sich auch einmal einer oder einige durch Bestechungen und unredliche Mittel ein, so ist doch dabey weder Bürgerkrieg, noch Unterdrückung einer Parthey, noch andre Uebel zu fürchten, die Folgen einer streitigen Königswahl sind,

oder es sind, welches meiner Meynung nach vorzuziehen seyn möchte, die neu anzustellenden Mitglieder des Rathes nicht mehr bloß von den übrigen Mitgliedern, sondern von der ganzen Bürgerschaft zu wählen. Geschieht dieses, so wird ohne Bedenken dem von der Bürgerschaft gewählten Rathscollegio die Wahl der Deputirten überlassen werden können.

Kühren die Dorfgemeinden ihre Schultheissen, oder, wie sie in einigen Gegenden heissen, Richter, so könnten von diesen wohl unbedenklich in jedem Amte, nachdem es groß ist, ein oder zwey unabhängige Deputirte 11) gewählt werden, denen

11) Man ist irrig, wenn man voraussetzt, daß die Repräsentanten der Bauern aus diesem Stande seyn müßten. Gelehrte jeder Gattung, Kaufleute, selbst Edelleute, wenn sie nicht als Gutsbesitzer schon selbst Antheil an den landtäglichen Berathschlagun-

man Sitz und Stimme in den Landes-
zusammenkünften und Landesangele-
heiten gäbe.

gen haben, könnten in Deutschland, wie in England, dazu gewählt werden; nur dürften sie keine Diener des Fürsten und müßten unabhängig seyn, also gewisse eigne Einkünfte haben, die, wie in England, nach dem Verhältnisse jedes Landes auf eine bestimmte Summe zu setzen wären. Ob ich gleich mehrere rechtliche Anwälde kenne, die sich vorzüglich zu Repräsentanten der niedern Stände schicken würden; so muß ich doch, weil bey der Art ihrer Geschäfte nur wenige derselben von Einseitigkeit und dem Geiste der *Chicanerie* frey bleiben, *Brandes* Meynung gegen *Eggers* (Archiv. I. S. 177.) darinnen bestimmen: Dafs es nicht gut wäre, wenn ihr Einfluß auf die landständische Berathschlagung zu stark würde; dieß würde aber auch, bey dem zur Wahlfähigkeit erforderlichen Vermögen, nicht zu furchten seyn. Vielleicht wäre es unschädlicher, ihnen einigen öffentlichen Einfluß zu gönnen, als den heimlichen, den sie oft als Rathgeber der Gerichtsherren haben, denen sie die landständischen Vota fertigen müssen.

Der Spott der Thoren, die über des Bauern Theilnahme an wichtigen Regierungsangelegenheiten witzeln, und das Geschrey derer, die jede Neuerung als gefährlich ansehen, werden den vernünftigen Staatsmann nicht hindern können, einer Einrichtung seinen Beyfall zu geben, welche die Gerechtigkeit fordert, die Vernunft empfiehlt und die Erfahrung billigt m m).

Von der Willkühr des Regenten und der Minister darf das Wohl der Staatsbürger nicht abhängen n n); aber der

m m) Nicht nur in England und andern Staaten, auch in Deutschland selbst, haben die Bauern zuweilen Antheil an den landschaftlichen Berathschlagungen gehabt (*Lange* S. 227.) und ich kann hier wieder meinen Satz mit dem Urtheile und dem Beyspiele *Leopolds II.* belegen. *Governo di Tosc.* S. 66. und 67. der italiänischen Originalausgabe und 322. der *Cromischen* Uebersetzung.

n n) Nach Willkühr darf nur der Despot handeln. Man höre wie hierüber der Königl.

Regent und seine Rätthe dürfen auch nur so weit eingeschränkt werden, als das Wohl und die Sicherheit des Staats es nothwendig macht. Es würde mancherley nachtheilige Folgen haben, wenn über jede Regierungsangelegenheit mit den Landständen Unterhandlung gepflogen werden müßte. Es ist also nöthig, den Gang der wich-

Preuss. Staatsminister von Zedlitz urtheilet:
 „Der Wille aller Glieder ist in der Mo-
 „narchie dem Willen des Monarchen, und
 „in dem despotischen Reiche der Willkühr
 „des Despoten unterworfen. Der Wille
 „hängt von der Vernunft und ihren Gese-
 „tzen ab. Die Willkühr wird von Launen
 „und Eigensinn gelenkt. Von dem monar-
 „chischen Unterthan wird auch Gehorsam
 „und Unterwürfigkeit gefordert; aber nur
 „gegen die Willensmeynungen des Beherr-
 „schers, nicht gegen seine Willkühr; ge-
 „gen die allgemeinen Verordnungen des
 „einzigen Gesetzgebers im Staate, aber
 „nicht gegen Machtsprüche, die nur einem
 „Despoten entfahren können.“

tigsten Angelegenheiten zu bestimmen, damit die Landstände nur in den ihrer Genehmigung vorbehaltenen Fällen, oder dann, wann der Regent von dem vorgeschriebenen Geschäftsgang abweicht, ins Mittel treten. Da der Fürst, der seinem Lande eine solche Landesverfassung zu geben geneigt ist, gewifs ein guter Fürst seyn wird, so muß nicht nur auf die bisher unter seiner Regierung vielleicht vorgekommenen Beschwerden Rücksicht genommen, sondern auch solchen begegnet werden, die einst bey einem ihm unähnlichen Nachfolger entstehen könnten. Denn eben der Nachfolger wegen ist es nöthig, diese Landesverfassung zu einem unumstößlichen Grundgesetze zu machen.

Jeder Staatsmann kennt die Gegenstände, auf welche hier vorzüglich Rücksicht zu nehmen ist und die nach

des Landes Beschaffenheit verschieden seyn können. Im Allgemeinen scheinen hauptsächlich folgende Punkte einer nähern Bestimmung zu bedürfen: Wie es bey Fertigung neuer oder Abschaffung alter Gesetze 00) zu halten

00) Das Recht, nur nach solchen Gesetzen gerichtet zu werden, zu denen er selbst seine Beystimmung gegeben hatte, ist ein uraltes Recht des Deutschen. *Schmidts Geschichte der Deutschen* I. S. 179. und 559. *Lehmann* sagt in seiner *speyerischen Chronik* B. II. Cap. 39. S. 149. „Es hat „auch kein König oder Kaiser der deut- „schen Franken weder die römische be- „schriebene Recht einzuführen, oder vor „sich selbst Gesetz und Ordnung zu verfas- „sen, und deren Obhalt zu befehlen, „Macht gehabt, sondern u. s. w. Darumb „wenn ein König oder Kaiser neue Gesetz „aufzurichten vor gnt angesehen — ists sei- „nem Ampt, vermög geleister Huldts und „Pflicht obgelegen, solchs nicht für sich „selbst, oder mit Zuthun seiner Rhäte, „sondern auff allgemeiner Ständt derselben „Landtschaft Versammlung, mit derselben

sey? Wie die Abgaben zu erheben und zu vertheilen, die Staatseinkünfte zu verwenden und zu berechnen seyen? Wie viel stehende Soldaten zu halten, wie solche auszuheben und zu besolden seyen? Wie Diener des Staats angenommen, besoldet und entlassen werden sollen? wobey vielleicht die Strafe der Infamie gegen jeden festzusetzen wäre, der sich durch Bestechung in ein Amt schleicht; wie weit Denk-Press- und Lehr-Freyheit beschränkt werden können? Ferner ist es nöthig, in der Landesverfassung festzusetzen, dafs kein Krieg, oder dahin führendes Bündnifs, ohne Genehmigung

„Vorwissen, Rath, Gutheissen, und Bewilligen anzustellen und zu verrichten, dawider von Königen und Kaisern, wie mächtig und gewaltig sie damals gewesen, einiger Eingriff und Enderung nicht fürgenommen worden.“

nehmung derer geschlossen werden könne, die ihn mit ihrem Gelde und Blute führen sollen; also auch kein Unterthan an eine fremde Macht verkauft werden dürfe. Der Ertheilung gemeinschädlicher Concessionen, Monopoliën, Lottospiele und dem Wucher mit dem Münzregal muß vorgebeugt; der Sportelsucht der Beamten und jedem ungerechten Druck Grenzen gesetzt, und, so viel menschliche Weisheit dieß zu thun vermag, je der Mißbrauch der Gewalt verhindert werden.

Es ist dieß eine harte Forderung für ein verwöhntes Fürstenohr. Wie, höre ich viele mir entgegen rufen: Der Fürst soll seine landesherrlichen Rechte aufgeben; soll von Menschen abhängen und sich Gesetze vorschreiben lassen, die sich glücklich schätzen müssen, wenn er sie eines freundlichen Blicks würdiget? Ich bekenne

es gerne, Mässigung und Billigkeit wird denen doppelt schwer, die unbedingten Gehorsam fordern zu können glauben und die Macht in Händen haben, sich ihn zu verschaffen. Es gehört eine Grösse der Seele dazu pp), deren wenig Menschen, also auch wenige Fürsten fähig sind, freywillig von dem mühsam erstiegenen Gipfel der Unabhängigkeit herunterzugehen, um sich und seinen Nachkommen die Hände zu binden.

Wenige Minister werden auch geneigt seyn, ihren Fürsten einen solchen Antrag zu thun, der ihr Ansehn schwächen, und den Minister-Despo-

pp) „Sagt es, laut genug, jedem deutschen Fürsten: Dafs es Geistesschwäche und nicht Geistesstärke sey, ohne Landstände, mehr durch Befehl als Ueberzeugung, regieren zu wollen.“ *Spittler* p. 81. des *Göttingisch Histor. Mag.*

tismus stürzen müßte qq), diesen Despotismus, welchen der gütige und weise *Leopold II.* für den gefährlichsten von allen erklärte. Ein jeder Machthaber vertheidigt seine Gewalt um so eyfersüchtiger gegen Eingriffe, je geneigter er ist sie zu mißbrauchen. Aber es gab doch Fürsten, die jene zu freywilliger Einschränkung ihrer Macht nöthige Seelengrösse hatten. Nach Jahrhunderten noch segnet sie die Nachwelt, und nennt ihre Namen mit Dank und Bewunderung; indels sie der Prachtliebe, der Herrschsucht, des Ehrgeitzes nach verfassungswidriger Souveränität strebender Fürsten spottet, oder ihnen flucht.

Jedem redlichen Würtemberger, und

1881

qq) Regierungs - Grundsätze für den Churfürsten von der Pfalz entworfen, im Göttingisch historischen Magazin Band I. Stück 4. S. 676. u. f. 2. Aufl. 1801.

selbst jedem biedern Deutschen, wird noch lange das Andenken *Eberhards des Aeltern*, ersten Herzogs von Württemberg, heilig seyn. Freywillig, und, um sein Land nicht den Bedrückungen eines ihm unähnlichen Nachfolgers preis zu geben, errichtete oder begründete dieser gute und weise Fürst Landstände, und blieb dadurch auch nach seinem Tod noch Jahrhunderte ein Wohlthäter seines Landes und dessen Bewohner. Bey seinem Grabe sagte Kayser *Maximilian* rr): „Hier liegt ein Fürst, klug und tugendhaft, wie keiner im Reich“.

Die Geschichte, die nach dreyhundert verflossenen Jahren den Fürsten nicht mehr schmeichelt, rechtfertigt dieses ehrenvolle Zeugniss; und *Eber-*

rr) *Sattler Geschichte der Grafen von Württemberg*. Th. IV. S. 39.

hards des Aeltern Ruhm wird in eben dem Maase steigen, in welchem die thörigte Bewunderung eitler Eroberer fällt ss).

Auch in unsern Tagen hat ein deutscher Fürst ein Beyspiel einer solchen Beschränkung seiner eigenen Macht gegeben. Er gründete dadurch noch fester die allgemeine Achtung aller Rechtschaffenen, welche ihm seine weise Regierung mehr, als seine anerkannten kriegerischen Talente, erworben hat. Der Herzog von Braunschweig sagt in einem, unter dem 1. May 1794. wegen der Kammerschulden erlassenen Edicte tt), nachdem in dem Eingange der traurigen Folgen zerrüt-

ss) Göttingisches Magazin von *Meiners* und *Spittler*, I. Band. 1. Stück. p. 77. seq.

tt) *Bischoff*. Commentarius historico - politicus ad edictum ducale, die Kammerschulden betr. Helmstadt 1794.

teter Finanzen auf den öffentlichen Unterricht, und auf andere für die Menschheit wichtigen Anstalten, erwähnt worden: „Wir glauben, daß
 „es eins der wirksamsten Mittel seyn
 „werde — wenn Wir uns Selbst die
 „Hände binden, keine Schulden zu
 „machen. Im Nothfalle soll das Mi-
 „nisterium mit dem engern Ausschuße
 „der Landschaft vorher untersuchen,
 „ob solche — angegebene Umstände
 „vorhanden, ehe Kammerschulden ge-
 „macht werden können“. Zugleich
 wurde ein Amortisations-Fond zu Til-
 gung der gegenwärtigen und künftig
 nöthigen Schulden bestimmt.

Möchten bald mehrere Fürsten die-
 sem Beyspiele folgen, und sowohl
 bey der Finanzverwaltung als den
 übrigen Zweigen ihrer Regierung sich
 und ihren Nachkommen die Hände bin-

den, nicht willkührlich dem Zwecke ihres Daseyns entgegen zu handeln!

Diese Betrachtungen mögen nun diejenigen mit Unpartheylichkeit prüfen, in deren Händen Deutschlands Glück und künftige Ruhe ist.

Ich habe dabey immer mehr darauf Rücksicht genommen, was mir, den Umständen nach, ausführbar schien, als was bloß wünschenswerth ist. Auch habe ich mich nur auf die Verbesserungen eingeschränkt, bey denen das Interesse der höhern Stände mit dem Rechte der mindern in Collision kommt. Ausser diesen werden ohne Zweifel Deutschlands Fürsten noch Gegenstände genug finden, die ihrer verbessernden Hand bedürfen; die aber, so wichtig sie auch für das Wohl des Staats sind, hier ausser dem Kraise liegen, auf welchen der Zweck

dieser Schrift mich beschränkte, und von welchen ich hier einiger kürzlich erwähnen will. Die Revision unserer durch die Härte veralteter Strafgesetze willkührlich gewordenen Criminaljustiz u u); die allgemeine Abschaffung der unvernünftigen, und in Rücksicht des Verbrechers und Nachbars unmenschlichen Landesverweisungen; die Verbesserung unsers Polizeywesens, unserer Gefängnisse, unserer Zucht- und Arbeitshäuser, unserer Ar-

u u) In Rücksicht auf die allgemeine Sicherheit ist sie nicht nur durch die Unzwekmässigkeit der Strafen, sondern auch dadurch fehlerhaft, daß man, um der Kosten der Untersuchung und Bestrafung zu entgehen, sehr häufig die größten Bösewichte, die über kleinen Verbrechen sich betreten lassen, besonders wenn sie Ausländer sind, mit einer kleinen Züchtigung weiter schickt, so verdächtig sie auch der Theilnahme an grössern Verbrechen sind.

menanstalten, die, so viel man auch seit einigen Jahren darüber geschrieben und hie und da auch wirklich dafür gethan hat, im Ganzen noch immer äusserst mangelhaft sind, und es wahrscheinlich so lange bleiben werden, als man nicht alles Betteln verhindert, und den Wohlhabenden, der säumig in der ersten Pflicht ist, seinen darbenden Bruder zu unterstützen, mit einer bestimmten Abgabe deshalb belegt v.v).

Die Verbesserung der Juden, über welche uns Dohm, und nach ihm Andere so viel Belehrendes gesagt haben, wird in vielen Staaten ganz ver-

v v) Es ist diess weder ungerecht noch unbillig. In England wird längst das, was in jedem Kirchspiel die Versorgung der Armen erfordert, als eine Abgabe angesehen, die von den dazu gewählten Ansehern bestimmt wird. Auch die Juden, die wir verachten, beschämen uns hierinnen.

nachlässigt; und auch da, wo man die Nothwendigkeit einer solchen Verbesserung gefühlt und weise Gesetze deshalb gegeben hat, scheint die Beharrlichkeit zu fehlen, sie durchzusetzen. Das Elend eines grossen Theils dieser Menschen ist namenlos. Die Gewinnsucht, die Betrügerey dieser Unglücklichen, ist zum Sprichwort geworden; aber man vergiftet es, daß wir Christen es sind, die sie dazu nöthigen, indem wir ihnen jedes andere Gewerbe abschneiden, keine Grundstücke zu besitzen, keine Handthierung zu treiben ww) erlauben. Da

ww) In dem Darmstädtischen wurde durch eine Verordnung vom 3. Nov. 1785. nur den wohlhabendern Juden zu handeln gestattet; die übrigen aber sollten Handthierung treiben. Journal für Deutschland 1785. St. I. Wohlthätende Juden, z. B. *Michael David* zu Hannover, (Jen. Intell. Blatt 1793. No. 128.) haben Anstalten ge-

wir ihnen keine Nahrung, als den Handel gestatten, und sie noch dazu oft mit drückenden Abgaben belegen, so bleibt ihnen, wenn sie zahlreich werden, nur zwischen Hunger und Betrug die Wahl.

Der größte Theil von Deutschland wird noch nach Gesetzen gerichtet, die Menschen von ganz anderm Schlage und andern Sitten gegeben wurden, und zum Theil in einer denen, die sie befolgen sollen, unverständlichen Sprache geschrieben sind. Ein allgemeines, in der Landessprache abge-

macht, armer Juden Kinder Handwerke lernen zu lassen; in vielen deutschen Staaten aber wird die Regierung, durch die Furcht vor den Vorurtheilen der Zunftgenossen und deren Aristocratie behindert, menschlich zu seyn. Menschen alle Nahrungsquellen abschneiden, ist doch gewiß nicht weniger ungerecht, als sie unschuldig stranguliren zu lassen.

faßtes Gesetzbuch, das uns von der Last jener unnützen Verordnungen und Solennien xx) befreyet, ist ein dringendes Bedürfnis für unser Zeitalter. Die weitere Erörterung dieser Gegenstände liegen aber, wie ich schon oben sagte, nicht in dem Plane, den ich mir vorgezeichnet habe.

Ein Gebrechen hätte ich aber wohl nach dem Urtheile vieler Staatsmänner noch rügen sollen yy), nämlich die Erbgerichtsbarkeit. Ich will solche nicht vertheidigen, noch die guten Seiten hier geltend machen, die un-

xx) Z. B. Abschaffung der Gerade, der Legitimation unehrllicher Kinder, der unnützen Formalitäten bey Testamenten, des sogenannten Sachsischen Arrests, Abkürzung der Processe u. s. w.

yy) Eggers tadelt es in seinem Archive I. S. 501. daß dieses nicht geschehen, und nennt die Erbgerichtsbarkeit einen abscheulichen Mißbrauch, dessen Abschaffung das allgemeine Beste schlechterdings erfordere.

streitig diese Gerichtsbarkeit in Rücksicht der Untersassen hat, deren Gerichtsherr auf seinen Gütern wohnt, und um ihr Bestes besorgt ist zz). Es ist nicht zu läugnen, daß es mit dem Begriffe einer vollkommenen Staatsverfassung nicht wohl bestehen könne, das Richteramt einer Familie erblich zu übertragen; aber es ist auch gewiß, daß diese Anomalie dadurch wenigstens in dem größten Theile von Deutschland sehr gemildert worden ist, daß nicht nur die Gerichtsbeamten unter der Kontrolle und Aufsicht der Justizcollegien stehen, sondern jeder Gutsbesitzer auch seine Erbgerichte durch einen, von dem Justizdepartement geprüften, würdig befundenen, und mit dem öffentlichen Amte eines Advocaten bekleideten

zz) Garve über den Character der Bauern.
S. 100.

Rechtsgelehrten verwalten lassen muß. Es ist also die Schuld des Staats, wenn er schlechte oder unwissende Männer in die Zahl seiner Advocaten aufnimmt. Ich bescheide mich gerne, da ich selbst Erbgerichtsherr bin, hier der Partheylichkeit verdächtig zu seyn. Gewiß würde ich aber auch diesen Vorzug aufzugeben bereit seyn, wenn zugleich die Lehnverfassung aufgehoben, allen übrigen Gebrechen abgeholfen, und durch eine fest gegründete Verfassung das Wohl des Landes, statt des scheinbaren Vortheils des Fürsten zum Zweck unserer Staatseinrichtungen und Theils der dabey angestellten Diener gemacht werden könnte. So lange aber, wie es in vielen, besondern kleinen Staaten, der Fall ist, jeder Rath oder Beamte mit seinem Dienste und dem geleisteten

Eyde a), das Beste seines Herrn zu besorgen, die Verbindlichkeit übernehmen zu haben glaubt, von den Gerechtsamen der Rittergutsbesitzer, so viel nur immer möglich, nach und nach abzuwickeln; so lange die hohen und niedern Justizbeamten, statt Diener des *Staats* und der Gerechtigkeit, von der Willkühr des *Fürsten* abhängige Knechte sind, wird kein billiger Mann es den Gutsbesitzern verdenken, wenn er sie abgeneigt findet, ihre Erbgerichtsbarkeit gutwillig abzutreten.

Bey der unmittelbaren Reichsritterschaft sind die Mißbräuche der Gerichtsbarkeit leichter, weil bey derselben die Güterbesitzer weder in der Wahl ihrer Gerichtsbeamten beschränkt, noch einem andern Richter,

a) Man vergleiche Theil I. S. 203.

als dem Cantonshauptmann und Räthen, und den Reichsgerichten unterworfen sind, von welchen sich diese, so lange die Unterthanen keine Beschwerden führen, um die Justizverwaltung auf den einzelnen Gütern nicht bekümmern können, jene meist nicht bekümmern mögen. Ob ich gleich selbst ein Mitglied dieses Corps bin, so bin ich doch weit entfernt, die Mängel der ritterschaftlichen Verfassung entschuldigen zu wollen. Es gilt aber hier, was bey den Fürsten solcher Länder gilt, die keine feste Landesverfassung haben. Das Glück der Unterthanen hängt von der Güte ihres Gutsherrn oder ihres Landesherrn und seiner Diener ab. Doch kann der Reichsritter, der sein persönliches Interesse dem seiner Unterthanen vorzieht, den Mißbrauch seiner Macht gewifs nicht so weit treiben, als der Reichs-

Reichsfürst, welchen eine bewaffnete Macht, oder *privilegia de non adpellando* gegen die Ahndung eines gerechten Richters schützen.

Nachdem wir die Verbesserung unserer Verfassung als nothwendig erkannt und uns mit den einzelnen Gegenständen, die derselben vorzüglich bedürfen, beschäftigt haben, ist noch übrig, die Art und Weise zu prüfen, wie die gewünschte Reform am sichersten und zweckmässigsten bewirkt werden könne b). Dafs jede Reform mit

b) Herr von Berg sagt in der oben angezogenen Schrift, über Deutschlands Verfassung S. 130. „Die wesentlichsten Mängel unserer Verfassung können nicht gehoben werden, ohne Aufopferung sehr wesentlicher Vortheile derselben, und ohne treulose Kränkung der durch natürliche Gesetze und durch feyerliche Verträge geheiligten Eigenthumsrechte.“ Es wäre sehr

der größten Vorsicht c), nach der sorgfältigsten Prüfung, und so viel mög-

unglücklich für uns Deutsche, wenn dieses richtig wäre; denn höchst wahrscheinlich eilte dann unsere Verfassung ihrem Ende mit starken Schritten entgegen. Es kommt hauptsächlich darauf an, was Herr von Berg unter den wesentlichsten Mängeln verstehe? Unstreitig ist seine Behauptung, wenn er nur die Gebrechen wesentliche nennt, welche in die Verfassung so verwebt sind, daß sie einen Bestandtheil derselben ausmachen, z. B. die zu grosse Ungleichheit der Macht der Reichsstände; den bey getheilter Gewalt immer langsameren Gang der Geschäfte und der Vollstreckung der Beschlüsse, u. s. w. In diesem Sinne ist keines der von mir gerügten Gebrechen ein wesentliches. Versteht man aber darunter diejenigen Mängel, welche das Wesen der Verfassung und deren Zweck angreifen und vernichten, so können solche gewiss, so bald man nur den guten Willen hat, es zu thun, ohne allen Nachtheil gehoben werden.

c) Herr Kretschmann hat hierbey erinnert, daß bey den vorgeschlagenen Veränderungen die Nothwendigkeit, die Stimme des Publicums vorzubereiten, hätte bemerkt werden sollen.

lich allmählig d) zu bewirken sey, ist so unwidersprechlich, als es auf der andern Seite augenscheinlich ist, daß die zweckmässigen Abänderungen, und die Bestimmung der gegenseitigen Rechte und Pflichten, für Herrscher und Unterthanen verbindlich seyn müssen.

Die Bewilligungen der höhern Stände, und die in der Staatseinrichtung getroffenen Verbesserungen müssen jedem deutschen Bürger durch eine feste unumstößliche Verfassung gesichert werden.

So lange dieses nicht geschieht, sind wir nicht freye Deutsche; wir

Diese Nothwendigkeit ist gar nicht zu verkennen. Sollte aber nicht die öffentliche Meynung schon entschieden für die meisten der vorgeschlagenen Veränderungen seyn?

d) Von Daberg von Erhaltung der Staatsverfassung S. 14.

haben kein Vaterland , und ein Zufall kann den wohlthätigen Scepter unserer Fürsten in eine Geißel verwandeln.

Hätten alle deutsche Lande gute und weise Regenten , alle Regenten billige und einsichtsvolle Räthe ; so würde es freylich unsern dermaligen politischen Verhältnissen angemessener seyn , wenn in jedem einzelnen Staate , ohne Zuthun des Reichs , von dem Fürsten die Mißbräuche abgestellt , die Landesverfassung bestimmt und so dem Wohle der Unterthanen Dauer gegeben würde.

Da es jedoch nicht zu erwarten ist , daß dieses von allen Regenten deutscher Staaten aus eigenem Antriebe geschehen werde ; so sollte man es zu einer Sache des ganzen Reichs machen. Kaiser und Stände sollten die einzelnen Fürsten dazu nicht nur auffordern , sondern auch allgemeine bil-

lige Regierungsgrundsätze unter sich auf dem Reichstage verabreden, nach welchen jeder Fürst in seinem Lande, mit Rücksicht auf die durch Verträge und Herkommen bestehende Landesverfassung, seine und seiner Unterthanen Rechte und Verbindlichkeiten genau zu bestimmen hätte. Deutschland erhielte dann, nach dem Beispiele Englands, eine *Bill of rights*.

Diese *Bill of rights*, sagt Hr. Staatsminister von Herzberg in der mehrmals angezogenen Abhandlung über Staatsrevolutionen, mache die englische Constitution zu einer der glücklichsten und dauerhaftesten. Auch bey uns, würden solche Grundgesetze, Wohlstand, Zufriedenheit und Anhänglichkeit an das gemeinschaftliche Vaterland verbreiten e), und Deutschlands Ruhe

c) Eine solche *Bill of rights*, eine *Magna Charta libertatum* ist für Würtemberg der

würde alsdann im Innern, und gewiß auch von Aussen, mehr als durch alle Gränzfestungen gesichert seyn f).

Tubinger - Vertrag von 1514. Herr von Berg erinnert hiergegen (S. 135.): „Nicht Eine *Bill of rights*, sondern viele würde Deutschland bekommen.“ Die allgemeinen Regierungsgrundsätze, die das Reich verabredete, und die Grundlage der einzelnen Landesverfassungen werden müßten, wären aber doch Eine *Bill of rights*.

Auf des Hr. v. B. gegen meine frühere Behauptung: Auch der kleinste deutsche Staat habe seinen Repräsentanten in R. gerichtete Bemerkung, daß dieses in Ansehung der R. Ritterschaft unrichtig sey, hole ich hier die Erläuterung nach. Die R. R. wird zwar nicht förmlich, aber doch durch ihre bey dem Reichstag als Gesandte und in den Kabinetten der Fürsten angestellten Mitglieder, sowohl als durch das Interesse des Kayzers sie nicht fallen zu lassen, wesentlich vertreten. Es ist indessen gar nicht zu läugnen, daß sie gerechte Ansprüche auf eine directe Repräsentation habe.

f) Der bekannte Graf von Strengschwerd, der in seinen von Regensburg aus verbreiteten

Welche Macht könnte es wagen,
 Uns anzugreifen, wenn Kaiser, Für-
 sten und Unterthanen, die Quellen

Schriften, neben vielen heftigen Ausfällen, auch viele sehr zu beherzigende Wahrheiten ins Publikum sendet, sagt in der Beurtheilung des Schreibens, welches der regierende Herr Herzog von Braunschweig den 30. Sept. 1795. an den Herrn Grafen von Westphal zu Fürstenberg, Kaiserlichen Gesandten beim niederrheinischen Kreise, erlassen hat. Regensb. 1795. S. 28. „Auf
 „zu unserm Kayser! Laßt uns ihn bitten,
 „ihn beschwören, daß er uns ein Unter-
 „haus gebe, wo der Eigenthümer und
 „Stadtbürger sich selbst repräsentiren kön-
 „ne; und dann wollen wir sehen, wo
 „Deutschlands Ehre und Ansehen besser
 „sollen verfochten werden, im Unterhause
 „deutscher angesessener Bürger, oder im
 „Oberhause der Reichsfürsten! Dann wol-
 „len wir sehen, ob Deutschlands Lage je
 „so bedenklich werden soll, als sie hier
 „der Herr Herzog von Braunschweig an-
 „giebt! Dann wollen wir sehen, ob Deutsch-
 „lands Grenzen, und Deutschlands innere
 „Ruhe je wieder sollen gestöhrt werden
 „können!“

des Mißtrauens verstopft, kurz, alle von gleichem Interesse geleitet, und von gleichem Eifer für das gemeinschaftliche Wohl des Vaterlandes be-seelt würden?

Bey der dermaligen Reichsverfassung scheint dieses freylich ein Traum zu seyn, dessen Erfüllung nicht zu hoffen ist. Das Band, das ehemals die verschiedenen Theile des deutschen Reichs an einander knüpfte, ist zer-rissen. Kaiser und Stände haben ihren Einfluß auf die Regierung der einzelnen Staaten fast ganz verloren. Sobald ein Reichstand Macht oder Verbindungen hat so hängt es bloß von ihm ab, ob er in seinem Lande die von Kaiser und Reich erlassenen allgemeinen Polizeyverordnungen be-folgen; ob er den in Justizsachen von den Reichsgerichten gegen ihn ertheilten Erkenntnissen Gehorsam lei-

sten will, oder nicht; ob er seine oder seiner Unterthanen Beyträge zu den gemeinschaftlichen Ausgaben ordentlich zahlen, oder seinen Matricularanschlag eigenmächtig moderiren, oder damit gar in Rest bleiben will. Man sagt daher wohl nicht zu viel, wenn man behauptet, dafs in Rücksicht des Verhältnisses der Stände zum Reich, sich unser Vaterland in dem traurigen Zustande einer Anarchie befinde. Die Nothwendigkeit, derselben abzuhelpen, wird anerkannt; das Reichsoberhaupt hat dazu die Stände aufgefordert g); und die Schwierig-

g) In dem Kaiserl. Hofdecrete vom 9. Oct. 1794. heisst es: „Kurfürsten, Fürsten und „Stände würden anderer Seits ihr Verdienst „um das deutsche Vaterland noch ungemein „vermehrten, wenn vorliegende Lage der „Reichsarmatur sie überzeuge, wie höchst „nöthig es sey, dafs einmal nach der Vorschrift der Wahlkapitulation Art. 12. §.

keiten für unübersteiglich, die Verbesserung unserer Verfassung in dieser Rücksicht für unmöglich erklären, heisst, dünkt mich, eben so viel, als behaupten, dass es den Fürsten und Ministern an Gemeingeiste, an deutscher Vaterlandsliebe, an Eifer für Gerechtigkeit und Tugend fehle; dass sie lieber mit Behauptung ihrer landesherrlichen Hoheitsrechte das Glück ihrer Nachkommen und ihrer Staaten dem Zufalle überlassen, als es, mit Aufopferung der Gewalt Tyrannen zu

„5. die letzte Hand an die Revision der
 „Reichsexekutionsordnung gelegt werde,
 „dadurch der Verfassung des Reichs in
 „Endzwecke seiner innern und äussern Si-
 „cherheit eine solche Festigkeit und Voll-
 „kommenheit zu geben, die nach richtigen
 „Staatsgrundsätzen von keiner gesellschaft-
 „lichen Staatsverbindung ohne Gefahr ei-
 „ner drohenden Anarchie getrennt bleiben
 „kann.“

seyn, sichern wollen. Und was ist dieß für eine Aufopferung, da sie als Reichsstände Theilhaber der größten Macht sind, von der sie als Landesherren abhängig seyn müssen? Die Fürsten hatten nicht mehr Recht, sich von der Gewalt des Kaisers und Reichs frey zu machen, als wir haben würden, das landesherrliche Joch abzuschütteln, wenn es uns drückend wäre, und die Umstände uns begünstigten. Es ist daher weniger eine Handlung der Großmuth als der Gerechtigkeit, wenn sie in die Schranken einer gemässigten Regierungsform zurücktreten. Herr *von Berg* h) setzt meinem Vorschlag, die Abstellung der Gebrechen zur Sache des Reichs zu machen, den leider nicht ungegründeten Einwurf entgegen. „Wenn auch

h) S. 133.

„in Ansehung der Reform der deut-
 „schen Staatsverfassung alle Stimmen
 „einig wären, kann man erwarten,
 „daß die Reichsstände für ihre Län-
 „der sich durch die Reichsversamm-
 „lung neue Gesetze vorschreiben las-
 „sen würden“? Die Fürsten, wel-
 che die Nothwendigkeit und Billig-
 keit der Reform nicht einsehen, wer-
 den freylich in ihren Ländern die Aus-
 führung derselben zu hindern suchen.
 Bey den Mindermächtigen könnte das
 Reich sich aber leicht Gehorsam ver-
 schaffen; und die Grössern würden die
 öffentliche Meynung und die Furcht,
 die Liebe und das Vertrauen ihrer Un-
 terthanen zu verlieren, bald nöthi-
 gen, die von dem Reiche festgesetz-
 ten Grundsätze zu befolgen, wenn
 auch die Eitelkeit, keine Macht über
 sich anzuerkennen, es ihnen nicht er-
 laubte, Gesetze von der Reichsver-

sammlung, deren Glieder sie sind, anzunehmen. Auch halte ich es für keinen kleinen Gewinn, daß durch diese edeln Bemühungen des Oberhaupt und der Stände die Liebe und Ehrfurcht für Deutschlands Regenten fester in dem Herzen aller Deutschen werde gegründet, und das zerrissene Band des Staats durch ein gemeinschaftliches Interesse wieder geknüpft werden. Kaiser und Stände sind als Inhaber der obersten Gewalt in unserm Vaterlande verpflichtet, gemeinschaftlich Hand an die Verbesserung unserer Verfassung zu legen, sie von ihren Mißbräuchen zu reinigen, und jeden Deutschen, so weit als möglich, gegen Despoten-Laune und Willkühr zu sichern. Sie haben aber auch als Landesherren ein Interesse dabey, daß nirgend ungerechter Druck und willkührliche Behandlung den Unterthan

zum Aufruhr reitze. Dem besten und weisesten Regenten ist es unmöglich, alle Mißbräuche auf einmal abzuschaffen, und seinem Volke so schnell richtige Begriffe über die bürgerliche Verhältnisse beyzubringen, daß er sich bey dem Ausbruche der Unruhen in einem benachbarten Staate vollkommen sicher glauben könne. Ein gesunder Körper kat weniger von Ansteckung, als ein kranker, zu fürchten; aber auch in jenem schlummert Krankheitsstoff, der geweckt werden kann.

Die Hoffnung zu einer *Bill of rights* ruht auf der Stimmung der deutschen Reichsstände und ihrer Geneigtheit, dem Wohle des Ganzen die uneingeschränkte Macht, Böses zu thun, zum Opfer zu bringen. Könnte nun nicht ein Zeitpunkt eintreten, könnte nicht dieser Zeitpunkt eben jetzt vorhanden seyn, wo der größte Theil un-

serer Regenten gut, weise, edel und uneigennützig wäre? Wenn man nun einen solchen Zeitpunkt benutzte, um Deutschland eine feste Verfassung zu geben: So würden die Nachfolger, welche Erben ihrer Rechte, aber nicht ihrer Tugenden wären, dann doch gebunden seyn, und noch weniger als ein König von England despotisch handeln können, weil die Gegengewalt nicht blofs, wie dort, in den Händen der Stände, sondern zugleich in den Händen des gesammten Reichs seyn wird.

Wir wollen es den deutschen Fürsten zutrauen, dafs sie der Welt ein Beyspiel geben werden, das vielleicht einzig in seiner Art, aber um desto ehrenvoller für sie und die Nation seyn würde: Nicht Grösse, nicht Glanz, sondern blofs das wahre Glück ihrer Unterthanen zum Zwecke ihrer

Herrschaft zu machen; diesem alle andere Rücksichten unterzuordnen, und ohne gewaltsame Staatsumwälzung; ohne dringende Noth, den Mißbrauch ihrer eigenen und ihrer Nachfolger Macht durch eine gute Verfassung zu beschränken i).

ist die deutsche Nation durch die Reichsversammlung zu Regensburg

-
- i) „Die deutsche Nation kann nur glücklich
 „werden, wenn sie an der dem Kaiser unterworfenen Gesetzgebung zu Regensburg
 „selbst Theil nimmt, und nicht mehr die
 „ganze Gesetzgebung ihren Fürsten überläßt, die nur von Familien- und nicht von
 „Nationalinteresse geleitet werden. Also
 „die ersten wahren Verbesserungen der
 „deutschen Verfassung müssen seyn: Verbesserung der Reichsjustiz; Aufhebung der
 „von den Kaisern unbefugter ja rechtswidriger Weise, und ohne Genehmigung der
 „Nation ertheilten *Privilegiorum de non appellando*; Herstellung der Landstände
 „und Landtage in allen den deutschen Provinzen, wo der Despotismus der Fürsten
 „sie unterdrückt hat; Mitwirkung endlich der Landtage auf die Gesetzgebung am
 „Reichstage. Eine solche Verbesserung der

Ist denn nicht das Bewußtseyn,
gut, edel und groß behandelt, und

„deutschen Verfassung, wodurch allein die
„Einheit und Wirkkraft dieses Staats be-
„fördert werden kann, wird kein einziger
„erblicher Fürst zu befördern Großmuth
„und Nationalliebe haben.“ So spricht der
in der Anmerkung f.) angezogene Graf von
Strengschwerd in seinem Kommentar und
Beurtheilung der preussischen Erklärung
vom 2. Oct. 1795. Die letzte Behauptung
ist, ich hoffe es zur Ehre unserer Fürsten,
unwahr. Die erste ist der ziemlich gemäß,
die ich zu beweisen gesucht habe. Aber
der billige, unpartheyische Schriftsteller
darf nicht vergessen, wie viel Antheil auch
das Haus Oesterreich an der Vernichtung
unserer Verfassung und der Ohnmacht un-
serer Reichsjustiz habe. Dieses Haus war
eines der ersten, welches sich der Unter-
würfigkeit unter das Reich und der Mittra-
gung gemeiner Lasten zu entziehen suchte.
Möchte es nun auch eines der ersten seyn,
Beyspiele der Aufopferung zu geben. Wa-
rum soll der König von Ungarn uneinge-
schränkter seine deutschen Provinzen be-
herrschen, als der König von Preussen,
oder der König von England die seinigen?

seinen Unterthanen, und deren Nachkommen Glück und Wohlstand gesichert zu haben, ein freywilliges Opfer so leicht zu missbrauchender Rechte werth?

Möchten die ehrgeitzigen Fürsten, die so lange sich bemühten, groß zu scheinen, endlich einmal ihren Ruhm darinn suchen, gut zu seyn, und Deutschlands Adel ihrem Beyspiele folgen!

Hoffen wir umsonst auf eine feste Verfassung, so ist es gewiss mehr der Räte und Minister, als der Fürsten Schuld. Geschäftsmänner verlie-

Die Erzherzoge von Oestreich, die zugleich Kayser waren, hatten eine doppelte Verbindlichkeit, das Reich in seiner Integrität zu erhalten; und wenn sie ihre Macht dazu benutzten, ihrem Erzhause Exemtionen und Privilegien zu verschaffen, die zur Unabhängigkeit abzielten, so bahnten sie dadurch auch Andern diesen Weg.

ten leicht, weil die Gewohnheit bey uns Menschen selbst oft die Natur besiegt, das Gefühl gegen Mißbräuche, mit denen sie, so zu sagen, emporgestiegen sind, und denen sie vielleicht gar ihren Einfluß und ihre Macht verdanken. Aber auch unter ihnen fehlt es nicht an grossen, edeln und gerechten Männern, denen in dem Gewühle der Geschäfte weder Kopf noch Herz stumpf geworden ist, und die, als ächte Volksfreunde, bereit, so viel Gutes zu stiften, als sie nach ihren Kräften und Verhältnissen vermögen, so wie dem Bürger, auch dem Fürsten zurufen werden: Handelt und rettet, so viel an euch ist, das Vaterland k)!

k) S. die kleine Schrift eines Volksfreundes an seine sächsischen Mitbürger 1793. von der man einen eben so würdigen, als angesehenen Mann als Verfasser nennt.

Der Glaube an das allmähliche Fortschreiten der Menschheit zu höherer Vollkommenheit liegt zu tief in meiner Seele und ist meinen Begriffen von der Weisheit und Güte des Schöpfers zu angemessen, als daß ich ihn aufgeben könnte. Was auch die *Laudatores temporis acti* unserm Zeitalter für Vorwürfe machen mögen: So sagen uns doch die Geschichte und Fabel, daß es vor mehrern tausend Jahren eben so, wie jetzt, Männer gab, die, unzufrieden mit der Gegenwart, das Vergangene rühmten, und eine noch schlimmere Zukunft weissagten 1). Das Verhältniß der Herrscher zu den

1) Meiners hat durch seine *historische Vergleichung der Sitten &c. des Mittelalters mit denen unsres Jahrhunderts* 3. Bände Hannover, 1793. gezeigt: Wie irrig die Meynung von der grösseren Sittlichkeit der Vorzeit sey.

Unterthanen war im Allgemeinen für diese nie so glücklich, als jetzt. Je mehr die Regenten mit ihren Pflichten bekannt, und solche zu erfüllen geneigt werden; um so sicherer wird die innere und äussere Ruhe der Staaten seyn. Die verderblichste aller Leidenschaften, die Eroberungs- und Vergrösserungssucht wird dann nicht mehr Heere zur Schlachtbank führen; und dem Unterthan, zu ihrer Unterhaltung, nicht mehr seinen Nothpfennig abpressen, wenn der Regent die Einwilligung der Nation zu seinen Kriegen und zu seinen Bündnissen suchen muss; wenn er mit neuen Ländern nur neue Pflichten, neue Sorgen und neue Arbeiten, nicht eine unumschränktere Macht erhält. Die reine Absicht, mehrere Menschen unter seinem Scepter zu beglücken, kann nicht in der Brust dessen wohnen, der;

durch Treulosigkeit und Ueberlistung seines Nachbars, die Zahl seiner Unterthanen zu vermehren trachtet. Und worinn besteht sonst die Politik der meisten höchst gepriesenen Staatsmänner?

Der wahre Menschenfreund kann es nicht ohne Schmerz sehen, wie die Selbstsucht, der alles fröhnt, sich auch in die Staatsgrundsätze eingenistet hat. Dieses Laster ist in dem Felde der Politik nicht nur Sitte geworden; sondern man hat es, unter dem Namen der Vaterlandsliebe, den schönsten Tugenden gleich zu stellen versucht. Bey Vielen, und, ich fürchte, bey den Meisten, ist Vaterlandsliebe nichts als Egoismus. So wie sie den Vortheil Anderer dem *ih-
rigen* immer aufopfern; das Beste des Staats dem Wohl *ihrer* Zunft nachsetzen; so lieben sie auch aus Selbst-

sucht *ihr* Vaterland. Um ihm Schätze zu sammeln; lassen diese Patrioten des aufgeklärten Europa in Mexico das Blut unschuldiger Völker in Strömen fließen; bewaffnen im nördlichen Amerika die Wilden gegen das glücklichste Volk des Erdbodens; entvölkern Africa durch ihre Sklavenjagd; unterwerfen Indien der Habsucht ihrer Handlungsgesellschaften; setzen in Europa selbst sich dem Vorschreiten roher Nationen zur Menschlichkeit entgegen; kurz, in allen Welttheilen säen sie Zwietracht und Unglück, um Geld oder Macht zu erndten. Bey Wenigen ist die Vaterlandsliebe reine Menschenliebe, die, aus Unmöglichkeit, dem ganzen Menschengeschlechte nützlich zu werden, ihre Thätigkeit auf den engern Kreis des Vaterlands beschränkt. Jene, man mag sie präconisiren und besingen,

so viel man will, ist so verächtlich, diese hingegen so edel, als ihre Quelle. Dann nur ist Patriotismus Tugend, wenn er der Menschlichkeit untergeordnet ist; wir sind Menschen, ehe wir Bürger werden. Diefes lehrte auch die reinere Moral der Heiden. Was ist aber die Lehre, was der Geist *der Religion*, zu der wir uns bekennen? Ihr Stifter, der grösste aller Menschenfreunde, berichtigte die thörichten und selbstsüchtigen Begriffe der Juden, die in dem Schöpfer aller Welten und dem allgütigen Vater aller Menschen nur den Gott Abrahams und seiner Nachkommen erkannten. Er machte keinen Unterschied unter den Völkern. Wir sollen, so will er es, alle Menschen lieben; alle sind unsere Nächsten. Eine Wahrheit, die unter Staaten zu allen Zeiten in der Ausübung verkannt worden ist,

Männer, die in ihrem häuslichen Leben und gegen ihre Mitbürger gut und rechtschaffen handeln, erröthen nicht, ihrem Vaterland eingebildete Vorthelle mit dem Schaden anderer Völker zu erkaufen, Der Fürst, der Staatsmann, die einen Dieb den Händen des Henkers übergeben, in die Eisen schmieden, oder an den Pranger stellen lassen, glauben Ruhm und Ehre zu verdienen, wenn sie dem Nachbar Provinzen rauben und durch ihre Habsucht viele Tausende von Unschuldigen gewaltsam ins Grab, und mehrere noch ins Elend stürzen.

Wollen wir denn nur Christi Lehre befolgen, so lange es unser Vortheil erlaubt, und soll unsere Religion gar keinen Einfluss auf unsere Handlungen als Staatsmänner haben? Wollen wir nur dem Freyheitsschwindel der Jacobiner, nur der Gleichheitsschwär-

merey der Sanscülotten fluchen, aber nach ihren Grundsätzen handeln; wie sie unsere politische Meynungen mit dem Schwerdte verbreiten; unter nichtigem Vorwand fremdes Eigenthum an uns reissen; und, wie sie, unsere Grösse auf anderer Sturz und Unglück bauen?

Schon vor anderthalb Jahrtausenden waren unsre Vorfahren das Opfer einer solchen sogenannten Staatsklugheit. Roms betrügerische Künste erhielten die Uneinigkeit unter den alten Germanen, und vereitelten jeden Plan zur Eintracht und zum allgemeinem Wohlstand. Die Gesinnungen, die *Tacitus* m) hiebey äussert, machen seinem Patriotismus weniger Ehre, als seiner Menschlichkeit Schande; und

mit 22. Stenographisch geschrieben

m) *Māneat quæso, duretque gentibus si non amor nostri, at certe odium sui.*

Gibbon n) tadelt ihn deshalb mit Recht. Aber waren diese Grundsätze nur den römischen Staatsmännern eigen? War verfeinerte Politik nicht immer ungefähr das unter den Völkern, was Giftmischerey unter einzelnen Menschen ist?

Erfahrung und Geschichte o) sind schlechte Lehrerinnen der Pflichten;

n) These sentiments, less worthy of the humanity than of the patriotism of Tacitus, express the invariable maxims of the policy of his countrymen. Every quarrel among the Germans was fomented by the intrigues of Rome; and every plan of union and public good was defeated by the stronger bias of private jealousy and interest.

o) Es ist schon von mehreren (Allg. Litt. Zeit. 1789. No. 21.) gerügt worden, daß *Garve* in der Abhandl. über die Verbindung der Moral mit der Politik Breslau 1788. S. 5. 69. u. a. m. Erfahrung und Geschichte, welche die rechtliche und moralische Untersuchung der Frage: Was geschehen soll?

wir müßten denn aus ihnen lernen wollen, welches Unglück Ehrgeitz und Unsittlichkeit über das Menschengeschlecht gebracht haben. Wollten wir von dem, was in dem rohen Naturzustände unter einzelnen Menschen geschehen seyn könnte, oder von dem, was bisher unter Völkern wirklich geschah, auf die Rechte der Völker schliessen, und hiernach ein Gesetzbuch der Politik entwerfen; so würden wir einen Codex bekommen, dessen sich die Menschheit schämen müßte.

Gedungene Slaven der Grossen mögen immer deren Gebrechen beschö-

mehr verwirrt als befördert, hier zu Raths ziehen wolle. Gewiss ist es, dafs zufällige gute Folgen die ungerechten Handlungen von Regenten so wenig als die von Privatpersonen rechtfertigen können. Man vergleiche *Kants* kleine Schrift: Zum ewigen Frieden 1795. S. 70.

nigen oder rechtfertigen; die öffentliche Meynung verdammt und verachtet ungerechte Manifeste, als ein Gaukelspiel, mit dem sich kaum der niedrigste Pöbel blenden läßt. Dann aber müssen alle redliche Freunde des Guten trauern, wenn ein *Garve*, von dessen denkendem Kopfe und wohlwollendem Herzen jedes Blatt seiner Schriften zeugt, ein System aufstellt p),

p) *Garve* hat bekanntlich erst in den zerstreuten Betrachtungen über die Moral der Politik, welche den vortreflichen Anmerkungen zur Uebersetzung *Cicero's* von den Pflichten angehängt sind; dann in einer eigenen, in der vorigen Anmerkung benannten Schrift, ein System der Politik entworfen, welches zwar mehrmals angefochten, aber, so viel mir bekannt, nirgends von einer so gehässigen Seite vorgestellt worden ist, als in der kleinen Abhandlung: An deutsche Reichsstände. Germanien im August 1795. Der Verfasser bemüht sich, das Verderbliche und allen Nachbarn Gefährliche der preussischen Politik zu zeigen,

in welchem Treulosigkeit entschuldigt, und die Gerechtigkeit der Con-

und zugleich, daß alles dies durch *Garve's* System gerechtfertigt werde, mit dessen eigenen Worten zu beweisen. Man würde an Tugend und Rechtschaffenheit verzweifeln müssen, wenn ein *Garve* seine Feder und sein Talent verkaufen könnte, um Grundsätze zu beschönigen, die Sittlichkeit und Menschenglück untergraben. So sehr ich einen solchen Argwohn verabscheue, so wahr finde ich es, daß sein System Sätze enthält, die theils unrichtig sind, theils aber leicht missverstanden, oder practisch gemißbraucht, und dann höchst gefährlich werden können. Nur einige hier zum Beyspiele: „Da nichts unsere Sicherheit so vollkommen ausser Gefahr stellt, als die Schwäche unsers Feindes; so wird die Sorge für die Erhaltung des Staats oft erfordern, auch den zuerst anzugreifen, und ihn der Mittel, wodurch er uns schaden kann, das ist, des Reichthums und der Macht, zu berauben, von welchem wir feindselige Gesinnungen vermuthen.“ S. 156. — „Nocum bis jetzt ist kein Recht unter den europäischen Nationen schwankender, keines beruht mehr

venienz untergeordnet wird. Der Begriff von Staat setzt schon eine Art

„so zu sagen auf dem guten Willen derer,
 „welche es halten wollen, als das Eigen-
 „thumsrecht.“ — „Gerechtigkeit, Achtung
 „für das Eigenthum andrer Staaten, ist
 „zwar auch eine Tugend; aber *die letzte*
 „unter allen, so wie sie im Privatleben die
 „erste ist. *Muth, Klugheit, gebn ihr weit*
 „vor, und entschuldigen alles: Da sie hinge-
 „gen im bürgerlichen Leben, dem, welcher
 „sie anwendet, sich fremden Eigenthums
 „zu bemächtigen, nur verdoppelten Haß
 „zuziehn.“ S. 166. der Anmerkungen zum
 dritten Buche der Uebersetzung Cic. von
 den Pflichten, zweyte Auflage.

Diefs ist, nach *Kants* Ausdruck, politische
 Moral, nicht moralische Politik. In der
 neuern Abhandlung werden zwar einige der
 ältern Sätze berichtigt; aber im Grunde
 hat das System wenig von seinem Gefährli-
 chen verloren. Ich hebe auch hier einige
 Stellen aus. *Garve* sagt: „Die Regenten
 würden oft bey dem, was sie im Namen
 der Nation thäten, durch Bewegungsgründe
 getrieben, die nur auf die Privatverbindun-
 gen ihrer Personen und ihrer Familien Be-
 zug hätten.“ „Diefs ist“, fährt er fort,

von Cultur, wenigstens eine Kennt-
niss von Rechten und Pflichten vor-
aus;

„schon an sich *vielleicht* eine Ungerechtig-
keit, die doch bey Regenten, welche
Menschen sind, und ihre Persönlichkeit
nie ganz ausziehen können, zu entschuldi-
gen ist.“ S. 41. Entschuldigen läßt sich
freylieh jede Uebelthat; aber wie mag Gar-
ve der Ungerechtigkeit, welche die vorzüg-
lichste Quelle des Unglücks aller Nationen
war, dem Mißbrauche der landesherrlichen
Macht zur Stillung persönlicher Leiden-
schaften oder Neigungen, das Wort reden,
und noch zweifeln, ob diese Handlungs-
weise auch ungerecht sey? Wenn ein sol-
ches Verfahren zu entschuldigen, dennoch
aber (S. 43.) der Landesherr verpflichtet
ist, die Verträge, welche er als Stellver-
treter der Nation schloß, im Falle sie die-
ser schädlich werden, zu brechen: So ist
auch in der Theorie des Völkerrechts kein
zwischen monarchischen Staaten geschlosse-
ner Vertrag mehr heilig. — Aber G. geht
noch weiter: „Selbst die bloße Verände-
rung der Umstände kann eine gultige Ur-
sache zu einem Bruche werden, wenn
gleich der Vertrag wirklich zwischen Na-
tionen und Nation geschlossen worden war.“

aus; denn eine Menge ganz roher Menschen pflegt man keinen Staat zu

(S. 44.) Doch wird dieser Satz in der Folge durch den Zusatz erläutert und gemildert: „Vorausgesetzt, daß der aus der Haltung desselben für den Staat entspringende Schaden so groß ist, daß er dessen „Erhaltung in Gefahr setzt.“ Bey Verträgen, in welchen gewisse Leistungen versprochen worden sind, und welche daher immer die Möglichkeit dieser Leistungen voraussetzen, z. B. Subsidentractate, mag dieses gegründet seyn. In einem solchen Falle ist auch der Privatmann nicht schuldig, sein Versprechen zu erfüllen. Ist der Vertrag aber über solche Gegenstände geschlossen, auf deren Festigkeit das Wohl aller Völker beruht, z. B. über Eigenthumsrecht, so können keine veränderten Umstände die Brechung des Tractats entschuldigen. Den Völkern liegt, obgleich *Garve* dieß S. 63. zu bezweifeln scheint, so viel daran, daß Gerechtigkeit und Treue unter ihnen herrsche, als den einzelnen Menschen. Bey jenen, wie bey diesen, beruht die Sicherheit auf der Heiligkeit der Verträge; und wenn deren Verletzung bey Völkern seltener vorkommen kann, so sind dagegen

nennen. Gebildete Nationen müssen,
wenn sie auch in keiner engern Ver-

ihre Folgen desto blutiger. Für das allgemeine Wohl ist es daher ungleich besser, daß eine Nation in Gefahr komme, als daß durch eine zum Recht sanctionirte Treulosigkeit alle in ewiger Gefahr bleiben. „Die Treue der Verträge ist die einzige Basis des gegenseitigen Vertrauens der Völker. Ohne sie ist weder öffentliche Ruhe, noch das Glück der Völker wesentlich gegründet“, heißt es in dem Preussischen *Exposé succinct* vom 26. Jun. 1792. Dies muß gewiß jedem einleuchten. Die Pflicht der Selbsterhaltung würde alle übrigen Staaten, wenn sie selbst strenger ihre Verträge hielten, berechtigen, den Staat, welcher durch sein System der Treulosigkeit ihrer Ruhe gefährlich würde, gemeinschaftlich den Gesetzen der Gerechtigkeit zu unterwerfen. S. 56. „Wer die Folgen seiner Handlungen so vollständig und so deutlich vor Augen hat, daß er nach eigener Einsicht mit Gewissheit beurtheilen kann, welche der ganzen vernünftigen Schöpfung in allen künftigen Zeitaltern mehr nutzen als schaden werden — der braucht sich nach keinen allgemeinen Re-

bindung mit einander stehen, sich wie Glieder eines Ganzen betrachten, und

„regeln zu richten; und er kann diejenigen, welche uns Recht und Gewissen vorschreibt, übertreten, ohne weder ungerecht, noch strafbar zu handeln.“ Wie gefährlich es sey, solche speculative Sätze in der Theorie des Staatsrechts aufzustellen, davon haben wir während der französischen Revolution die traurigste Erfahrung gemacht. Obige Behauptung ist nicht so einleuchtend, als es die meisten der Sätze sind, auf welche man in Frankreich die Rechte des Volks, seine Verfassung umzustürzen, gründete. So wie diese zur Anarchie und zu den schändlichsten Gräueln führen können; so bahnen solche Grundsätze, wie der hier aufgestellte, den Weg zur Despotie und Tyranny. „Auf einem so erhabnen Standpuncte“, sagt zwar *Garve*, steht kein „Mensch“; aber er räumt doch den Herrschern das Recht ein, des (vermeinten) allgemeinen Bestens wegen, von den Regeln und Grundsätzen (der Gerechtigkeit) abzuweichen. Die Folgen sind leicht zu übersehen.

Dafs man es den Regenten so leicht verzieh (S. 64.), wenn sie aus Habsucht tau-

so gegen einander handeln, wie Bürger gegen Bürger, oder doch wie ein

sende ihrer Unterthanen zur Schlachtbank führten, indessen man den verabscheuete, der einer andern Leidenschaft nur Einen derselben aufopferte, beweist nichts, als die Allgemeinheit der höchst verkehrten Begriffe von den Rechten der Herrscher. Wir wissen, daß es mehrere Handlungen giebt, über deren Sittlichkeit und Unsittlichkeit man viele Jahrhunderte hindurch in allen europäischen Staaten eben so schief urtheilte. So bestimmt und deutlich Garve sonst in seinem Vortrage ist so läßt er in diesen Abhandlungen doch oft den Leser zweifelhaft, ob er bloß von dem rede, was geschieht und geschah, oder von dem was mit Recht geschehen dürfte; z. B. bey den Aeusserungen über Eigenthums-Recht und Verträge S. 163. u. f. der Anmerkungen. Er will zwar das Nachtheilige seines Systems dadurch entkräften, daß er einen Unterschied zwischen isolirten und unsern europäischen Nationen macht, und so schön als richtig zeigt, daß von diesen, weil sie in einer Art von gesellschaftlicher Verbindung stehen, nicht alles gelten könne, was er von jenen behauptet hatte. Seine Vor-

gebildeter Mensch im aussergesellschaftlichem Zustande gegen den an-

schriften am Schlusse der Abhandlung sind vortreflich; aber ich besorge mit dem Verfasser der Abhandlung: *An deutsche Reichsstände*, daß diese Regeln und Einschränkungen die Wunde nicht heilen werden, welche die allgemein aufgestellte Theorie, der Gerechtigkeit schlägt. Wenn man den Mächtigen überredet, (und wie leicht ist dieß!) er habe ein Recht, das zu thun, was er zu thun wünscht, nämlich sich mit Verletzung des Eigenthumsrechts Anderer zu vergrößern, so prägt sich dieser Satz gewiß tief bey ihm ein; aber er vergißt der Modification, oder findet tausend Mittel, sie zu umgehen.

Was konnte *Garve* für eine Absicht haben, sein System zu entwerfen, wenn es nicht Grundlage aller, also auch der europäischen Politik werden sollte? Kann weder durch die strengern Forderungen des theoretischen Politikers, noch durch positives Recht, den Ungerechtigkeiten der Eroberer und Despoten Einhalt gethan werden (S. 75.), so darf doch der Philosoph und Menschenfreund das System der Politik deshalb so wenig den Leidenschaften der Herr-

dern handeln würde. Ihre Verträge müssen ihnen heilig seyn, und jede

schon, als das der Moral den Lasten des Privatmannes anpassen.

Darinn irrt *Garve* gewiss, wenn er glaubt (S. 75. und 81.): Es würde den Regenten schwer werden, nach seinen Grundsätzen ihre Ansprüche zu rechtfertigen, und einen Vorwand zu Beschönigung ihrer Unternehmungen zu finden. Ich bin so genügsam nicht, um in den Wunsch (S. 76.) mit einstimmen zu können: „O wollte Gott, daß nie mehr ein Krieg geführt, nie eine Eroberung versucht würde, als wenn der, welcher jenen anfängt, und noch dieser strebt, auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit zeigen könnte, daß beyde seinem Lande oder auch nur ihm selbst nützlich wären!“ *Anacharsis Cloots* und seine Gesellen behaupteten nicht nur, sondern viele seiner Anhänger glaubten es auch, daß sie durch den grossen Kreuzzug, durch welchen sie in ganz Europa die Fahne der Freyheit wehen lassen, und alle Verfassungen umstürzen wollten, der Menschheit einen wesentlichen Dienst leisten würden. Nach *Garves* Grundsätzen S. 80. läßt sich das Betragen dieser „beldenmüthigen Abentheurer“ recht-

Usurpation ist ein Raub und ein Verbrechen. Uneinigkeit unter andern stiften, um, wie man im Sprüchwor-

fertigen. Es würde sehr leicht seyn, in einem Manifeste, der Behauptung: Dafs die Erhaltung und Sicherheit der Preussischen oder der Oesterreichischen Staaten die Theilung Deutschlands verlange; und dafs es das grösste Glück für die kleinern deutschen Staaten sey, den grössern einverleibet zu werden, „einige Wahrscheinlichkeit“ zu geben. Diese Meynung hat, wie ich in einer frühern Anmerkung angeführt habe, ein preussischer Schriftsteller bereits aufgestellt. Die Erfahrung lehrt: Dafs es den einzelnen Menschen nie an sittlich guten Gründen fehlt, die sie den Handlungen, zu welchen ihre Leidenschaften sie führen, unterlegen können. Wie wollte es daran den Herrschern fehlen, die so viele Federn im Solde haben? Neuere Manifeste, in denen man die Meynungen einzelner Glieder einer schwachen Nation zum Vorwande brauchte, die ganze Nation zu vernichten, beweisen, wie leicht man sich auch mit einem nicht einmal scheinbaren Vorwande beruhigt.

te sagt, im Trüben zu fischen, ist eine Niederträchtigkeit; es thue es ein König, oder ein Unterthan. Noch weniger können aber solche Handlungen unter europäischen Staaten gerechtfertigt werden, die in einer engeren Verbindung stehen, und eine Art von Völkerrepublik bilden. Sie sind als Glieder einer Gesellschaft anzusehen, die an Rechten gleich, an Ausbildung und Macht aber verschieden sind. Vortreflich ist *Garve's* Bemerkung, daßs auch ein minder mächtiger Staat sich durch die strenge Gerechtigkeit und Redlichkeit seiner Politik einen hohen Grad von Achtung, und durch diese Sicherheit verschaffen könne. Da Deutschland mehr oder minder in alle Streitigkeiten europäischer Mächte verflochten wird, so wird man mir diese Abschweifung verzeihen, von der ich zur innern Verfassung desselben zurückkehre.

Auf die Weisheits- und Gerechtigkeitsliebe der Fürsten, auf die Klugheit und Billigkeit ihrer Rathgeber, baue ich meine Hoffnungen einer glücklichen Verfassung. Es liegt daher alles daran, sie von der Nothwendigkeit derselben zu überzeugen; und ich muß diejenigen für die gefährlichsten Feinde unsers Vaterlandes halten, deren feile Stimme alle Mißbräuche für unbedeutend, alle Verbesserungen für Neuerungen, alle Neuerungen aber für gefährlich erklärt, und jeden Fürsten zu überreden sucht, daß man von seinen Unterthanen nichts fordere, als was sie leisten können und Jahrhunderte ruhig geleistet hätten; daß zu viel Wohlstand, zu viel Güte, den Bürger und Bauer nur übermüthig und trotzig mache, und, daß das Volk unter der sanften und glorreichen Regierung eines so

guten und weisen Fürsten viel zu glücklich sey, um an eine Empörung zu denken.

Dieſs iſt und war die Sprache aller Sykophanten und Höflinge in allen Zeiten und allen Reichen. Wo lebte je ein Tyrann, den nicht ſeine Günftlinge weiſe und gut genannt hätten? Lobeserhebungen, die der beſcheidene gute Fürſt von ſich ablehnen würde, werden dem Volksbedrücker von Niederträchtigen heimlich und öffentlich zum Opfer gebracht. Verſchließſt, Fürſten Deutschlands! euer Ohr der vergifteten Stimme des Schmeichlers. Wenn jemand euer Mißtrauen verdient, ſo iſt es der, welcher immer bereit, euch von euern Tugenden und der Weiſheit euerer Anſtalten zu unterhalten, nie einen Tadel wagt.

Verlaſt Euch aber auch nicht auf euere und euerer Verbündeten zahlreiche Heere!

Leset und leset wieder die Geschichte der französischen Revolution.

Weiber und unbewafnete sonst friedliche Bürger griffen mit spartanischem Muth und einer Unerschrockenheit, die dem geübtesten Krieger Lorbern verdienen würde, den Kern der französischen Armee an, und warfen ihn zu Boden. Mehr als einmal besiegte das rohe wilde Feuer schlechtgekleideter, schlechtbewaffneter Freywilliger, eure tapfern so gut disciplinirten Krieger q). Belehrt durch das Unglück

von dem ersten Feldzuge der Franzosen im Jahr 1792.

q) Man kann die Geschichte des ersten für die aliirten Mächte so unglücklichen Feldzugs nicht lesen, ohne der Worte *Gibbons* sich zu erinnern. S. T. VI. p. 309. Ch. IX. wo er von unsern deutschen von den Römern bekriegten Vorfahren sagt: *Impatient of fatigue or delay these halfarmed warriors rushed to battle with dissonant shouts and disordered ranks and sometimes by the effant of native valour prevailed over*

unserer Nachbarn, handelt so lange ihr noch handeln, wücket so lange ihr wirken könnt.

Was würde *Ludwig*, was seine Brüder, was seine stolzen Minister dem geantwortet haben, der ihnen nur einen kleinen Theil des Unglücks geweissagt hätte, das sie traf?

Es würde haben abgewendet werden können, wenn man einen guten König von der *wahren* Lage der Dinge unterrichtet hätte; wenn seine Brüder und Frankreichs Adel in Zeiten vernünftige Nachgiebigkeit gezeigt, und den nun als billig anerkannten Grundsätzen wahrer Patrioten, die den König und das Volk glücklich wissen wollten, Gehör gegeben hätten. Aber

the constrained and more artificial bravery of the roman mercenaries.

was war das Schicksal dieser Gemässigten? Die königliche Parthey hafte sie als Volksfreunde; die königlichen Brüder und ein grosser Theil von Frankreichs Adel hielten die vorgeschlagenen Aufopferungen für ungerecht und entehrend; sie bewafneten sich und Europa gegen ihr Vaterland, um den Aufstand mit Mord und Brand zu rächen, den sie selbst durch Druck und Schwelgerey herbeygeführt hatten. In dem gereizten Volke erwachte nun das Gefühl seiner Macht. Unruhige Schwindelköpfe, benutzten diese Stimmung, und das bis zur Raserey von ihnen electrisirte Volk forderte immer mehr.

Wie es bey grosser Verschiedenheit der Meynungen und dem entgegenlaufenden Interesse mächtiger Partheyen fast immer gemässigten und

billigen Männern r) geht, so wurden auch hier die wahren Patrioten größtentheils das Opfer ihrer Unpartheylichkeit. Eben die auf Recht, Billigkeit, Menschen- und Vaterlands-Liebe gegründete Meynungen, die ihnen die Verfolgung der Freyheitsfeinde zuzogen, machten sie auch dem Volke verhasst, nachdem dieses, von Feinden seiner wahren Glückseligkeit und Ruhe verführt, die Gränze der Billigkeit überschritten hatte. Sie wurden nun

r) Herr Hofrath *Wieland* sagt im deutschen Merkur Januar 1793. I. p. 14. 15. „Wehe den Moderirten die behaupten, daß man weder Aristocrat noch Democrat, sondern ein Freund seines Vaterlandes, und immer bereit seyn müsse, in jedem Collisionsfall sein Privatinteresse dem allgemeinen Besten aufzuopfern. Dieß letzte ist in ächt aristocratischen Ohren eine *propositio male sonans*, die man bey Gelegenheit, wo Ernst aus der Sache werden könnte, gar nicht hören lassen soll.“

als Aristocraten und Feinde des Volks verschrieen; und von diesem gemordet; da es ihnen hätte Dankaltäre bauen sollen. Wo die Machthaber ihre Kronen oder ihre Freyheitsbäume und durch Ungerechtigkeit und Unterdrückung gründen zu können glauben, da ist der Menschenfreund — wo man einen verworfenen *Marat* anbetet — der edle *la Fayette* ein Verbrecher.

Die Geschichte aller Zeiten und aller Rebellionen lehrt, daß nicht leicht ein Volk ohne wichtige und dringende Gründe sich empört, nicht leicht eine Abänderung in seiner Regierungsform wünscht; aber es ist auch von dem lauten Wunsch bis zur Ausführung nur ein zu kurzer Schritt, als daß es nicht höchst gefährlich seyn sollte, das sich laut äussernde Mißvergnügen abzuwarten. Der rechtschaffene Mann,

bezahlt seine Schuld, erfüllt seine Pflicht, ehe man ihn mit Nachdruck mahnt. Kann ein guter Fürst auf einen Volksaufstand warten, um Mißbräuche abzuschaffen, die immer merklicher werden; um dem Volk das zurück zu geben, was seine Vorfahren von ihm durch ihre Uebermacht erpreßt, oder durch die Rathschläge gewissenloser Diener erschlichen haben?

Die deutschen Fürsten sollen ja und müssen zu Deutschlands Ruhe Fürsten, der Adel Adel, und der Bauer Bauet bleiben; aber jenen soll der Weg zur Despotie versperrt, der Adel zu Aufopferung üblerworbener Rechte vermocht, und für den Bauer und Handwerker nur dieses gewonnen werden, daß er sicher, ruhig und ungedrückt, sein Feld bauen oder seine Geschäfte treiben, und bey billig vertheilten Abgaben von den Früchten seines Fleis-

ses

ses glücklicher, mit den Seinigen leben könne. Wer das Elend kennt, das in einigen Gegenden in den niedern Volksklassen herrscht, der müßte ohne Gefühl seyn, wenn er ihnen dieses glückliche Daseyn mißgönnen wollte.

Es würde nicht nur undankbar, sondern auch schändlich seyn, den redlichen treuern Sinn der Deutschen, und ihren Abscheu gegen gewaltsame Revolution und Anarchie zu Fortsetzung von Mißbräuchen zu benutzen, und, unter nichtigem Vorwande vernünftigen Verbesserungen sich zu widersetzen. Fürsten Deutschlands, wenn Euch Euer, Eures Volks und Eurer Kinder Glück lieb ist, so laßt Germaniens laut zu Euch rufende Stimme nicht durch das Getöse Eurer Höflinge, nicht durch das Geklirre der Waffen überschreyen. Zeigt es thätig, daß Ihr Gerechtigkeit liebt, die un-

verkennbaren und unveräusserlichen Rechte des Menschen und Bürgers ehret, und Sicherheit, Ruhe und Glück Eurer Unterthanen, gerne mit einigen Aufopferungen erkaufet. Nicht bloß Euer eignes, sondern vor allem sucht Eures Volkes Wohl. Flößt durch Euer Beyspiel Euerm Adel gleiche Grundsätze ein. Haltet es nicht unter Eurer Würde, die Vermittler zwischen ihm und dem Bürger- und Bauernstande zu seyn. Gründet durch eine billige unwiderrufliche Verfassung unser und unserer Nachkommen Glück, und seyd, wenn Ihr an eine Vorsehung glaubt, ihres Seegens, des Seegens Eurer Unterthanen, und des unverwelkendsten Ruhmes gewiß.

INNHALTS - VERZEICHNISS

des zweyten Theils.

Einleitung. S. 5 - 20.

Die Frage: Ob? ist fast immer leichter zu beantworten, als die Frage: Wie? Doch dürfte es nicht so schwer seyn, diese theoretisch zu beantworten, als den Deutschen Vaterlandsliebe und Gemeingeist zur practischen Ausführung der Vorschläge einzuflössen. Leichter als sie es in Frankreich war, ist indessen bey uns eine ruhige Reform. Man hat Grund zu hoffen, daß die Regenten Deutschlands sich damit beschäftigen werden. Nie war eine Frage wichtiger für unser Vaterland als diese. Wie? Der Verfasser, der Eingeschränktheit seiner Kenntnisse sich bewußt, will nur Bruchstücke liefern, Steine zum grossen Bau.

Falsche oder unzureichende Mittel, Ruhe zu sichern, sind:

Steuererlasse. S. 20 - 21.

Das Bestreben, es allen recht zu machen. S. 21 - 26.

Dieses führt von dem geraden Wege der Pflicht ab, bringt den schlechten Burgern Vorthail,

und wird also den guten schädlich. Strenge gegen Schurken ist so nöthig, als Güte gegen jeden Unterthan. Erfahrung belehrt über das Gefährliche einer gesetzwidrigen Nachsicht.

*Äengstliche Aufsicht über Unzufriedene;
Spione und Inquisitionstribunale. S. 26-54.*

Dadurch verliert die Regierung die Liebe des Unterthans. Wie weit ist das Geschrey von dem Einflusse einer grossen Faction, die unsere Verfassung umstürzen wolle, gegründet? Argwohn ist bey uns auf der Tagesordnung; man glaubt durch dessen Verbreitung sogar seinen Loyalismus zu beweisen. Den Beweis will man durch falsche Thatsachen führen. Durch ein solches unredliches Benehmen verstärkt man die Parthey der Verläumdeten. Die Fürsten sind übel berathen, die sich solche Sachführer wählen. Das Daseyn jener Faction ist weder erwiesen, noch ist sie so furchtbar. Je mehr Aufklärung in einem Lande herrscht, je weniger finden geheime Gesellschaften Eingang. Es giebt aber eine Parthey, die die Wissenschaften verdrängen, und die gebenedeyte Dummheit des Mittelalters zurückführen möchte.

Bücherverbote, Presszwang. 54-80.

Nur Tyrannen bedürfen solcher Mittel, um das einbrechende Licht zu verdrängen. Zum Aufruhr reizende Schriften sind Gift. Freymüthige Untersuchungen aber führen zur Wahrheit. Die Gränzlinie ist schwer zu ziehen, und noch schwerer durch Gesetze zu bestimmen. Der Minister wird mit dem Staate, Dogmen mit Religion verwechselt. Mißbrauch ist nur dadurch zu verhindern, daß man die Leseinstitute und das Censuramt in gute Hände bringe. Auch in Schriften, die nur von Gelehrten gelesen werden, hat man Freymüthigkeit zu unterdrücken versucht. Erfahrung lehrt, daß dieser Zwang unnütz sey; er ist aber auch schädlich. Kayser Josephs Urtheil hierüber.

Wirksame Mittel, und zwar allgemeine, sind:

Weise Regierung. Jede Regierung glaubt weise zu handeln. Der unweise verschmähet guten Rath; doch lassen sich gewisse Grundsätze aufstellen in der:

Wahl der Staatsbeamten. S. 80-III.

Sie ist das wichtigste Geschäfte. Dienstverkauf ist Brandschatzung der Unterthanen; aber auch blinde Gunst darf nicht entscheiden. Dienstanstellungen sind keine Gnadensachen. Pflicht befehlt dem Fürsten,

den Würdigsten zu wählen. Nur bey Dienern seiner Person findet Willkühr statt. Bey keinem Staatsbeamten, auch nicht bey dem Geringsten, obgleich bey den Höheren kluge Wahl doppelt nöthig ist. Fortrückung nach dem Dienstalder ist die Regel; Ausnahmen finden zwar statt, doch nicht ohne Nachtheil, wenn sie häufig sind. Die Prüfung der Brauchbarkeit eines neuen Dieners darf nie versäumt werden; aber eben so wichtig ist Redlichkeit. Die Collegia sind um ihr Gutachten zu befragen. *Eberhards* Urtheil. Zu oft vergessen Fürsten und Minister ihrer Pflicht, und vertheilen Dienste nach Gunst zum größten Nachtheile des Staats. Die Absetzung darf auch nicht willkührlich und ohne vorherige Untersuchung geschehen. Mit Klugheit gewählte Diener besitzen das Vertrauen des Fürsten, und er begegnet ihnen mit Achtung. Die Besoldungen müssen bestimmt seyn und nicht nach Gunst oder Mißgunst vertheilt oder verkürzt werden, damit der Diener nicht wieder den Unterthan brandschatze.

Ernster Wille, das Zutrauen des Unterthans zu verdienen, S. III-III8.

Selbst der edle Wunsch, geliebt zu seyn, kann irre führen. Festigkeit in den Grundsätzen, Muth in der Ausführung bedarf

der Staatsmann. Der Fürst darf kein anderes Interesse haben, als das seines Volks. Man muß den Fürsten als Individuum mit dem Herrscher nicht verwechseln. Jener kann als Mensch nie von Schwächen frey seyn, aber sie dürfen keinen Einfluß auf seine Handlungsweise als Regent haben. Friedrich II. Leopold II. und Joseph II. Urtheile hierüber.

Gute Finanzverwaltung, S. 118-119.

Von welcher unten noch gehandelt werden wird.

Offenheit und Geradheit. S. 119-123.

Falschheit kann nicht lange Vorthail bringen, sie erzeugt Mißtrauen. Das Verhältniß des Fürsten zum Unterthan bedarf keines Schleyers, die Vernunft erkennt dessen Wohlthätigkeit an. Nur der kann Dummheit begünstigen, der darauf ein Gebäude von Ungerechtigkeit gründen will.

Beförderung der Aufklärung. S. 123-133.

Wahre Aufklärung muß allgemeiner werden. Sie ist die sicherste Quelle des Gehorsams, und muß die Thronen stützen, die falsche erschüttern könnte. Bey der verschiedenen Beantwortung der Frage: Kann Aufklärung Revolutionen bewürken? liegt Mißverständniß zum Grunde. Nur den wissent-

lich ungerechten Regenten könnte sie gefährlich werden. Wo wahre Aufklärung herrscht, kann falsche nicht Eingang finden. Der gemeine Mann soll nicht vieles, aber das, was er weiß, recht wissen.

Erziehung und Schulen. S. 133 - 147.

Wichtigkeit und Vernachlässigung derselben.

Zweckwidriger Unterricht. Schlechte Wahl und elende Lage der Lehrer, die zu den wichtigsten Männern im Staate gehören. Hier fehlt es dem Herrscher immer an Geld, aber zu Befriedigung seiner Leidenschaften nie. Das Geld für Schulverbesserungen ist auch in kaufmännischer Rücksicht gut verwendet. Die Erziehung macht uns zu Menschen. Sie sey der Fürsten wichtigste Angelegenheit. Aber nicht Unterricht allein, Beyspiel und Achtung der Tugend in jedem Stande vollendet sie.

Wo die Erziehung gut ist, und Aufklärung herrscht, wird der Regent leichter weise Rathgeber finden. Diese achten auf die öffentliche Meynung und den Geist der Zeit, ohne sich von diesem beherrschen zu lassen. Sie schaffen Mißbräuche ab, aber mit Behutsamkeit. Ein solches Land hat keine Revolution zu fürchten.

Religion S. 147 - 177.

Ist die festeste Stütze des Staats. Sie wirkt,

wo Gesetze nicht wirken können. So verschieden die Religionsmeynungen sind, so lassen sich von der Zweckmässigkeit derselben in politischer Rücksicht doch sichere Grundsätze aufstellen; nur müssen wir ohne Partheylichkeit prüfen und urtheilen. Die Religion, die Jesus lehrte, erstickt den Gemeingeist nicht, sondern befördert ihn. Man muß Christus - Religion, nicht Priester-Religion und Dogmen zur Hauptsache des Unterrichts und Vortrags machen. Man muß nicht Glauben durch Furcht erzwingen, sondern Sittlichkeit auf Liebe zu dem Allgütigen gründen. Diefs sicherer zu bewirken, muß man die geoffenbarte Religion auf die natürliche bauen. Wo man den umgekehrten Weg wählt, fällt mit dem Glauben an historische Wahrheiten auch die an Tugend hin. Diefs bestätigt die Erfahrung. Blinder Glaube ist nur eine schwache Stütze der Despotie.

Vernunft muß allemal der Prüfstein unserer Meynungen seyn, sonsten müßten auch wir den Baal anbeten, wenn es unsre Väter thaten. Ueber die besondern Religionsmeynungen hat der Staat keine Gewalt, nur müssen sie der natürlichen Religion und der Sittlichkeit nicht entgegen seyn; und es ist unklug, diejenigen zu begünstigen, die es leicht durch unbehutsamen Vor-

trag werden können; wie z. B. die Lehre, daß der Glaube selig mache, die nur von Wenigen recht gefaßt wird. Die katholische Kirche verlangt gute Werke; aber welche? Man höre hierüber Christum selbst; seine Lehre ist deutlich genug. Wer sie befolgt, ist der beste Bürger. Beym vernünftigen Religionsunterricht darf man es aber nicht bewenden lassen; Beyspiel und Achtung gegen sittlich gute Menschen muß ihn unterstützen. Seit der französischen Revolution heucheln wir hie und da mehr Religion; aber haben wir deren auch mehr?

Vermehrung der Grundeigenthümer. S.

177 - 185.

Dieser ist fester an die Verfassung gebunden. Ackerbau ist mehr, als Fabriken zu begünstigen. Schädlichkeit des Colbertischen Systems. Der wahre Reichthum des Staats besteht in der Menge seiner unentbehrlichen Erzeugnisse. Geld ist nur das Zeichen derselben. Was sagt uns die Erfahrung hierüber? Vereinzelung zu grosser Domainen

und Rittergüter.

Richtiges Maass der Bevölkerung. S.

185 - 193.

Sie muß den Erzeugnissen so viel möglich angemessen seyn, und darf daher nicht oh-

ne Unterschied begünstigt werden. Zu starke Bevölkerung erzeugt Mangel an Nahrungserwerb; dieser Unsittlichkeit aller Art. Diefs ist besonders in Städten sichtbar, wo fast immer mehr Sittenverderb, und weniger Genügsamkeit, mehr Unzufriedenheit und weniger Gemeingeist herrscht, als auf dem Lande, besonders in der Residenz. Ihre Vergrößerung ist also fast immer schädlich. Sie gleicht der Büchse der Pandora.

Besondere Gegenstände, die in Deutschland als einer Reform bedürftig angesehen werden, und daher auch als Mittel, dessen Ruhe zu sichern, betrachtet werden können.

Erbadel und dessen Einschränkung. S.
194-281.

Hafs der übrigen Stände. Wo der Adel ein Theil der Constitution ist, muß er, wo er es nicht ist, kann er bleiben, wenn nur die Mißbräuche abgeschafft werden. Vorwürfe der Gegner: 1.) Steuerbefreyung. Diese genießt er nicht als Edelmann. 2.) Eindringen in die wichtigsten Staatsbedienungen. Dieses ist eine dem Staate schädliche Neuerung. Es ist weder nöthig, noch gut, daß jeder Stand zu gewissen Stellen ausschließlich den Zutritt habe. Gefühl für Ehre ist nicht ein Geschenk der Geburt,

sondern der Erziehung. Auch in den ältesten Zeiten wurden Ritter nicht geboren. Verdienst und Tugend der Stammvater des alten Adels ist sehr zweydeutig; und Seelenadel erbt der Sohn nicht vom Vater. Der Bürgerstand ist weit vorgerückt in seiner Kultur. Geringer Werth jenes Ehrgefühls. Auch das Herkommen begründet des Adels Rechte nicht.

Dritte Beschwerde: Der Adel werde von den übrigen Ständen ernährt. Die Thätigkeit des Adels ist zu beschränkt. Die Collegia werden mit Mitgliedern übersetzt, und Hof- und Kriegs-Etat muß den armen Edelmann dem Hungertode entreissen.

Das Uebel steigt mit jedem Jahre durch Standerhöhung; auch durch das Vorurtheil gegen den Landedelmann. Um dem Vorwurfe zu entgehen, muß der Adel die Schranken durchbrechen, in die ein albernes Vorurtheil ihn einengt. Es sind ihm Nahrungszweige genug offen, ohne daß er die niedrigsten ergreifen müsse. Wenn der Bürger, gleich dem Edelmann, zu den höchsten Staatsbedienungen steigen kann, so muß dieser auch die kleinern mit jenem theilen dürfen. Höfe könnten viel dazu wirken, hier die öffentliche Meynung zu leiten. Inconsequenz, das Uebel durch

neue Standeserhöhungen zu vergrössern. Gewisse Stellen müssen dem Diener Rechte des Adels geben, nicht aber seinen Kindern. Unterschied zwischen Adel des Rechts und Adel der Meynung. Dieser ist unabhängig von der Gewalt; jener ist ein Eingriff derselben in die Rechte Anderer. Ehe zur linken Hand ist ein sehr zweckmässiges Mittel, den Adel zu mindern, und vortheilhaft für diesen Stand selbst. Der Staat braucht keinen erblichen Mittelstand. Absolute Gleichheit der Stände ist ein lächerliches Unding; muß aber die Ungleichheit erblich seyn? Nur so lange sein Interesse mit dem des Throns und der Verfassung verwebt ist, ist der Adel deren Stütze. Neuere Beyspiele. Ungegründete Besorgnis, daß Reichthum an die Stelle des Adels treten werde.

Die Mißbräuche müssen abgestellt werden; aber gänzliche Abschaffung des Adels wäre weder gerecht, noch klug, noch dem Volke nützlich. Adelsgeist hat nicht der Edelmann allein. Auch Geburts- und Standesstolz findet man in andern Ständen, und der Plebeyer ist oft despotischer als der Edelmann. Die Stände nähern sich ohnehin von selbst.

Verminderung der stehenden Heere. S.
281 - 304.

Diese ist nöthig. *Feders* Urtheil. Bürgerglück kommt bey Untersuchung der Frage über ihre Nothwendigkeit nicht genug in Anschlag. Soldatenzwang und harte Behandlung untergraben es ohne wahren Vortheil für den Staat, der solcher zahllosen Heere nicht bedarf, wenn der Regent durch Weisheit und Güte seine Unterthanen an sich zu fesseln, versteht. Glückliche Bürger werden immer sicherere Vertheidiger ihres Vaterlandes seyn, als gedungene Krieger. Geldumlauf kann auf hundert Wegen nützlicher befördert werden. Beyspiele freyer Staaten.

INNHALTS - VERZEICHNISS

des dritten Theils.

Bessere Verwaltung der Staatseinkünfte und Einschränkung des Aufwands. S. 3-22.

Geld beherrscht die Welt. Ueberall sucht man muhsam, dessen immer mehr zu gewinnen; aber sehr selten denkt man an das Leichtere: Ersparen. Alle, und vorzüglich kleinere Staaten haben hiezu viel mehr

Gründe. Auf ihre Existenz, auf das Wohl ihrer Bürger, auf innere Ruhe und Sittlichkeit, hat weise Sparsamkeit den größten Einfluß. Das Beyspiel der Grossen wirkt auf alle Stände.

Unterschied der Einkünfte des Staats und des Fürsten. Nicht alle Kammercinkünfte sind dessen Eigenthum. Alles, was er als Landesherr erhebt, gehöret eigentlich dem Staate, und, in Rücksicht dessen, ist er nur Verwalter. Civilliste. Auch durch die Zerrüttung des fürstlichen Privatvermögens wird oft der Wohlstand des Landes untergraben.

Minderung der Abgaben. S. 22 - 39.

Das Herkommen berechtigt nicht, dem Unterthan mehr abzunehmen, als der Staat bedarf. Nicht die Grösse der Abgaben allein macht sie drückend. Die Minderung treffe die lästigsten Monopolen; das ungerechte Abzugsgeld, die Sitten verderbenden Accise und Lotto.

Abschaffung der Leibeigenschaft und Erleichterung der Frohnen. S. 39 - 77.

Leibeigenschaft ist aus ungerechter Gewalt entstanden. Schnelle Abschaffung kann nachtheilig werden; allmähliche ist Pflicht.

Frohdienste sind in vieler Rücksicht schädlich, und ihre Aufhebung kann oft mit grossem Vortheile für den Bauer, und ohne Nachtheil für den Gutsherrn geschehen, der aber auch Gründe genug hat, einiger Aufopferungen nicht zu achten. Oeffentliche Meynung über die Frohnen. Nur die ungemessenen sind ungerecht. Einige Vorschläge zur Abschaffung. Verwandlung der ungemessenen in gemessene. Verkauf ist vorzüglich zu empfehlen. Vertheilung des Herrnguts unter die Fröhner als Erbpacht; Anschlag zu Geld. Unterschied zwischen Frohnen, die man dem Landesherrn leistet, und zwischen wahren Landesfrohnern. Diese sollten auf die Grundstücke ausgeschlagen, und können nicht bestimmt werden. Vernunft und Erfahrung widerlegt den Grundsatz, daß der Bauer unter dem Drucke besser sey, als in einer glücklichen Lage.

Gleichheit der Abgaben. S. 77-84. .

Diese gehört zur Vollkommenheit einer Staatsverfassung. Alle neueren Exemtionen steuerbarer Grundstücke sind ungerecht; ältere sind zum Theil durch die Zeit gerecht geworden. Daraus folgt 1.) Daß die Steuerfreyheit sich auf neue ungewöhnliche Abgaben nicht ausdehnen lasse. Dieß ist auch den Reichsgesetzen und dem alten Herkom-

men

men gemäß. Unnöthige neue Lasten ist auch der Steuerbare nicht zu tragen schuldig. Die Geschichte der Steuerfreyheit giebt Gründe genug zur Nachgiebigkeit. 2.) Der Staat muß sich dem System der vollkommenen Gleichheit zu nähern suchen. Die Freyen sollten nicht nur tragen, sondern auch was billig sey. Der Ruin derselben ist bey der Mittragung der wahren Staatsbürden nicht zu besorgen. Allenfalls könnte ein *Tempus a quo* festgesetzt werden. Die öffentliche Meynung entscheidet immer mehr gegen diese Befreyung. Frankreichs Beispiel sollte uns eine Warnung seyn, das Nachgeben nicht bis zum Ausbruche von Unruhen zu verschieben.

- 3.) Was von Steuern gilt, das gilt auch von Landesfrohnen und andern Staatsbürden. Diese Grundsätze sind zum Theile practisch anerkannt und befolgt worden, und es ist nur zu wünschen, daß sie es allgemein und verbindlich werden.

Entsagung der Lehn- und anderer, den nützlichen Gebrauch des Eigenthums einschränkenden Rechte. S. 85 - 99.

Uebernimmt der Gutsbesitzer Steuer, so ist auch billig, daß er das völlige Eigenthum erhalte. Das Lehnsystem ist schädlich und paßt nicht mehr auf unsere Zeiten. Die

Aufhebung der höhern Lehnsv Verbindung hat wenig Schwierigkeiten, ausser denen, welche Eigennutz macht. Englands und Preussens Beyspiel beweisen dieses. Zu den vielen Vorth eilen, die dem Staate dadurch zu wachsen, gehört auch, daß sie die Aufhebung der niedern Lehnsvfassung zwischen dem Gutsherrn und seinem Censiten erleichtert, welche sehr viel zur Vervollkommnung unserer Verfassung und Minderung der Beschwerden beytragen würde. Bekommt der Gutsbesitzer freye Hände, so werden nach und nach auch die übrigen schädlichen Einschränkungen, z. B. Zehenden, Triftgerechtigkeit, aufhören, und der Grundeigenthümer wird sich mit dem Gutsherrn vergleichen. Verbesserungen, bey denen kein Dritter leidet, aus Habsucht zu verbieten, ist ungerecht.

Abstellung der Jagdmifsbräuche. S.
99 - 108.

Schon oft hat in Deutschland Wildschaden zu Empörungen der Landleute Veranlassung gegeben. Hie und da sind die Mifsbräuche abgestellt worden; aber nicht allgemein. Der *Esprit de Corps* der Jäger erschwert es. Vorschläge deshalb.

Gewissens- und Denkfreyheit. S. 108-125.
 Sie ist nicht Wohlthat des Regenten. Intole-

ranz ist ein Verbrechen. Meynungen lassen sich nicht gebieten. *Luthers Urtheil.* Heuchler kann Gewalt machen, aber keine Christen. Ueber die Meynungen hat der Staat kein Recht, aber über die Lehrer steht ihm die Aufsicht zu; ihnen darf er gewisse doch nicht zu enge Gränzen setzen. Wahl derselben hat auf das Wohl der Unterthanen den größten Einfluß.

Handelsfreyheit. S. 125 - 131.

Egoismus verdrängt die vaterländische Verbindung. Folgen des Zwangs. Ohne Freyheit kann kein Handel bestehen; sie bringt allen Vortheil. Beyspiel von Toscana. Einschränkung des Innungszwangs.

Herstellung der Landstände und Festsetzung der Landesverfassung. S. 131.

Nur eine gesetzmässige Gegengewalt kann den Bürger dauerhaft gegen Unterdrückung sichern. Die deutsche Verfassung gab diese den Landständen. Diese sind also wieder herzustellen, aber besser zu organisiren. Hierzu gehört vorzüglich bessere Repräsentation des bisher gar nicht, oder schlecht vertretenen Bürger- und Bauerstandes. Vorschläge hierzu. Eine verabredete Landesverfassung muß die Gränzen der höchsten Gewalt bestimmen und deren Mißbrauch

möglichst verhindern. Vorzüglichste Gegenstände derselben. Nur wahrhaft grosse Fürsten sind solcher Aufopferungen fähig. Beyspiele: Württemberg, Braunschweig.

Erwähnung einiger Mängel, die hier aus den angeführten Gründen übergangen worden. S. 151-161.

Criminaljustiz, Policeywesen, Armenanstalten, Juden, Gesetzbuch, Erbgerichtsbarkeit der mittelbaren Gutsbesitzer und der Reichsritterschaft.

Art und Weise der Reform. S. 161.

Behutsamkeit, Festigkeit und Allgemeinheit der Hauptgrundsätze. Das gesammte Reich muß daher diese aufstellen, und dadurch Deutschland eine *Bill of rights* geben. Beantwortung der Einwürfe des Herrn von Berg. Es ist freylich bey der Anarchie unserer Reichsverfassung nur ein Traum; seine Erfüllung hängt aber von der Vaterlandsliebe und der Gerechtigkeit der Fürsten und ihrer Rathgeber ab. Die Reichsverbindung würde dadurch wieder hergestellt, und Nationalgeist und Liebe zu den Herrschern Deutschlands in allen Deutschen geweckt werden. Kayser und Stände sind nicht nur als gesetz- und verfassungsmässige Souveraine der deutschen Nation ihren Un-

terthanen eine solche allgemeine *Bill of rights* schuldig; sie müssen solche auch als Fürsten einzelner Länder wünschen. Ist es ein sogar lächerlicher Traum, zu glauben, daß der größte Theil der Reichsstände gerecht und uneigennützig handeln könne?

Einige allgemeine Bemerkungen. S. 180-200.

Fortschreiten der Menschheit. Einfluß der Anerkennniß der Rechte des Unterthans auf das allgemeine Verhältniß der Staaten gegen einander und eine gesündere Politik. Diese wirkt wieder auf das Wohl aller Bürger zurück. Unterschied der ächten und falschen Vaterlandsliebe. Schändlichkeit der Politik älterer und neuerer Zeiten. *Garze's* System.

Schluss und Zuruf an Deutschlands Fürsten.

Z u s ä t z e

aus dem Wund-Verbot

V e r b e s s e r u n g e n .

Theil III. pag. 126. als Anmerkung, bey den Worten: *unwillig gemacht*.

Diese Handelsverbote werden um so auffallender und drückender, wenn sie nur den ärmeren Unterthan treffen. Klagt wohl der Bauer ganz ohne Grund über Ungleichheit der Rechte, wenn er seine Wolle im Lande verkaufen muß, und daher schlechter bezahlt erhält, als der reiche Gutsbesitzer und Pächter, welche ihre Wolle ausführen dürfen? Forderte das Wohl des Staats solche Einschränkungen des Verkaufs der Producte, so müßte jeder Staats-Bürger sich ihnen unterwerfen; im andern Falle hingegen war es ungerecht, dadurch dem ärmeren Unterthan einen Theil seines Eigenthums zu entziehen. Solche Vorzüge der Landstände beweisen, daß sie entweder ihren Einfluß in die Staatsangelegenheiten zu Erhaltung eigener Vortheile misbrauchten, oder daß der Bauer nicht gehörig vertreten war. Der Staat, der den Güterbesitzern diese Privilegien ohne Ungerechtigkeit nicht entziehen kann, kann durch Aufhebung des Handels-Verbots leicht die Gleichheit herstellen,

Der Schluss des Abschnitts : *Handelsfreyheit* ist also abzuändern, daß nach den Worten : *Wohlstand verdankt*, pag. 130. III. Theil statt der letzten Periode, welche mit den Worten : *Obgleich die schnelle Aufhebung der Zünfte anfängt*, folgendes eingerückt werde.

Leopold erliefs mit Aufopferung beträchtlicher Einkünfte alle Zölle im Innern des Reichs, und andere den Handel drückende Abgaben; schafte die Zünfte ab, und machte durch Aufhebung des Näher - oder Einstandsrechts, das auch bey uns so viele Streitigkeiten veranlaßt, den Handel mit Grundstücken frey. Er brach aber nicht auf einmal die Fesseln, die, wie er sich in seinem *Governo della Toscana* ausdrückt, „ein durch den falschen Schein der allgemeinen Wohl-

„farth sanctionirtes Herkommen dem
 „Handel angelegt hatte“; sondern ver-
 fuhr dabey mit der, „von einem so
 weisen Regenten zu erwartenden Be-
 hutsamkeit.

Der Staat braucht Fabriken; und
 verspricht, um sie empor zu bringen,
 den Unternehmern Vorthteile. Bey hö-
 hern Preisen des rohen Stoffs, den sie
 bearbeiten lassen, würden sie mit den
 Ausländern die Concurrenz nicht mehr
 zu halten im Stande seyn; und da,
 wo die Manufacturisten ihr Gewerbe
 nur auf Kosten des ersten Erzeugers
 der rohen Producte mit Vorthteil trei-
 ben können, würde der grösste Theil
 derselben verhungern müssen, wenn
 man ihnen zu schnell ihr Monopol
 entzöge. Es muß also in dieser Rück-
 sicht die Regierung mit Vorsicht ver-
 fahren; wenn auch der Gewinn, den
 das durch Handelseinschränkungen,

und Ein- und Ausführverbote erzwungene Manufacturwesen dem Staate bringt, nur scheinbar seyn sollte *). Auch die schnelle Aufhebung der Zünfte möchte in den meisten Staaten bedenklich seyn; weil dabey das Interesse einer zu grossen Menschenclasse ins Spiel kommt. Eine weise Regierung wird aber Mittel genug finden, die Handelseinschränkungen, so lange sie solche nicht aufheben kann, wenigstens zu erleichtern, und die Abschaffung der Zünfte dadurch vorzubereiten, dafs sie den Zwang der Innungsgesetze mindert. Sie wird die Verarbeitung der Producte des Landes

*) Das, was der Staat als Aufschlag oder Abgabe von ausgehenden Waaren erhebt, entgeht dem inländischen Verkäufer. Der ausländische Käufer bekümmert sich darum nicht, ob das Kaufgeld ganz oder zum Theil in die Hände des Verkäufers kommt.

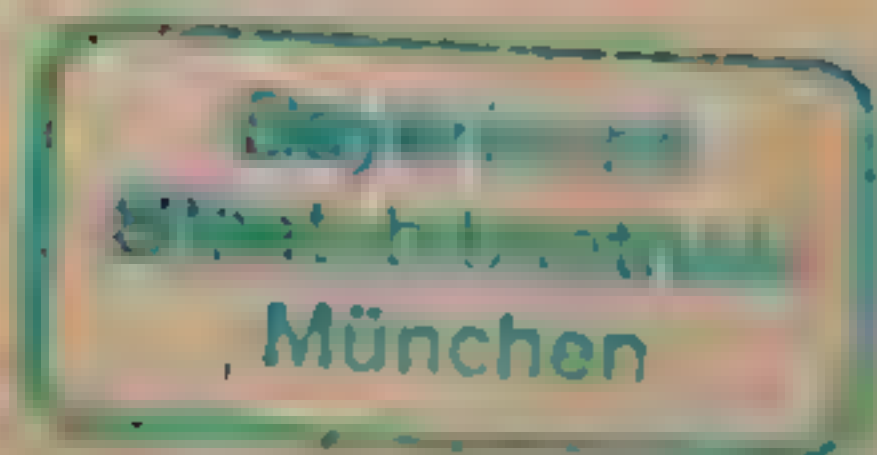
mehr auf Kosten des Staats, durch Belohnungen, Prämien und unverzinsliche Anleihen, als mit dem Schaden des einzelnen Bürgers begünstigen, der dem innländischen Fabrikanten sein rohes Erzeugniß um halben Preiß verkaufen, und sich entweder mit dessen schlechten daraus gefertigten Fabricaten begnügen, oder die Erlaubniß, gute im Auslande zu kaufen, dem Staate mit schwerem Gelde bezahlen muß.

Männer, deren Menschenliebe und Sinn für Gerechtigkeit nicht durch erlernte Grundsätze betäubt wird, müssen einsehen; wie schändlich schon im Allgemeinen das gewöhnliche Ziel der Handlungspolitick sey, Andere zu verderben, um sich zu bereichern *);

*) S. Garve kurze, aber vortrefliche Bemerkung hierüber S. 136. seiner Abhandlung:

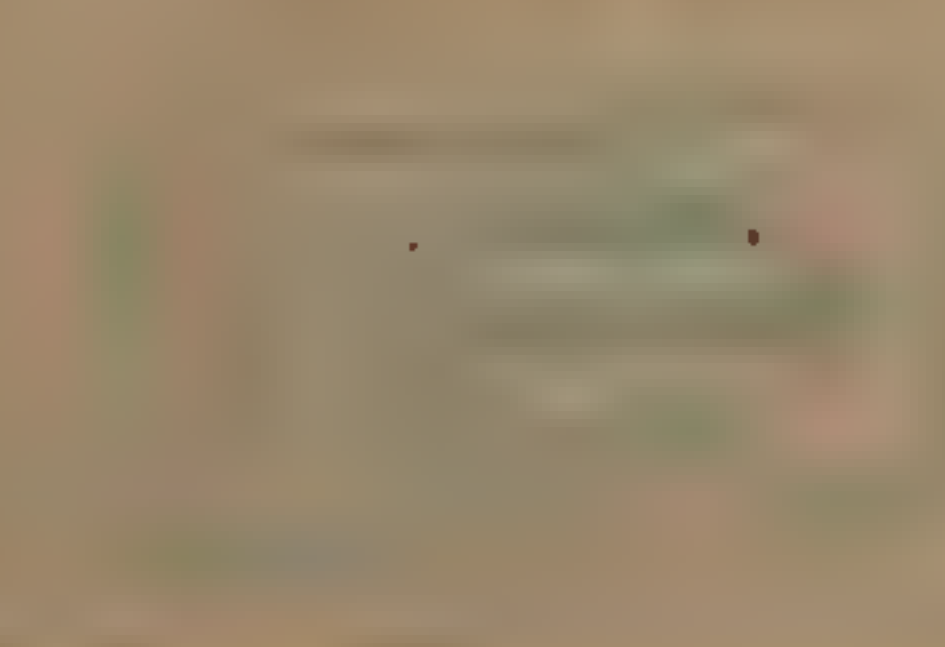
aber wie viel schändlicher, wie viel unsittlicher wird die Mißgunst gegen Benachbarte, wenn dieselben mit uns Glieder Eines enge verbundenen Ganzen ausmachen !

Ueber die Verbindung der Moral mit der Politik.



The first part of the book is devoted to a general
survey of the history of the world, from the
beginning of time to the present day. The author
treats of the various ages and periods of
human history, and of the progress of
civilization and science. He also discusses
the different forms of government, and the
causes of the rise and fall of empires.
The second part of the book is devoted to a
detailed account of the history of the
British Empire, from the reign of Henry
the Second to the present day. The author
treats of the various wars and conquests
of the British, and of the progress of
the empire. He also discusses the
different forms of government, and the
causes of the rise and fall of empires.

The third part of the book is devoted to a
detailed account of the history of the
United States, from the first settlement
to the present day. The author treats of
the various wars and conquests of the
Americans, and of the progress of the
country. He also discusses the different
forms of government, and the causes of
the rise and fall of empires.



Hendrich, Franz Josias von, 1752-1819

Freymüthige Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Deutschlands

Bd.: 3

[Zürich] (1796)

J. publ.g. 258-3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559303-2

VD18 12059854-001